Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Mitteldeutscher Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leipziger Straße 14. Fernruf: 2126 (Red.), 2167 (Verlag).

Mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 254 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Leipziger Straße 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 3. Dezember 1930 | 10. Jahrgang • Nr. 283

SPD. stimmt für Diktaturverordnung!

SPD.-Antrag auf Aufhebung im Handelsausschuß abgelehnt — Nazis und SPD. gegen Besteuerung der Dividenden und Aufsichtsratstantiemen — „Volksblatt" bekennt sich zum Faschismus!

(Eig. Drahtb.) **Berlin, 3. Dezember.**

In der Dienstagssitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages kam es endlich zur Abstimmung über die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 26. Juli 1930, nachdem diese Abstimmung, insbesondere durch den Kuhhandel der Sozialdemokratischen Partei mit Brüning, wochenlang verschleppt worden war.

Der Antrag der Kommunisten auf Aufhebung der gesamten Notverordnung wurde mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Für die Aufhebung stimmten außer den Kommunisten die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei und die Landvolkpartei.

Dagegen stimmten die Sozialdemokraten,

das Zentrum, die Volkspartei, die Bayrische Volkspartei und der Christlichsoziale Volksdienst.

Die Kommunisten hatten weiter gefordert, daß

die Maßnahmen gegen diejenigen, die sich gegen die Bestimmungen dieser Notverordnung zur Wehr gesetzt haben oder ihre Durchführung verweigerten oder verweigern, aufzuheben sind. Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Bemerkenswert an der Abstimmung war, daß

nicht den Sozialdemokraten auch die Nationalsozialisten gegen diesen kommunistischen Antrag stimmten.

Sozialdemokraten und Nationalsozialisten stimmten gegen die Besteuerung der großen Vermögen und großen Einkommen der Dividenden und Aufsichtsratstantiemen.

Ferner wurde ein kommunistischer Antrag abgelehnt, der das Verbot jeglicher Art von Kopfsteuern im Deutschen Reiche fordert.

*

Das gestrige „Volksblatt" veröffentlicht, wie die gesamte SPD.-Presse, einen Artikel Breitscheids „Vor neuen Entscheidungen", in dem die Arbeiter unter der Behauptung, daß die Stellungnahme der SPD. zu den Diktaturverordnungen noch bevorsteht, auf den neuen Verrat „schonend" vorbereitet werden sollte. Angesichts der Empörung der SPD.-Arbeiter sieht sich Breitscheid zu einigen „kritischen" Phrasen an der von seinem Parteigenossen Braun geforderten Diktatur veranlaßt:

„Auf jeden Fall hat das Kabinett, gelinde gesagt, der Verordnung eine Auslegung gegeben, die bis an die Grenze ihrer Vergewaltigung geht.

Nun aber kommt der alte Dreh vom „kleinen Uebel":

„Hätten wir die Wahl zwischen der „Diktatur" Brünings und einer Rückkehr zum wirklichen Parlamentarismus, so könnte das sozialdemokratische Votum nicht eine Minute zweifelhaft sein. Wir haben sie aber nicht, weil gerade diejenigen, die das Abrücken von den Grundsätzen der Demokratie am schärfsten verurteilen, die Arbeiten des Parlaments mit allen Kräften zu verhindern bemüht sind und die große Gefahr besteht, daß der Versuch, die Verfassung in ihrer ganzen Reinheit in diesem Augenblick wieder herzustellen, mit dem schlimmsten Bruch der Verfassung, mit der Errichtung einer offenen Diktatur, mit der völligen Ausschaltung des Reichstags und der Volksvertreter enden wird, ganz gleichgültig, ob sozusagen als Ueberleitung das Experiment mit der Aufnahme der Nationalsozialisten in die Regierung und mit der Zerstörung der preußischen Koalition gemacht würde.

Breitscheid sucht dann den Arbeitern vorzuschwindeln, die SPD. vor der „schweren Entscheidung" stehe, ob die „beste Auslegung der Verfassung" durch Brüning oder aber Aussicht auf ein Regierungssystem im Sinne der Hitler Hugenberg" das „größere Uebel" sei. Alle bürgerlichen Blätter stellen in der Besprechung des Breitscheid-Artikels fest, daß er mit dieser Fragestellung die Entscheidung für die Brüning-Diktatur ausspricht, es ist elender Betrug der Arbeiter, wenn die SPD. so tut, als ob sie vor irgendwelchen Entscheidungen stünde.

Sie hat sich entschieden — nämlich für die von ihr durch Otto Brauns Mund geforderte Brüning-Diktatur.

Es sollte ist, daß Breitscheid selbst nicht einmal mehr darauf hofft, sein „geringeres Uebel" durchsetzen zu können, daß er sich mit der Möglichkeit rechnet, daß seine bisherigen Koalitionspartner, die bürgerlichen Parteien „der Herrschaft nationalsozialistischer Ideen den Weg bereiten". Breitscheid selbst weiß nur zu gut, wie bankrott seine Partei ist. Aber trotz allem ist er in Uebereinstimmung Brünings entschlossen:

auch wer an diese Eventualität glaubt, hat sich die Frage vorzulegen, ob die Sozialdemokratie das Recht hat (!), die Bürgerlichen auf diese Bahn zu stoßen oder ihnen einen billigen Vorwand (!) für ihr Betreten zu geben."

Denn — so rechnet Breitscheid — wenn uns die Brüning-Leute ganz herauswerfen und die Hitler und Frick in die Reichsregierung holen, dann sollen sie uns doch ein gutes Angedenken bewahren. Die SPD. hofft doch, noch einmal eine geschichtliche Rolle spielen zu können:

Wenn sich die arbeitenden Massen gegen die faschistische Diktatur erheben, wenn die proletarische Revolution die Brüning, Hitler oder wie sie sonst heißen mögen, zum Teufel jagt — dann sollen die Ausbeuter wissen, daß der Sozialfaschismus stets bereit ist, in die Bresche zu springen,

daß er den letzten Versuch machen will, die Kapitalsherrschaft zu retten. Und darum will Breitscheid für jede faschistische Diktatur stimmen — wie immer sie aussieht.

Aber die Arbeiter werden das schändliche Spiel vereiteln. Sie haben an einem 1918 genug.

Zwei Wege

Halle, den 3. Dezember 1930.

Heute tritt in Berlin der Reichstag des 14. September zusammen, um die Befehle der Hindenburg-Brüning-Diktatur zur Kenntnis zu nehmen und sich ihnen allergehorsamst zu unterwerfen. Er wird es tun, zweifellos. Der Sozialfaschismus hat selbst nach der Diktatur gerufen, er gibt deutlich genug zu verstehen, daß er sie als das berühmte „geringere Uebel" anerkennen und unterstützen will und er hat durch seine Abstimmungen im Haushaltausschuß bereits den handgreiflichen Beweis dafür geliefert, daß er

aktiv die Faschisierung Deutschlands durchführen hilft, um bei ihrer Durchführung wenigstens Knechtesdienste leisten zu dürfen.

Die ganze bürgerliche Presse ist sich darüber einig, daß die bürgerliche „Demokratie" in Deutschland am Ende ist, daß sie sich in die kaum mehr verhüllte Diktatur verwandelt hat. Mit Recht be-

Chemnitzer Straßenbahner im Streik

Unter RGO.-Führung wird gegen 16prozentigen Lohnraub gekämpft — Die Arbeiterbevölkerung erhebt sich zur Vertreibung der Streikbrecher — Trotz kleinen Belagerungszustandes und wilden Terrors Stillegung des Verkehrs erzwungen

(Eig. Meld.) Chemnitz, 2. Dezember.

Der Rat der Stadt Chemnitz war am frühen Montagabend versammelt, um nochmals zur Kündigung der Straßenbahner, bzw. zu dem von den Straßenbahnern gestellten Ultimatum Stellung zu nehmen.

Bekanntlich wurden sämtliche 1400 Straßenbahner gekündigt. In dem Kündigungsschreiben maßte sich die Direktion an, den Straßenbahnern die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich anzubieten, was einem Lohnraub von 16 Prozent entsprochen hätte. Die Straßenbahner beschlossen darauf in zwei RGO.-Versammlungen in den Streik zu treten, wenn die Kündigungen nicht zurückgenommen werden.

Der Rat lehnte gegen die Stimmen der beiden kommunistischen Ratsmitglieder in Zurücknahme der Kündigung ab. Er behielt sich Verhandlungen mit den Gewerkschaften vor. Die sozialdemokratischen Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme. Der Nationalsozialist stimmte mit der Ratsmehrheit gegen die Straßenbahner.

Montag abend fand eine Versammlung der Chemnitzer Straßenbahner statt, die von 800 Kollegen besucht war. Dabei muß man bedenken, daß sich zur Zeit 400 im Dienst befanden. Die Versammlung nahm nach der Debatte, in der nur ein reformistischer Gewerkschaftsvertreter unter stürmischem Widerspruch gegen den Streik sprach, bei nochmaliger Abstimmung,

den Streikbeschluß mit allen gegen 2 Stimmen an.

Die Vertreter der Nachtschichten, die unmittelbar nach der Versammlung ihren Dienst hätten antreten müssen, erklärten, daß sie unter keinen Umständen unter Polizeiaufsicht arbeiten.

(Eig. Drahtb.) Chemnitz, 3. Dezember.

Der Streik der Straßenbahner, der schon in der Nacht begonnen hat, führte am Dienstag früh zur

Stillegung des gesamten Straßenbahnbetriebes.

Gegen 9 Uhr versuchte die Direktion mit Hilfe der Polizei und der Gewerkschaftsbürokraten, etwa ein Viertel des Verkehrs durch Streikbrecher aufrechtzuerhalten. Die wenigen Straßenbahnwagen sind mit Polizeiposten besetzt.

Die Arbeiterbevölkerung von Chemnitz beteiligt sich geschlossen am Schutze des Streiks und an der Bekämpfung der Streikbrecher. Mit Pfui-Rufen, Beschimpfungen und — wo dies nicht half — mit noch handgreiflicheren Argumenten wurden die Streikbrecher empfangen und ihre Wagen in die Remisen zurückgejagt.

An verschiedenen Stellen der Stadt errichtete die Arbeiterbevölkerung Barrikaden aus Holzschwellen, Stein- und Schuttmassen, deren Beseitigung der Polizei ohne die Hilfe der Feuerwehr nicht gelang. Der Strom wurde mehrfach unterbrochen. Immer wieder sammelten sich trotz aller brutalen Polizeiattacken Hunderte und aber Hunderte von Arbeitern auf allen Plätzen an, um die Streikbrecher zu vertreiben und für den Sieg der kämpfenden Straßenbahner zu demonstrieren.

Die Erwerbslosen und die Arbeiterfrauen stehen hier, wie immer, in der vordersten Front des kämpfenden Proletariats. Vor dem ungeheuren Druck der klassenbewußten Arbeiterschaft mußten trotz allen Terrors die Polizei und ihre Streikbrecher den Rückzug antreten und auf den Versuch zur Weiterführung des Betriebes verzichten.

Um 7 Uhr abends ist der Verkehr gänzlich eingestellt.

Nach einer glänzend verlaufenen Versammlung der Streikenden auf dem Bernsdorfplatz führte die Polizei blutige Attacken gegen die Streikenden durch. Die Polizei hat scharf in die Streikenden geschossen, wobei ein Straßenbahner schwer verwundet wurde.

Der kleine Belagerungszustand ist verhängt.

Sämtliche Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten. Panzerwagen, berittene Polizei und starke Schupopatrouillen durchqueren ständig die Stadt. Ueber 25 Arbeiter wurden verhaftet.

Reformisten künden neuen Mansfeld-Lohnraub an!

Das gestrige „Volksblatt" bringt — und zwar als eigenen Bericht aus Eisleben — wörtlich die auch von uns wiedergegebene Meldung, wonach zwischen der reformistischen Bürokratie und der Direktion der Mansfeld AG. Differenzen nur „über das Ausmaß der Lohnsenkung" bestehen.

Mansfeld-Proleten! Aus dem Munde der Bonzen selbst habt Ihr vernommen, daß sie für neuen Lohnraub sind. Könnt Ihr den ertragen?

Man hat Euch im Juli um die Früchte Eures Streiks betrogen, man hat Euch 12½ Prozent Eures Lohnes geraubt — obwohl feststand, daß die Stillegungsdrohungen der Mansfeld AG. ein Schwindel waren. Jetzt will man mit dem gleichen Schwindel Euch den letzten Bissen Brot vom Munde stehlen. Die Bonzen wollen den Profit der Mansfeld AG. auf Eure Kosten retten. Ihr dürft den Streikbrechern vom Juli, den sozialfaschistischen Helfern Brünings keinen Funken Vertrauen mehr schenken. Sie führen Euch ins Verderben.

Nur unter Führung der RGO. könnt Ihr kämpfen.

Organisiert den zweiten Mansfeld-Streik!

Für Zurückeroberung der im Sommer geraubten Löhne.

Für Wiedereinstellung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß durch Arbeitszeitverkürzung unter vollem Lohnausgleich!

Nehmt Stellung in allen Betrieben und Abteilungen! Hinein in die RGO.! Schafft rote Vertrauensmänner und vorbereitende Kampfausschüsse!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301203-19/fragment/page=0001

merkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", daß eine Wendung eingetreten ist, eine Wendung zu dem von ihr seit langem propagierten Faschismus. Und Rudi Breitscheid glaubt nicht einmal mehr selbst an die Möglichkeit, das „größere" Uebel, die Verwandlung der Brüning- in die Hitler-Diktatur abwenden zu können. Er will nur, indem er den Brüning-Faschismus unterstützt, den großkapitalistischen Parteien den „Vorwand" nehmen, daß sich die SPD. dem Faschismus versagt habe, daß sie unfähig sei, ihn durchzuführen, und daß man deswegen den Hitler habe holen müssen. Daß die SPD. des Faschismus in seinen schlimmsten Formen fähig ist, das wissen wir schon lange — aber sie hat in diesen Tagen durch ihr Verhalten und durch die dazu gegebenen Begründungen — was ein gewisses unfreiwilliges Verdienst ist — es auch den Arbeitern demonstriert, die bisher nicht daran glauben wollten, die bei aller Kritik an dem fortgesetzten Verrat der SPD. sich noch

20 Jahre Gefängnis für Steuerstreik

Die Gerichte der Braun-Regierung versenden jetzt an sämtliche kommunistische Kommunalfunktionäre, die am 7. August im „Klassenkampf" veröffentlichte Aufforderung zum Steuerstreik gegen die verfassungswidrigen Diktatursteuern unterschrieben haben, Strafbefehle über je zwei Monate Gefängnis. Da die Erklärung bisher von rund 120 Kommunalfunktionären unterzeichnet wurde, handelt es sich also um 240 Monate oder 20 Jahre Gefängnis, die Braun durch seine Gerichte zur Durchführung der Steuerraub-Verordnungen verhängen ließ.

Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter: Ist das, was von der Braun-Regierung, von den sozialdemokratischen Ministern, von den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten, Landräten, Richtern und Staatsanwälten begangen wird, etwas anderes als Hilfeleistung für den Faschismus?

Ist es etwas anderes, als ein Stück Faschismus selbst?

Aber glauben die Herren, die die kommunistischen Kommunalfunktionäre in die Gefängnisse sperren,

glauben sie wirklich, daß sie dadurch in den Besitz der Diktatursteuern kommen werden?

*

Gegen die Strafbefehle ist bei dem zuständigen Gericht sofort Einspruch zu erheben. Die Haftbefehle sind der Roten Hilfe sofort zu übersenden. **Die Sammlungen auf den Steuerstreik-Sammellisten der Roten Hilfe sind zu verstärken.**

einbildeten, durch seine Duldung den Faschismus verhindern zu können. Nun müssen sie sehen, daß sie geirrt haben:

Die SPD. ist selbst ein Teil des deutschen Faschismus, und wer sie stützt, hilft die faschistische Diktatur in Deutschland aufbauen.

Die bürgerliche „Demokratie" in Deutschland ist tot — mausetot. Keine Macht der Erde kann sie lebendig machen. Sie ist zusammengebrochen an der Unmöglichkeit, in unserer Zeit der aufs äußerste gesteigerten Klassengegensätze und Klassenkämpfe mit ihren hergebrachten Formen die für den Kapitalismus notwendige Ausplünderung und Niederknüppelung der breiten Massen des Volkes durchführen zu können. Es gibt nunmehr zwei Dinge, die an die Stelle der bankrotten Demokratie treten können, zwei Wege, die die nächste Entwicklung Deutschlands beschreiten kann:

Entweder dulden die Arbeiter und alle anderen Werktätigen die gesteigerte Ausplünderung, die die Diktatur über sie verhängt, entweder unterlassen wir es, unsere Pflicht zu erfüllen und den revolutionären Massenkampf gegen die räuberische Kapitalsherrschaft zu organisieren. In diesem Falle wird die Diktatur ihres Amtes walten können. Sie wird den Massen kein Brot geben — aber ihre Aufgabe ist es ja gerade, ihnen das Brot zu nehmen. Sie wird sich in immer neue Widersprüche ihrer Demagogie verzwicken, so wie sie schon mit ihrem Preisabbauschwindel binnen acht Tagen schändlichen Schiffbruch erlitten hat. Aber ihre Aufgabe ist es ja gar nicht, die Preise, sondern die Löhne zu senken. Und wenn ihr Preisabbauschwindel zusammengebrochen ist, der Lohnraub ist höchst wirksam. Je mehr die Demagogie der faschistischen Diktatur zusammenbricht, desto offener wird die andere Seite des Faschismus, der Terror in den Vordergrund treten. Die faschistische Diktatur wird die Kräfte des Terrors immer offener konzentrieren, aus dem „geringeren Uebel" Brüning wird mit mehr oder weniger Zwischenstufen, aber stets unter Hilfsdiensten des Sozialfaschismus, das „größere" Uebel Hitler-Hugenberg werden. Und es gibt nichts gefährlicheres als die Vorstellung, daß eine Hitler-Diktatur etwa von selbst „abwirtschaften" und der Arbeiterklasse dann der Sieg als reife Frucht in den Schoß fallen würde. Hitler kann den Massen so wenig Brot geben, wie Brüning, Schacht, Seeckt oder sonst irgendein anderer Träger der Diktatur. Aber er kann, wie wir an dieser Stelle schon vor einigen Tagen ausgeführt haben, den faschistischen Terrorbanden Posten und Pöstchen geben, kann den Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiterklasse so ausbauen, daß das Kapital noch einmal eine kurze Galgenfrist gewinnt, um den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion eröffnen und dadurch den arbeitenden Massen die ungeheuerlichsten Opfer zu seinem Profite auferlegen zu können.

Natürlich kommt auch dann der Zusammenbruch. Hitler kann mit den unüberwindbaren Widersprüchen des deutschen Kapitalismus so wenig fertig werden, wie irgendein anderer, und die Köpfe, die zuletzt rollen werden, werden sicherlich die des Herrn Hitler und seiner Spießgesellen sein. Aber jeder denkende Arbeiter muß sich darüber klar sein, daß der Weg zur proletarischen Diktatur über das „Abwirtschaften" des Faschismus ein ungeheuer schmerzlicher und opfervoller werde, daß auf ihm Opfer der Arbeiterklasse liegen blieben, die ungeheurer wären als die des blutigsten Bürgerkrieges — ohne daß irgendeine Macht es den Arbeitern ersparen könnte, am Schlusse dieser Opfer des Hungers und des imperialistischen Krieges alle Gefahren und Opfer des Bürgerkrieges auf sich zu nehmen, wenn sie nicht samt und sonders zugrunde gehen wollen.

Das ist der eine Weg. Der andere Weg ist kürzer, erfordert von uns allen, von der deutschen Arbeiterschaft, von ihrer revolutionären Vorhut und von allen Werktätigen größere Kraftanstrengungen, größere Mühen, im ersten Augenblick vielleicht auch größere Opfer.

Aber dieser Weg führt direkt zur Freiheit,

er erspart der arbeitenden Menschheit die entsetzlichen Opfer und Leiden, die mit der Entwicklung der faschistischen Diktatur, mit dem neuen imperialistischen Kriege zwangsläufig verbunden sind. Diesen Weg beschreiten wir, indem wir auf der ganzen Linie in allen Städten und Dörfern, in allen Betrieben und Stempelstellen den aktiven Kampf, den Gegenangriff aller Werktätigen organisieren, indem wir unter Führung des Proletariats auch die breiten Massen der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden, der Angestellten und Beamten, die die feste Stütze des untergehenden Systems bilden sollen, in den Kampf gegen die Hungerdiktatur führen.

Der Streik in den Betrieben gegen Lohnraub und für die eigenen Forderungen, die revolutionäre Demonstration der Be-

Die „Verbesserungen" der Notverordnung

Ein niedertüchtiger Betrug der SPD.

Die neue Notverordnung, die am 1. Dezember vom Reichspräsidenten unterzeichnet wurde, enthält zu gleicher Zeit in ihrem weiten Teil eine Abänderung der Notverordnung vom 26. Juli 1930. Diese Tatsache benützen die SPD.-Führer, um die Aenderung der alten Notverordnung als „gewaltige Verbesserungen" hinzustellen. Das ist ein bewußtes Täuschungsmanöver. Das wird ganz klar, wenn man die Wirkungen der einzelnen Veränderungen unterzieht.

In der Arbeitslosenversicherung handelt es sich um drei Abänderungen, und zwar erstens um die Verkürzung der Versicherungsfreiheit bei den Jugendlichen vom 17. auf das 16. Lebensjahr.

Da für diese Jugendlichen eine 52wöchentliche Anwartschaftsfrist notwendig ist, wenn sie in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung kommen wollen, so haben sie in jedem Falle das 17. Lebensjahr überschritten, ehe sie Arbeitslosenunterstützung beziehen können.

Die zweite angebliche Verbesserung betrifft die Ausdehnung des Zeitraumes für den Nachweis der Anwartschaftspflichtigen Beschäftigung von 1½ auf 2 Jahre. Der neue § 105a setzte alle, die nicht innerhalb der letzten 18 Monate eine 52wöchentliche Anwartschaftsfrist nachweisen konnten, fast auf die Sätze der Krisenunterstützung herab.

Da infolge der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung die Möglichkeit einer langandauernden Beschäftigung immer mehr beschnitten wird, führt diese Bestimmung dazu, daß ein immer enger werdender Kreis von Arbeitslosen in den Genuß der Hauptunterstützungssätze kommt.

Auch die von der Sozialdemokratie geforderte und in die neue Notverordnung aufgenommene Abschwächung stellt eine erhebliche Verbesserung für die Arbeitslosen nicht dar.

Die dritte Veränderung bedeutet eine Selbstverständlichkeit, denn die bestimmt, daß auch in solchen Fällen, wo der Unternehmer die Beiträge der Versicherten nicht ordnungsgemäß abgeführt hat, der Versicherte Unterstützung in voller Höhe zu beanspruchen hat. Auch hier kann es sich nur um verschwindende Einzelfälle handeln, und von einer grundsätzlichen Verbesserung der Notverordnung kann keine Rede sein.

Bestehen bleiben aber in der Arbeitslosenversicherung alle jene Bestimmungen der Notverordnung, die eine Verlängerung der Wartezeit, eine Verlängerung der Sperrfristen, eine Kürzung des gesetzlichen Unterstützungsanspruches, Ausnahmegesetze gegen die werktätigen Frauen, Beibehaltung der Anrechnung der Renten, Verschlechterung des Spruchverfahrens für die Versicherten gebracht haben.

Genau so liegt es mit den neuen Bestimmungen in der Krankenversicherung. Die Arznei- und Krankenscheingebühr bleibt grundsätzlich bestehen. Die Erhebung erfolgt auch in der Zukunft. Nur sollen einzelne Ausnahmefälle, so bei Arbeitslosen und in der Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge Befindlichen, bei Renten- oder Aufwertungsbeziehern, bei Schwerkriegsbeschädigten sowie bei Tuberkulösen und Geschlechtskranken zugelassen werden. Natürlich hat sich die Krankenschein- und Arzneigebühr besonders bei den vorgenannten Schichten geradezu katastrophal ausgewirkt, und es war eine Infamie, von den ärmsten der Armen diese Sonderabgabe zu fordern.

Aber auch diejenigen, die noch im Betriebe stehen, die unter den ständigen Versuchen, den Lohn herabzusetzen, leiden, deren Einkommen von Monat zu Monat beschränkt wird, die Kurzarbeiter, für die alle bedeutet die Krankenschein- und Arzneigebühr eine unerträgliche Last.

Trotzdem wird diese schändliche Gebühr weiter erhoben, und die SPD. hat gegen die Anträge der KPD., die volle Aufhebung dieser Gebühr forderten, gestimmt, und sie wird auch der neuen Notverordnung zustimmen.

Eine weitere Bestimmung bringt die Abschwächung der Krankengeld ihr Gehalt oder ihren Lohn weiterbezieht. Für Schlechterungen bei Lohn- und Gehaltsempfängern, die neben ihrem Gehalt oder ihren Lohn weiterbezieht. Für Schlechterungen bei Lohn- und Gehaltsempfängern, die neben ihrem Gehalt oder Lohn weiterbezieht. Für kann der Beitrag zur Krankenversicherung gesenkt hzw. das Krankengeld erhöht werden. Außerdem soll als Sicherheitsmaßnahme gegenüber den Unternehmern eine Aenderung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, der Gewerbeordnung und des bürgerlichen Gesetzbuches erfolgen, daß ein Verzicht auf Gehalt oder Lohn nicht den Vertrag nicht erfolgen darf. Auch in der Frage des Krankengeldes, welches auf 50 Prozent des Krankengeldes festgelegt worden war, wird den Krankenkassen das Recht eingeräumt, für unterstützungsberechtigte Familienangehörige vorhanden sind, Zuschläge bis zur Höhe des satzungsmäßigen Krankengeldes zu gewähren.

Die neue Notverordnung bringt — die SPD. verschweigt natürlich schamhaft — neue ungeheuerliche Verschlechterungen. Der § 105a, der die 52wöchentliche Anwartschaftsfrist fordert und beispielsweise die „Verbesserung" für die Jungarbeiter in ihr Gegenteil verwandelt, sollte nach der alten Notverordnung am 31. März 1931 außer Kraft treten. Diese Bestimmung der alten Notverordnung wird durch die neue vom 1. Dezember 1930 gehoben und somit der Unterstützungsraub verewigt. Dasselbe trifft auch auf den § 107a zu, der die berufsfüsliche Arbeitslosenfürsorge regelte und der durch die Miffelsche Novelle 1929 in das Gesetz eingebaut worden ist. Auch dieser Paragraph sollte nach Ablauf des Gesetzes vom 12. Oktober 1929 außer Kraft gesetzt werden.

Die Notverordnung vom 1. Dezember hebt auch diese Bestimmung auf und damit werden die berufsfüsliche Arbeitslosen auch für die Zukunft um ihren rechtsmäßigen Anspruch auf die Unterstützung geprellt.

Brüning führt auch jetzt seine bewährte Taktik durch, indem er scheinbar Erleichterungen gibt, dafür aber auf der anderen Seite neue ungeheuerliche Verschlechterungen in das Gesetz einbaut. Die Sozialdemokratie, die die sogenannten Erleichterungen in der Presse aufbauscht, unterstützt diese Taktik, spaltet die Arbeiterschaft durch ihr demagogisches Spiel und übernimmt somit die Verantwortung für den neuerlichen Raubzug, den Brüning gegen den Arbeitslosen und Krankenversicherten durchführt.

„Volksblatt" offen für Faschismus!

Gegen parlamentarischen Mehrheitsbeschluß, für Diktaturverordnung

Unter der Ueberschrift „Kein Experiment gemacht" bringt das „Volksblatt" unmittelbar hinter dem Breitscheid-Artikel mit seiner Schein„kritik" an Brüning eine Erklärung der SPD.-Fraktion aus dem Haushaltausschuß, in der es wörtlich heißt:

„Wir haben bewußt darauf verzichtet, in den hier zu entscheidenden Lebensfragen der Arbeitnehmer das Experiment einer Mehrheit von Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten zu machen, weil eine solche Mehrheit nur negativ sein kann."

Unverhüllt wird also zugegeben, daß, wenn die SPD. wollte, eine parlamentarische Mehrheit für Beseitigung der Kopfsteuer, die Biersteuer, des Kranken- und Unterstützungsraubes vorhanden war. Daß diese Mehrheit „nur negativ" ist, kann dem gleichgültig sein, der den Diktaturverordnungen „negativ" gegenübersteht — das heißt, der sie beseitigen will, wie es die SPD. lügnerischerweise ihren Wählern versprochen hat.

Aber die SPD. will die Diktaturverordnungen nicht beseitigen und wollte deshalb auch eine parlamentarische Mehrheitsbildung gegen sie verhindern.

„Wir haben deshalb vorher in eingehenden Verhandlungen mit der Reichsregierung die erforderlichen Abänderungsanträge vertreten."

Breitscheid stellt in seinem Artikel fest, daß die SPD.-Fraktion „hinter den Kulissen" auf den Inhalt der Diktaturverordnungen Einfluß ausüben konnte — womit er natürlich zugibt, daß sie sich zur Genehmigung dieser Verordnungen verpflichtet hat.

Die SPD., die nach dem 18. Oktober noch gelogen hat, daß sie für parlamentarische Prüfung der Notverordnungen sei, hat nun selbst auf diese Prüfung verzichtet, um sich dafür an den neuen Diktaturmaßnahmen zu beteiligen.

Wenn das nicht Faschismus ist — sagen Sie uns, sehr geehrte Herren Volksbetrüger vom „Volksblatt", was dann Faschismus ist?!

Belagerungszustand in Oberschlesien

Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten

(Eig. Drahtber.) **Breslau, 3. Dezember.**

Der Regierungspräsident in Oppeln hat für die Provinz Oberschlesien jede Versammlung unter freiem Himmel und jede Demonstration verboten. Als Vorwand werden nationalistische Aus-

triebsarbeiter und Erwerbslosen, die Verweigerung der Steuerzahlung durch die breiten Massen des werktätigen Volkes sind Schritte auf diesem Wege, die erst eine nächste große Etappe finden werden in einer Welle politischer Massenstreiks, die über Deutschland hinweggeht.

Der politische Massenstreik gegen die Hungerdiktatur ist der nächste große Schritt der revolutionären Entwicklung. Er wird durch die unerbittliche Logik der Tatsachen von den arbeitenden Massen vollzogen werden, **wenn wir unsere revolutionäre Pflicht erfüllen,** wenn wir, indem wir jeden, auch den „kleinsten" Kampf der Werktätigen organisieren, **unsere Arbeit als Organisatoren der sozialistischen Revolution leisten.** Der Weg der Revolution wird über den politischen Massenstreik zu weiteren höheren Formen des Kampfes führen. Indem wir diesen Weg beschreiten, werden wir als die aktiven Führer des ganzen werktätigen Volkes die breiten Massen der von den Sozial- und Nationalfaschisten irregeführten Werktätigen unter unseren Fahnen sammeln, — was, wie eben in diesen Tagen die Bremer Wahlen zeigten, ohne aktive Führung der Massenkämpfe durch die revolutionäre Vorhut nicht möglich ist, was aber zur Tatsache werden wird in dem Augenblick, wo die Arbeitermassen sehen, daß die Faschisten schwätzen, die Kommunisten aber kämpfen.

In den Stürmen der Revolution werden die faschistischen Agenten des Kapitals von den bis heute noch durch sie irregeführten Massen der Werktätigen getrennt werden; den unter Führung der Kommunistischen Partei geeinten Millionen des werktätigen Volkes werden die Ausbeuter und ihre faschistischen Henkergarden gegenüberstehen. Und dann wird die Entscheidung fallen — für Sowjet-Deutschland.

Das ist der zweite Weg. Er ist nicht leicht, aber er ist der einzige Weg der zur Freiheit, zum Sozialismus führt. Profet, denke nach, welchen der beiden Wege Du beschreiten willst, und ziehe die Konsequenzen!

Hilf uns, die deutsche Revolution zu organisieren!

schreitungen genommen. In Wirklichkeit handelt es sich darum, durch ein Demonstrationsverbot den faschistischen Terror, der in Oberschlesien wütet und erst kürzlich zu einem Arbeitermord führte, vor Gegenaktionen der Arbeiter zu schützen und gleichzeitig Pilsudski-Polen zu versöhnen.

Dresdner Taxi-Chauffeure streiken

In Dresden haben die Taxi-Chauffeure am 1. Dezember die Arbeit niedergelegt. Nach bürgerlichen Feststellungen fahren von 800 Wagen nur noch 130. Der Streik breitet sich ständig aus. Der Streik steht unter Führung der Streikleitung der RGO., die von den Reformisten gebildete Streikleitung hat keinen Einfluß. Bei der Firma Pfütze betätigten sich sozialdemokratische Betriebsräte als Streikbrecher.

Die Taxi-Chauffeure kämpfen gegen den Lohnraub. Sie warten, daß alle Berufskollegen volle Solidarität üben und ebenfalls gegen den Lohnabbau zur Wehr setzen.

Enge Verbindung zwischen SA. und Stahlhelm beschlossen

(Eig. Drahtbericht.) **München, 3. Dezember.**

Die geheime Führerkonferenz der NSDAP., die dieser Tage in München verhandelte, hat eine organisatorische Trennung der Sturmabteilungen von der NSDAP. beschlossen. Von großer Bedeutung ist, daß gleichzeitig beschlossen wurde, eine enge organisatorische Verbindung zwischen den Sturmabteilungen und dem Stahlhelm zu stellen.

Volksentscheid gegen die Frick-Regierung

Die Bezirksleitung der KPD. Groß-Thüringen hat die Einleitung eines Volksentscheides zur Auflösung des Thüringischen Landtages beschlossen.

Die Kommunistische Partei führt diesen Volksentscheid herbei. Verbindung mit den außerparlamentarischen Massenaktionen gegen die faschistische Hungerdiktatur. Die Nazi-Regierung hat eingen hat als erste die Regierung eingeführt; sie hat den gesetzten Fürstengesindel Millionen über Millionen in den Rachen geworfen, aber jede Winterbehilfe für die Arbeitslosen abgebaut.

Der Volksentscheid wird die breitesten Massen gegen diese faschistische Regierung mobilisieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301203-19/fragment/page=0002

Ein begeisterter Zeuge des sozialistischen Aufbaues

Der Frankfurter Architekt Ernst May spricht mit ehrlicher Bewunderung vom Lande der befreiten Arbeit

Der Frankfurter Architekt Ernst May, der vor einigen Wochen die Leitung des gesamten Bauwesens in der Sowjetunion übernommen hat, veröffentlicht in der „Frankfurter Zeitung" eine Schilderung seiner Eindrücke im Lande der befreiten Arbeit, woraus wir unten einige Stellen zitieren.

Sein Bericht zeigt die eherliche Bewunderung, mit der jeder unvoreingenommene Techniker und Wissenschaftler das gewaltige Aufbauwerk der Sowjetunion betrachtet. Er zeugt auch von der ehrlichen Freude, die schaffensfrohe bürgerliche Menschen empfingen, wenn sie in einer Zeit, wo die ganze kapitalistische Welt sich in Krisen windet und jede Ihre Produktion hemmt, ihre Kräfte durch keine Schranken gehemmt in den Dienst gigantischen Aufbaues stellen können.

Diese helle Begeisterung Ernst Mays für die neue Welt, in der jeder „ein Stück Geschichte selber schaffen kann", läßt die Verbrechen der Schädlinge Ramsin und Co, um so größer erscheinen. Gleichzeitig begreift jedoch jeder Arbeiter, daß der Appetit der imperialistischen Räuber, deren Angriffspläne auf die Sowjetunion gerade jetzt aufgedeckt wurden, mit jedem neuen Erfolg des Arbeiterlandes noch wächst und daß bereits heute eine akute Kriegsgefahr besteht.

„. . . Zahlreiche Sondervorträge, die man uns hielt, machten uns mit den architektonischen Grundlagen des russischen Wohnungsbaues, Krankenhaus- und Schulwesens vertraut. Einige Mitglieder des Bauforschungsinstituts (eine Parallelstelle zu unserer Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen) bewiesen uns in einer höchst interessanten Bauausstellung, welche umfangreiche und wertvolle Arbeit Rußland auf diesem Gebiete bereits geleistet hat. Besichtigungen neuerer Bauten der Hauptstadt stärkten uns darüber auf, auf welchen Gebieten

das ernste Streben des Landes nach schöpferischer Verwirklichung des frischen Geistes, der hier das gesamte Leben durchpulst,

bereits von Erfolg gekrönt worden ist, und wo der Hebel anzusetzen hat, das Fehlende zu ersetzen.

Dann kam von heut auf morgen der Ruf zur sofortigen Fahrt nach Magnitogorsk, einem Orte der kirgisischen Steppe unweit der Osthänge des Ural auf asiatischem Boden gelegen. Der Mitarbeiterstab wurde zusammengestellt und innerhalb 24 Stunden im Sonderwagen die einschließlich der Rückreise 5000 Kilometer lange Fahrt angetreten.

Diese Reise war alles andere als eine Strapaze. Wir dachten immer lächelnd der Frankfurter Warner, die die uns den Hungertod in den russischen Steppen teils geweissagt, teils gewünscht hatten.

Sie hätten die Kisten mit Preßkaviar, Schokolade, Zigaretten, Wurst und anderen Sachen sehen sollen, aus denen man uns während der ganzen Fahrt versorgte, und (da ich die Zweifler schon höhnen höre) die Bauernfrauen, die fast auf allen Stationen Eier, Milch, Butter und Geflügel feilboten. Sobald der Zug an einer Station länger verweilte, und das kam nicht selten vor!), eilte unsere Zelenitschka zum Heißwasserkessel an der Station, um Teewasser zu fassen. So kam es, daß wir jeden, achtmal den Tag Tee tranken und uns in unseren nalligen Kupees mit Hilfe unserer vielleicht talentierten Dolmetscherin die Mahlzeiten abwechslungsreich zubereiteten. Dabei vertam uns gleich am ersten Tage jener Humor, wie wir ihn von langen Stunden im Unterstande oder von Sitzouren aus den Alphütten kennen. . . .

Vierundeinhalb Tage dauerte die Hinreise (für russische Verhältnisse ist das nicht viel), und trotzdem verlog die Zeit. . . Auf provisorischem Geleise nähern wir uns in langsamer Fahrt unserem Ziele. Der Nebel ist klarem Wetter gewichen, und unseren Augen bietet sich ein ungeheuer interessantes Bild. Mitten in wilder Steppe erhebt sich eine Anzahl flacher Hügel, unter ihnen einer von größerer Ausdehnung, der Magnetberg. Hier ruhen hochwertige Erzvorräte in einem Umfange von 150 Millionen Tonnen, dabei so günstig gelagert, daß der Abbau von Tage aus erfolgen kann. Dieses Vorkommen auszubeuten, hat man im Zusammenhange mit dem großen Wirtschaftsprogramm der Union die

Errichtung des zweitgrößten Industriekombinats der Welt geplant.

Aus dem nahezu 2000 Kilometer entfernten Kusnezk an den Nordhängen des Altaigebirges wird man die Kohle herbeiführen, um die Erze zu erschließen, und als Rückfracht Magneterz nach Kusnezk senden, das dort verhüttet wird. Das Industriekombinat von Magnitogorsk wird neben dem eigentlichen Verhüttungsbetriebe und den Eisen verarbeitenden Werken ein chemisches Kombinat erhalten, um die Nebenprodukte der Kokserzeugung bis zur Anilinfarbe zu veredeln. Von den Dimensionen der Anlage legt beredtes Zeugnis das Staubecken ab, in dem der Uralfluß zu einem 14 Quadratkilometer großen See angestaut wird, um die Wasserversorgung des industriellen Betriebes sicherzustellen. Schon heute sind, soweit die industrielle Anlage in Frage kommt, 40 Prozent des ersten Bauabschnittes ausgeführt . . . Unter der energischen Leitung eines Regierungs-Spezialkommissars Schmidt wird dort in einem fieberhaften Tempo gearbeitet. Die einen Kilometer lange Staumauer, die die Wasser des Urals zu stauen bestimmt ist, wurde in 75 Tagen betoniert, die elektrische Kraftstation, neben der von Dnaprostroy die größte der Union, wird bei dreimaligem Schichtwechsel im Winterbau errichtet.

Wo vor einem Jahre noch Pferde in der Steppe grasten und „eigentlich eines der kleinen charakteristischen Bauernwägelchen der ausgefahrenen Spur eines Steppenweges folgte, da arbeiten heute 40 000 provisorisch in Baracken untergebrachte Menschen an dem Aufbau eines der gewaltigsten Industrieunternehmen der Gegenwart.

Die unzähligen Glühlampen der Barackenlager, gemeinsam mit den die Baustellen in der Nacht beleuchtenden Scheinwerfern machten auf uns einen unvergeßlichen Eindruck.

In stundenlanger Fahrt kreuz und quer über die Steppe tasteten wir alle Unebenheiten des Geländes ab, auf dem die

Wohnstadt für 120 000 Menschen

erstehen soll. Von unvergleichlicher Schönheit war der Blick auf die langgestreckten Höhenrücken des Urals. Die reine Atmosphäre ließ uns in einer Entfernung von 100 Kilometer noch deutlich die Falten der Bergzüge erkennen.

Jeder von uns empfindet stündlich, daß es uns hier vergönnt ist, Geschichte nicht nur zu erleben, sondern im Rahmen unserer bescheidenen Kräfte auch mitzumachen."

Eine neue antibolschewistische Seifenblase geplatzt

Rjabuschinskis „Wiedergeburt"

Der von der gesamten Presse für 1925 totgesagte Emigrantenführer schrieb am 7. Juli 1930 noch Brandartikel gegen die Sowjetunion

Die sozialdemokratische Presse, die Ullstein-Presse und die französische Presse melden in ihrer Kampagne der Verächtlichmachung des Moskauer Prozesses übereinstimmend: Rjabuschinski, ein Führer des Handels- und Industriekomitees, das „Torgprom" in Paris, mit dem Ramsin 1927, wie die Anklageschrift im Schädlings- und Spionageprozeß lautet, Verhandlungen geführt haben will, ist schon 1925 gestorben. Friede seiner Asche!

In der Prozeßverhandlung am Sonnabend aber haben nicht nur Ramsin, Laritschew, Zjedotow und andere Schädlinge in ihren Auslagen bestätigt, daß der Rjabuschinski lebt. Es wurde auch

ein Artikel Rjabuschinskis aus der Pariser Emigrantenzeitung „Worozhjenije" (Wiedergeburt) vom 7. Juli 1930 verlesen, in dem der gestorbene und wiedergeborene Rjabuschinski unter dem Titel „Ein notwendiger Krieg" gegen die Sowjetunion hetzt und zur Beseitigung des „bolschewistischen Geschwürs" auffordert.

Auch ein frecher Schwindel des „Vorwärts" ist seit Sonnabend vor der ganzen Welt entlarvt worden. Das sozialdemokratische Blatt mußte natürlich noch einen Schritt weiter gehen als selbst die „Ullstein"-Presse und behauptete dreist, und gottesfürchtig, Ramsin griffe in seinen Geständnissen nur deshalb immer auf Laritschew zurück, weil dieser ihn ja nicht mehr widerlegen könne, da er vor mehreren Monaten bereits von der GPU. erschossen worden sei. Inzwischen hat jedoch Laritschew ebenfalls seine Aussagen vor dem proletarischen Gericht in eigener Person gemacht.

So widerlegt sich eine Hetzmeldung nach der anderen; die gesamte Presse blamiert sich bis auf die Knochen. Da es jedoch ihre Aufgabe bleibt, die Kriegsverschwörungen gegen die Sowjetunion von heute und die von morgen totzulügen, wird auch kein Dementi ihr den Mund stopfen können.

In Wien ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der zweiten Hälfte des Monats November um 6166 auf 88 441 gestiegen. Damit ist der Stand um 21 439 höher als im Vorjahre.

Die Präsidentenwahlen in Uruguay hatten ziemlich geringe Beteiligung. Soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, dürfte der Kandidat der Kolorado-Partei, Dr. Terra, die meisten Stimmen erhalten haben.

Zwischen Litauen und Polen werden am 15. Dezember direkte Verhandlungen über die Grenzzwischenfälle stattfinden.

Zwei politische Todesurteile in Griechenland

Paris, 2. Dezember. Wie die „Humanité" meldet, sind in Athen die Mitglieder der Organisation der kommunistischen Studenten Griechenlands, Markowitis und Panusjis, zum Tode verurteilt worden.

Es ist dies das erstemal, daß die Diktatur Venizelos', die gegen die revolutionären Arbeiter scharf genug wütet, eine derartige Verurteilung befiehlt. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Aber die Aufmerksamkeit des internationalen Proletariats muß wachgehalten werden, um die durch den weißen Terror vom Tode Bedrohten zu retten.

(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

(34. Fortsetzung.)

„Was ist los?"

„Ihr müßt hier absteigen und zu Fuß weitergehen! Die Straße wird mit Artillerie beschossen!" sagte der Posten. Die Mannschaft stieg auf Franzens Befehl ab und stellte sich auf der Straße in Gruppen auf.

„Wo kriegen wir unseren Frontabschnitt zugewiesen?" fragt Franz.

„Ihr müßt euch bei der Gefechtsstelle da vorn melden!"

„Los, weiter!" sagte Franz, und der Zug packte sich mit den Gewehren und der M.-G.-Munition. Nach einer halben Stunde tauchten vereinzelte Häuser auf. Sie trafen ein paar Rotarmisten, die von der Front kamen.

„Na, müde?" fragten die vom Kreusat-Zuge. „Vorn gibt es dicke Luft!" war die Antwort. Einer der Rückkehrenden blieb stehen und sagte: „Geht mal hin und haut die faulen Hunde aus den Straßengräben zum Teufel, die den Frontkameraden das letzte Brot wegfressen und nicht an die Front hin wollen!"

„All wieder?" fragte der Schnidder und wickelte sein Gewehr aus den Lappen.

Es sind nur ein paar Kerle, aber die machen auch die übrigen kopfsinnig!" „Wie weit ist das noch?" fragte Franz. „Zehn Minuten!"

Noch eine Viertelstunde, und sie sahen die Gräben voll Menschengruppen. Lärm tönte ihnen entgegen. Franz ließ halten und begab sich zu den Nächstliegenden hin: „Wo ist der Kommandant?"

„Wenn du den da drinne meinst, dann hau man rinn!" sagte ein Bursche. Der Ton, in dem er sprach, war höhnisch. Ein Gelächter folgte. Franz besah sich die Leute. Ein paar freche Kerle führten das Wort.

„Wie in Dorsten!" fiel ihm die Geschichte des vergangenen Abends ein. Er winkte Murr heran: „Du, die Sache hier stimmt nicht! Sag den Kameraden, sie sollen ihre Gewehre bei sich halten, ich will mal hineingehen und nachfragen!"

Er ging ins Haus. Auch dort streitende Gruppen. Schimpfend teilten ein paar Arbeiter Brotportionen aus. „Wer hat noch keins?" „Hier! — Hier!" Franz sah, wie einige ihr empfangenes Brot verbargen und sich wieder vordrängten.

„Fresst doch alles auf!" empörte sich ein magerer Arbeiter und riß sich, ohne was bekommen zu haben, aus einer Gruppe los. Er machte ein finsteres Gesicht: „Ich komme von der Front und kriege nich's zu fressen! Aber sie, die sich hier seit gestern herumdrücken, die haben das größte Maul und können den Arsch nicht vollkriegen, gottverdimmich!"

„Wo ist der Kommandant?" fragte Franz Kreusat den ersten Arbeiter.

„Der stört sich um gar nichts, der sitzt in seinem Zimmer und malt die Karten!" sagte der Arbeiter erbittert.

„Mensch, quatsch doch nicht," sagte ein anderer, „der Kerl muß ja bei diesem Betriebe verrückt werden!"

Franz arbeitete sich bis zu dem Zimmer des Kommandanten durch und öffnete die Tür. Ueber einen Tisch, auf dem eine Karte lag, saß gebeugt ein Mann. Er hörte scheinbar nicht, daß einer ins Zimmer kam. Erst als ihn Franz angerufen hatte, richtete sich der Mann auf und sah Franz unwillig an: „Ich habe doch angeordnet, daß man mich nicht stören soll!"

„Ich komme mit einem Transport!"

„Von wo?"

„Von Essen!"

„Kann man sich auf die Leute verlassen? Sonst hat es keinen Zweck! Du kannst es mir glauben, hier kriegt man es satt!" Der Mann stand müde auf und sah Franz Kreusat verzweifelt an. „Hast du die im Graben gesehen? Damit ärgere ich mich die ganze Zeit schon. Fressen wollen sie dauernd, aber an die Front kriegste sie nicht oder mußt ein paar abknallen!"

„Es sind nur wenige, die miesmachen!" sagte Franz.

„So fisch dir mal die Wenigen raus!" sagte der Kommandant verdrossen.

„Ich helfe dir schon, ich weiß, wir bringen sie schon wieder zur Vernunft!" sagte Franz zuversichtlich. Sie berieten und als Franz nach Murr und die Führer der frischen Transporte herbeigerufen hatte, entschloß sich der Kommandant, eine Säuberung durchzuführen.

Die Führer kamen aus dem Gebäude und gingen zu ihren Zügen. Nach einer kurzen Unterredung verteilten sich die Mannschaften quer über die Straße und sperrten gleichzeitig den Zugang zum Haus ab.

Die in den Straßengräben wurden unruhig. „Wat is dat für 'ne Komödie?" rief einer der Schteier.

Der Kommandant ging auf den Mann zu und sagte kurz: „Du gibst dein Gewehr ab, aber sofort!"

„Ich? Warum denn?"

„Das Gewehr her!" sagte der Kommandant hart. Der Mann gab eingeschüchtert sein Gewehr ab. Der Kommandant ging von einem Trupp zum anderen und suchte sich die Unzuverlässigsten aus. Die Radaumacher versuchten, sich zu drücken. Einer nach dem anderen wurde entwaffnet. Eine halbes Dutzend wurde in der Nähe des Hauses gruppiert und bewacht. Die übrigen waren aufgestanden und erwarteten das gleiche.

„Schämt euch!" sagte der Kommandant. „Vorn warten die Genossen auf Verstärkung und ihr lungert hier herum!" — Er besprach sich mit den Führern und wandte sich wieder zu den Arbeitern: „Los, ortsgruppenweise antreten! Wer nicht nach vorn will, der gibt seine Knarre ab!"

Ein Dutzend etwa wurde entwaffnet. Die anderen traten an. Der Kommandant suchte die Zuverlässigsten aus und übergab ihnen die Führung über die Züge.

„Jetzt abmarschiert!" gab er Befehl, nachdem der noch nicht verpflegte Teil der Mannschaften mit Brot versehen war.

Als die Leute abrückten, wollten die Sanitäterinnen mit. „Ihr bleibt hier! Wir machen hier eine Verbandsstelle!" sagte der Kommandant. Rosa, die Hoffnung gehabt hatte, an die Front zu kommen, wurde bleich. Sie sah nach Franz hin, der auch antreten ließ. Tief senkte sie ihren Kopf, setzte sich in den Graben und begann, Gazepäckchen zu wickeln.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301203-19/fragment/page=0003

Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern e. G. m. b. H., zu Hohenmölsen

107192,- Mk. Rückvergütung in bar

zahlt die Genossenschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr an ihre Mitglieder!

Die Auszahlung erfolgt:

Montag, den 8. Dezember 1930
in Weickelsdorf von 2-5 Uhr nachm.

Dienstag, den 9. Dezember 1930
in Teuchern von 9-12 u. von 2-5 Uhr
in Muschwitz von 9-12 u. von 2-5 Uhr

Mittwoch, den 10. Dezember 1930
in Osterfeld von 9-12 u. von 2-5 Uhr
in Granschütz v. 9-12 u. von 2-5 Uhr

Donnerstag, den 11. Dezember 1930
in Hohenmölsen v. 8-12 u. v. 2-6 Uhr

6180

In allen übrigen Verteilungsstellen erfolgt die Auszahlung ab Dienstag, den 9. Dezember. Die Rückvergütung wird nur in der Verteilungsstelle ausgezahlt, wo die Markenkarte abgegeben ist. Die Quittung über die abgegebene Markenkarte ist mitzubringen

Vom 8. bis 24. Dezember 1930 gewähren wir außerdem auf alle **Textil- und Schuhwaren** neben den Rückvergütungs-Marken noch einen **Extrarabatt von 10 Prozent in bar!**

Preisabbau erfolgt laufend. / **Backartikel** im Preise besonders herabgesetzt. / Der Konsum-Verein vertritt Verbraucherinteressen, daher günstigste Einkaufsgelegenheit. — Warenabgabe nur an Mitglieder

---

Walhalla
Gastspiel Apollo-Theater Wien 6174
Begeisterung und Beifall nehmen kein Ende
in der erfolgreichen Operette
Die Försterchristel
Sonntag, nachm. 4 Uhr. kleine Preise (0,50—2,50)
Sonntag, nachmittags 2 Uhr Märchen-Vorstellung
Der Rattenfänger von Hameln
Kl. Preise 0,50—1,20 Mk.

Fest-Krawatten, die Schönsten preiswert bei **Blankenstein** Obere Leipziger Str. 6177

Stadt Theater
Heute, Mittwoch 8 bis 22 Uhr
Geschäft mit Amerika
Lustspiel von Franz und Herlofsohn
Donnerstag 8 bis 23½ Uhr
Diatoria und ihr Hofsänger
6174 Operette von Paul Abraham

Weihnachtsbäume
prima Tannen und Fichten, in großer Auswahl, empfiehlt im einzelnen und im ganzen billigst 1921
Paul Stürze
Weißenfels, Telephon 314
Stand an der Oberrealschule, Nikolaistraße (Eingang gotisches Bachischem Grundstück aus Betriebsamt)
NB. Tannen- und Fichtenreiser gibt ab D. O.

Modernes Theater
Hohe Kleinkunst im Dezember
Spielplan
Donnerstag: Wechsel von Fräulein Hulde
Vorwahl um den Titel „Mit Germann — Fräulein Deutschland 1931
Die schönste Frau erhält Mk. 10.— in bar und eine Fahrkarte nach Berlin sowie
Das Band der Stadt Halle a. S.
Eintritt am 4. Dezember: 1 Mark u. 2 Mark

Wiederholung
des Vortrages v. Frau Ettlinger: 6179
„Der Heiz- und Kochstrom im Dienste der hallisch. Hausfrau"
Koch- u. Backvorführungen
Kostproben ● Verlosung
Lose frei ····· Lose frei
„Stadtschützenhaus", großer Saal, am 10. Dezember 1930, 20 Uhr ● Einlaß 19.30 Uhr
Eintritt 30 Pf.: den Ueberschuß erhält die Erwerbslosenfürsorge
Vorverkauf bis 9. 12. 1930:
Zahlstelle Rathausstr. 1; Verwaltungsgebäude, Riebeckplatz 1, Kasse; Stadtgeschäft Halle a. d. Saale, Große Ulrichstraße 54
Die im Vorverkauf gelösten Karten geben Anrecht auf numerierte Plätze, die bis 20 Uhr freigehalten werden
Werke der Stadt Halle Aktiengesellschaft

Für Nikolaus
Lebkuchen und Geschenkartikel

S & F-Nikolaustüte reichlich gefüllt mit süßen Sachen	88 ₰
Pfeffernußmischung ½ Pfund	18 ₰
Kokosmakronen ... ½ Pfund	25 ₰
Elisenlebkuchen ... ¼ Pfund	40 ₰
Weiße Lebkuchen .. ½ Pfund	32 ₰
Geschenkbeutel in Cellophan, verschieden gefüllt	95 ₰
Vollmilchschokolade 200-g-Tafel	50 ₰
Lebkuchen-Nikolause 3 St.	25 ₰
Basler-Lebkuchen Paket von	15 ₰ an
Nürnberger Lebkuchen echte ..... Paket von	30 ₰ an
S & F-Lastauto gefüllt, zum Aufziehen ..... Stück	55 ₰

6192

SCHADE & FÜLLGRABE
Gegr. 1877 — LEIPZIG — 5 % Rückvergütung — FRANKFURT A. O.

Auf Teilzahlung

Rohrbetten . . .	35.-
Schränke m. Spieg. 140 cm br.	149.-
Polstersessel . . .	28.-
Flurgarderoben . .	36.-
Bücherschränke . .	63.-

Monatsrate Mk. 5.—
Eichmann & Co.
Halle a. S.
Gr. Ulrichstr. 51
Gr. Ulrichstr. 37
Lieferung frei Haus mit Auto

Hausfrauen kauft nur bei unseren Inserenten!

STADTGESCHÄFT G.M.B.H.
Nur Mk. 3.50 im Monat
HALLE, GR. ULRICHSTR. 54
FERNRUF 2565

Achtung, Theißen
Empfehle der geehrten Einwohnerschaft von Theißen und Umg. meine stets frischen
Fleisch- und Wurstwaren
Kurt Beuchelt
Ab 5. Dez. 30: Am Feuerwehrturm 6019

Anzeigen haben im „Klassenkampf" **Große Wirkung**

Kristall-Schallplatten 25 cm Dm. 2.90
Musik-Müller Gr. Märkerstr. (neben S. Meh)

Feine Molkereibutter
Pfund **1,40**
6175
Butter Groß-Handlung **Hammonia**
Verkaufsstelle:
Halle a. d. S., Gr. Ulrichstraße 47

Bettfedern
fert. Betten, Inletts
in nur bewährten guten Qualitäten in großer Auswahl billigst empfiehlt
6160
Betten-Graf
Aeltestes Spezialgeschäft am Platze
Marktplatz 10/11 — Gegründet 1892

Sie kaufen
gute Uhren
goldene Ringe
Halsketten
Mansch.-Knöpfe
Zigarren-Etuis
usw.
Trauringe
Stück von 1,— an
selten preiswert
Amand Weiss
Kleinschmieden 8
Steinweg 48/47

Neuzeitlich preiswert
Schlafzimmer-Schränke
Eiche, Birke, Kuba. imit.
130 cm m. Waschtisch . . . 81.4
130 cm m. 3 teilig. Nacht . . 102.4
130 cm m. W. u. Spiegel . . 125.4
180 cm m. W. u. Spiegel . . 156.4
Flur garderoben 29,— bis 75,— ℳ
Gebr. Junghut Ulrichstr. 37

Kaufe meine grüne **Kaninchenfell** am **Freitag** 15 bis 17 Uhr in 16181 Weißenfels Restaur. zum guten Traupen
Täglich in Halle
W. Schulte, Posdorfstraße 16 — Telephon 23380 —

Chaiselongue
Mk. 32.— 38.— 42.— 50.— 55.— 58.—
Bettchaiselongue
Mk. 95.— 105.— 125.— 135.— 155.—
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen
Transport frei
Bettenhaus Bruno Paris
Kleine Ulrichstraße bis Domplatz 9 Minuten vom Markt

Gebt für die Rote Hilfe

Familien-Nachrichten

Dienstag, morgens 4½ Uhr, verstarb nach langer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau
Emilie Mühl
im Alter von 67 Jahren
Halle a. d. S., den 1. Dez. 1930
Jacobstr. 40a 6155
Im Namen der Hinterbliebenen
Albert Mühl
Die Trauerfeier findet Freitag nachm. 2½ Uhr in der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt 6155
Kranzspenden dankend verbeten

Danksagung
Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, des Schuhfabrikanten **Gustav Baldewig**, sagen wir allen unseren herzlichen Dank. Besonders Dank den Hrn. Eisenbahnern für seine trostreichen Worte im Hause und am Grabe. Diesen Dank der Bollsfürsorge und den Kollegen des Brunnenwerkes. Ferner dem Musik- und Radfahrerverein Spickendorf, den Radfahrervereinen Niemberg, Eismannsdorf, Schwerz, Roitzschen, der KPD. und der MJ. Spickendorf 6154
Spickendorf, den 30. Nov. 1930
In stiller Trauer
Frau Baldewig und Sohn

Die große Fuchsmode
Unsere Preise sind niedriger denn je!
Chin. Silberziege 9,00 — Nerzserval . . 24,00
Afrikan. Serval 18,00 — Rotfuchs . . . 24,00
Pampasfuchs . 42,00 — Mongol. Fuchs 34,00
Gibbein
Unsere Leipziger Str. 97. an der Ulrichstraße

der kämpfende Erwerbslose

Neuer Anschlag gegen die Saison-Arbeitslosen

Immer noch nicht genug gehungert!

Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung plant jetzt, die Unterstützung für die berufsmäßigen Arbeitslosen noch weiter herabzusetzen. Bekanntlich hat schon während der Regierungszeit der Müller-Regierung eine gewisse Saisonarbeitslosenunterstützung eingeführt, um die Unterstützungen zu senken. Diese Willkürliche Regelung wurde abgelöst durch die Brüning-Verordnung, in der bestimmt wird, daß in den Lohnklassen 7 bis 11 nur dann die volle Unterstützung gezahlt wird, wenn der Arbeitslose innerhalb 18 Monaten ein volles Jahr versicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen kann, ohne daß die Beschäftigung oder Unterstützungsbezug unterbrochen wurde. Alle anderen Arbeitslosen, die diesen Nachweis nicht erbringen konnten, und das sind die Saisonarbeiter, erhielten eine bedeutend niedrigere Unterstützung.

Im Anstauchen dieses Planes bedeutet Alarm für die Arbeitslosen. Es darf nicht geduldet werden, daß die erbärmliche Arbeitslosenunterstützung noch mehr gekürzt wird. Durch das ganze Land muß eine solche Welle des Protestes gehen, daß es der Vorstand der Reichsanstalt und die Brüning-Regierung nicht wagen können, ihren teuflischen Plan durchzuführen.

Der Reichsausschuß der Erwerbslosen ruft zum Kampf!

Setzt die Hungerarmeen in Marsch

Die Vertreter der deutschen Erwerbslosen tagen — Wichtige Kampfbeschlüsse wurden gefaßt
Setzt sie mit der größten Aktivität durch

Am 29 November tagte in Berlin der Reichsausschuß der Erwerbslosen mit den verantwortlichen Leitern der Bezirke.

Ein Vertreter der Kommunisten referierte über die Lage und den Kampf der Arbeitslosen wobei er besonders ausführlich auf das Hungerprogramm der Brüning-Regierung einging. Er zeigte auf, wie schon durch die Abbaugesetze der Müller-Regierung die Lage der Arbeitslosen ungeheuer verschlechtert wurde, die Brüning-Regierung hat durch ihre Notverordnung die Unterstützung noch mehr abgebaut und das Elend der Arbeitslosen unerträglich verschärft. Durch die neuen Gesetze des Brüning-Programms, die vor der Inkraftsetzung stehen, wird die Aushungerung der Arbeitslosen fortgesetzt. Eine besonders brutale Taktik der Brüning-Regierung besteht darin, die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden radikal zu kürzen, um so einen Abbau der an sich schon erbärmlichen Wohlfahrtsunterstützungen der Gemeinden herbeizuführen.

Die Gemeinden sollen gleichzeitig gezwungen werden, die für die arbeitenden Massen besonders drückenden Gemeindesteuern (Kopfsteuern, Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränkesteuer) einzuführen.

Damit soll ein Keil zwischen die betriebstätigen Steuerzahler und die Arbeitslosen getrieben werden. Die Betriebsarbeiter, denen der Lohn abgebaut wird, sollen durch die Auferlegung dieser neuen Steuern dahin gebracht werden, daß sie sich gegen die Unterstützung der Arbeitslosen wenden.

Wir müssen diesen kapitalistischen Absichten entgegenwirken und im Kampf gegen das Brüning-Programm die Einheitsfront zwischen Betriebsarbeitern und Arbeitslosen immer fester schließen.

Zwischen den Verschlechterungen in der Krankenversicherung und der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung besteht ein enger Zusammenhang. Man hat die Leistungen der Krankenversicherung abgebaut, die Krankenscheingebühr usw. eingeführt, um, ohne die Unternehmer mehr zu belasten, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöhen zu können. Im Reichsetat 1931 ist kein Pfennig Zuschuß mehr an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung vorgesehen, währenddem die ungeheuren Ausgaben für Reichswehr, Polizei, Luftschiffahrt, Unternehmersubventionen usw. in ihrer alten Höhe bestehen bleiben.

Die Rolle der SPD. ist dadurch charakterisiert, daß sie am 28. November im Reichstagsausschuß gegen die Winterbeihilfe stimmte.

Auch die nationalsozialistischen Führer, die dort, wo die Ablehnung immerhin gewiß ist, für Arbeitslosenanträge stimmen, sind ebensolche Feinde der Arbeitslosen, wie die übrigen Parteien, die hinter der Brüning-Regierung stehen. Im Thüringer Landtag und in verschiedenen Stadtparlamenten stimmten die nationalsozialistischen Führer gegen die Winterbeihilfen. **Die Nazi-Führer wollen nur Arbeitslose einfangen, um sie davon abzuhalten, die rote Arbeitslosenfront zu verstärken.** Nur die Kommunistische Partei hat sich mit aller Kraft für die Forderungen der Arbeitslosen eingesetzt.

Der Schluß des Referates beschäftigte sich mit dem Stand der Arbeitslosenbewegung, wobei mit der notwendigen Kritik an Schwächen und Mängeln nicht zurückgeholten wurde.

Das Referat wurde durch Berichte der Vertreter aus den Bezirken ergänzt, die ein erschütterndes Bild von der unbeschreiblichen Not der Arbeitslosen gaben.

Ueberall haben die Organe dieses Staates, anstatt Unterstützung für die Hungernden nur Ordnungsstrafen, Polizeiknüppel und blaue Bohnen.

In der letzten Zeit wurden die Demonstrationen von immer größeren Massen durchgeführt. Die Versuche der sozialdemokratischen Führer und der Nazis, auf den Arbeitsnachweisen Einfluß zu gewinnen, sind gescheitert. Soweit Erwerbslosenversammlungen und Kundgebungen stattfanden, waren sie restlos von den Erwerbslosenausschüssen der RGO. organisiert. Die Organisation der Erwerbslosengruppen der RGO. ist gewachsen und auch die Erwerbslosenzeitungen nahmen einen großen Aufschwung.

Mit besonderem Interesse wurden die Berichte einer Vertreterin der weiblichen Erwerbslosen und eines Vertreters der Angestellten zur Kenntnis genommen, auch die arbeitslosen Frauen und die erwerbslosen Angestellten scharen sich in immer größeren Massen um die RGO.

Besondere Fortschritte zeigten sich in dieser Richtung in Berlin, es ist notwendig, sich in allen Bezirken an die arbeitslosen Frauen und Angestellten zu wenden und sie mit in die Kampffront einzureihen.

In zwei weiteren Referaten wurde die Zentralisierung des Vertriebs der Erwerbslosenzeitungen, der Belieferung mit Material und anderes, der organisatorische Aufbau der Erwerbslosengruppen der RGO. und die weitere praktische Durchführung der Winterhilfskampagne behandelt. Auch hieran schloß sich eine lebhafte Diskussion, in der die praktischen Erfahrungen aus den einzelnen Bezirken ausgetauscht wurden.

Die Konferenz hat eine erste Arbeit für die bessere Durchführung unserer Aufgaben geleistet. Der Reichsausschuß beschloß einen Appell **an die Arbeitslosen und Betriebsarbeiter, gemeinsam den Kampf um die Forderungen der Arbeitslosen zu verstärken.**

Arbeitslosigkeit des Polizeiterrors

Sie hetzen Hunde gegen Erwerbslose

Noch nicht einmal künstliche Entrüstung der „linken" Sozialdemokraten — Sie verteidigen die erbärmlichsten Polizeimethoden

Die „Leipziger Volkszeitung", das sogenannte „linke" sozialdemokratische Blatt, gibt eine Meldung von WTB. aus Amsterdam wieder. Darin wird mitgeteilt, daß bei den „Arbeitslosenunruhen" in Harlem, die sich dort vor dem Rathause bei Behandlung und Ablehnung eines kommunistischen Antrages ereigneten, die Harlemer Polizei zur Zurücktreibung der Arbeitslosen außer allen anderen Mitteln einen Trupp Polizeihunde benutzte. Es heißt weiter: Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" bezeichnet das Verwenden von Hunden zu solchen polizeilichen Zwecken menschenentehrend und meint, daß dieses Vorgehen der Polizei das erste und letztemal gewesen sei.

Die „Leipziger Volkszeitung" gibt diese Meldung kommentarlos wieder. Man könnte annehmen, daß auch die Redaktion der „LVZ." eine gebührende Scharferei verurteilt, jedoch nur, wenn das im Auslande geschieht. Soweit in der Hindenburg-Republik die Polizei die Arbeitslosen blutig niederschlägt, ist die „Leipziger Volkszeitung" vollkommen damit einverstanden. Sie findet kein Wort der Verurteilung, wenn die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten solche Mittel anwenden, wie das in Harlem geschehen ist.

Wir wollen die Redaktion der „LVZ." daran erinnern, daß bei den Kundgebungen am 6. März 1929 in Kassel neben den „harten Waffen" auch englische Bullbluthunde gegen Männer, Frauen und Kinder von der Polizei eingesetzt wurden. — In Kassel regiert ein sozialdemokratischer Polizeipräsident.

Als seinerzeit dieser Vorfall von uns gemeldet wurde, hatte die „Leipziger Volkszeitung" keine andere Antwort übrig, als wie noch heutigen Tags gegenüber Erwerbslosendemonstrationen: Eine schamlose Hetze gegen die Kommunistische Partei! Die Arbeitslosen werden diese Schandtaten, weder der „linken", noch der rechten Sozialdemokraten vergessen, **sondern eines Tages eine entschiedene Abrechnung mit diesen Kapitalsknechten halten.**

Arbeit und Freiheit in der Sowjetunion

„Bei uns gibt es keine Arbeitslosigkeit mehr"

Arbeitszeit, Speisesäle, Besuch von Theater und örtliche Hilfe — Arbeitslose, schreibt an Eure russischen Genossen und Freunde in der Sowjetunion!

(Esperantokorrespondenz)

Werte Genossinnen und Genossen!

Wir, die Beamten der Sozialversicherung des Baumanrajons in Moskau, senden Euch brüderliche Grüße. Heute berichten wir darüber, wie man die Hilfsbedürftigen in unserem Lande, dem Vaterland des Proletariats, unterstützt. Veranlassung gibt uns eine Sozialbroschüre, welche der sozialdemokratische Senator Baumann, Hamburg, herausgab, in welcher er sich bemüht, zu beweisen, daß die bürgerlichen Unterstützungsmethoden die Arbeiter besser zufriedenstellen, als die unseren. Hiermit, Genossen, teilen wir Euch einen Einblick in unsere Unterstützungsprobleme und erwarten, Eure Meinung unverzüglich zum Ausdruck zu bringen, welche Methode sie für die Arbeiterschaft besser, unsere oder das „geschätzten" Senators Neumann, also die bürgerliche.

Jahr nach dem anderen wird die Arbeit für die Werktätigen leichter, weil die mächtige industrielle Entwicklung Sowjetrußlands die Arbeitslosigkeit liquidiert. Wenn am 1. Oktober 1928 an 16 000 Arbeitslose Unterstützung gezahlt wurde, so am 1. Oktober 1929 nur noch an 7500. Heute gibt es im Baumanrajon keine Arbeitslosen mehr. Deshalb sind wir in der Lage, die Unterstützung immer zu erhöhen.

Wir haben wir ein neues Problem ausgearbeitet und es dem Moskauer Institut für Arbeitslosenversicherung zur Prüfung übergeben. Augenblicklich werden folgende Unterstützungssätze gezahlt: Es bestehen drei Kategorien, die erste erhält 27 Rubel monatlich, die zweite 20, die dritte 15,5. Außerdem erhalten die Familienväter in der ersten Kategorie 15 Prozent des Unterstützungssatzes, in der zweiten 25 Prozent und der dritten 35 Prozent. Eure Genossen erhalten Unterstützung aus den Summen, die sie selbst zahlen, während der Arbeit, aber unsere Arbeiter zahlen solche Beiträge nicht. Wenn auch unsere Sätze niedrig erscheinen, aber der Staat sorgt und gibt den Arbeitslosen viele Vorzüge:

1. Ein Arbeitsloser, dessen Familienangehöriger 100 Rubel verdient, zahlt monatlich 22 Kopeken Miete für vier Quadratmeter Wohnfläche, verdient ein Angehöriger 50 Rubel, zahlt der Arbeitslose 13 Kopeken. Arbeitet kein Angehöriger, wohnt er mietefrei. 2. Die Arbeitsbörse hat eigene Speisesäle, in welchen die Arbeitslosen täglich kostenlos Essen erhalten. Sie können es auch mit nehmen. 3. Die Arbeitsbörse gibt kostenlos Eintrittskarten für Theater und Kino, liquidiert das Analphabetentum, lernt die Arbeitslosen für Berufe an, in denen Arbeitskräfte fehlen. Zu diesen Zwecke werden Arbeitslosen-Kollektive gebildet. Dadurch werden welcich Sachmerte geschaffen und die Unterstützung wird ausgezahlt. Desgleichen hat der Arbeitslose wie der Arbeiter kostenlos ärztliche Hilfe, Geburtshilfe, kostenlose Begräbnis bei Todesfall von Angehörigen. Die Dauer der Unterstützung beträgt neun Monate. Während einer dreimonatigen Pause hilft die Gewerkschaft mit dem gleichen Unterstützungssatz. Dann zahlt der Staat wiederum neun Monate den gleichen Satz.

Damit wollen wir das noch nicht erschöpfte Thema über Arbeitslosenversicherung schließen. Während man sieht, wie das proletarische Rußland ohne jede Hilfe von kapitalistischer Seite vorwärtsschreitet, während man unaufhörlich dem Ziel des Fünfjahresplanes zustrebt, verschwindet völlig das Arbeitslosenheer. Der Erfolg der Politik und Arbeit gibt den Kapitalisten immer mehr zu denken und sie beginnen in Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten gegen die Arbeit zu mokieren. Sie wollen uns beweisen daß das Unterstützungswesen und unsere Einrichtungen auf kulturellem und sozialem Gebiet nur in Zeitungen stehen, daß alle diese Einrichtungen den Arbeitern kapitalistischer Länder besser zugute kommen.

Wir erhoffen baldige Nachricht über Eure Meinung. Begründet alles gut. Unsereins interessiert es, zu erfahren: 1. Wie ist die Arbeitslosigkeit bei Euch in Wirklichkeit, wieviel gibt es Arbeitslose? Wie werden sie unterstützt? Wie ist der wirtschaftliche Stand ihrer Familien? 2. Sind ihre kulturellen Bedürfnisse zufriedengestellt? 3. Können sie an Stadt- und Dorfparlamenten teilnehmen? 4. Im übrigen schreibt über den wirtschaftlichen Stand der gelernten und ungelernten Arbeiter, der Frauen und Jugendlichen. 5. Sind die Arbeitslosen berechtigt, an der Arbeit der Sozialversicherung teilzunehmen und auf welche Art?

Also Genossen, wir wünschen Euch in Eurer Arbeit und Schaffen für die Befreiung vom Kapitalismus besten Erfolg im Namen der Mitarbeiter der Sozialversicherungskasse des Baumana-Bezirks in Moskau.

Unterschrift: A. Bolkop.

In kapitalistischen Ländern das gleiche Elend

Durch das Vermittlerbüro nach Frankreich

Mit Lug und Trug verlockt — Schippe und Hacke statt Berufsarbeit — Zurück in neues Elend

(Arbeiter-Korrespondenz)

Im Juli dieses Jahres wurde ich mit noch 62 anderen von einem Vertreter-Ingenieur Lehmann aus Leipzig nach Frankreich (Lothringen) zur Arbeit vermittelt. Das hiesige Arbeitsamt bewilligte das Fahrgeld, 6 Mark Zehrgeld und das Paßvisum. Man hatte uns vor unserer Abreise allerhand versprochen. Laut Vertrag, den wir unterzeichneten, sollte die Arbeitszeit acht Stunden betragen, aber eff Stunden bezahlt werden. Der Stundenlohn sollte 4½ bis 5 Franken betragen. Es wurden uns von diesem Herrn Lehmann auch sehr gute Wohnungs- und Lebensverhältnisse versprochen.

Die Fahrt ging also los und am 26 Juli konnten wir in Königsmaker (Lothringen) einziehen. Aber o weh! Wie sah es mit den versprochenen guten Wohnungsverhältnissen aus. Ich bin auch schon während des Krieges lange Zeit in Frankreich gewesen, aber was uns hier im Frieden angeboten wurde, das spottet jeder Beschreibung. Man mutete uns zu, in den schmutzigsten Wohnungen und unter den dreckigsten Verhältnissen zu leben. Alle waren darüber sehr empört. Das Leben in den sogenannten Wohnungen war einfach unmöglich, so daß wir dann in Baracken gezogen sind. Aber auch da war es nicht viel besser. Mit noch drei anderen habe ich dann nach drei Tagen Privatquartier bezogen.

Noch schlimmer als die Wohnverhältnisse waren die Arbeitsbedingungen. Wir waren zwar jeder für einen besonderen Beruf angeworben, bekamen aber hier Schippe und Hacke in die Hand gedrückt. Ein viertel Meter tief im Dreck mußten wir Festungsanlagen bauen. So ging das nun die Tage hin, bis wir zum ersten Male Löhnung erhielten. Nicht nur, daß wir anstatt acht Stunden zehn Stunden arbeiten mußten, erhielten wir dann, nicht wie versprochen war, 4½ bis 5 Franken, sondern nur 3,75 Franken.

Hierüber herrschte unter den Kollegen ebenfalls wieder große Empörung und Herr Lehmann schwindelte uns aufs neue wieder etwas vor, um uns zu beruhigen. Aber dann war dieser saubere Herr verschwunden und aus allen seinen Versprechungen wurde nichts. Wir wurden um unseren Lohn betrogen. Wie wir dann später erfuhren, hat sich der saubere Herr Lehmann von der französischen Firma für uns Geld geben lassen, mit dem Bemerken, daß er für die Arbeiter die Unkosten ausgelegt hätte. Uns wurde dieser Betrag dann später wieder abgezogen und wir hatten so das Nachsehen.

Die so gepriesene Arbeit in Frankreich wurde uns zur Hölle, so daß ich bald darauf die Arbeit niederlegte und bereits am 21. August wieder nach Trier gefahren bin. Da wir auf Grund unserer Entlohnung noch Schulden machen mußten, waren wir ohne jede Mittel. Es war uns also sehr schwer, wieder nach Leipzig zurückzuführen. Meine Kleidung und Wäsche habe ich in der städtischen Pfandleihe hinterlegt, um mir überhaupt etwas zu essen zu kaufen und eine Fahrkarte nach Leipzig lösen zu können. Die Wohlfahrtsämter weigerten sich energisch, uns überhaupt zu unterstützen. Wie Bettler kamen wir wieder in Leipzig an und waren körperlich vollkommen heruntergekommen.

Ich gebe diese Schilderung, um alle Arbeiter vor solchen Werbern zu warnen. Es ist in den anderen kapitalistischen Ländern für uns Arbeiter ebenso wie im kapitalistischen Deutschland. Es hilft keine Flucht aus dem Elend, sondern nur rücksichtsloser Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse kann unser Dasein ändern.

Das mindeste sind Gummiknüppelattacken

Nur ein paar knappe Meldungen:

In Mainz demonstrierten die Arbeitslosen für ihre Forderungen, insbesondere für die Winterbeihilfe. In der Stadthausstraße empfing ein gewaltiges Polizeiaufgebot den Zug der hungernden Arbeitslosen, und ohne daß die Aufforderung zur Auflösung ergangen wäre, begannen die Polizeikolonnen eine ungeheuerliche Gummiknüppelattacke auf die hungernden Proleten.

Wie die Berierker schlugen sie wahllos auf die Demonstranten ein, wobei alle Männer, Kriegsbeschädigte und Arbeiterfrauen in der brutalsten Weise mißhandelt wurden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen und die Verhafteten wurden auf dem Wege zum Polizeipräsidium bestialisch mißhandelt. Die auseinandergetriebenen Erwerbslosen sammelten sich aber immer wieder und trotz Gummiknüppelattacken erscholl der Ruf: „Wir haben Hunger!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301203-19/fragment/page=0005

Wann? — 1828? — 1930? — 1931?

Die Kriegstermine der Generale Poincarés

Sie konnten nicht einig werden — Der sozialistische Aufbau vernichtete ihre Pläne — Die Kriegsgefahr bleibt

Moskau, 1. Dezember. Der Prozeß gegen die Schädlinge in Moskau beweist mit aller Deutlichkeit, daß Frankreich mit bewaffneter Intervention gegen die Sowjetunion vorgehen will. Die Sabotageakte der Schädlinge sind ein Teil der Pläne des Herrn Poincaré, die sich durch die bewaffnete Intervention ergänzen.

Bereits im Jahre 1927 wurde im Handels- und Industriekomitee in Paris darüber diskutiert, ob die Zeit der Intervention bereits gekommen sei, oder ob man noch warten solle. Während der Vertreter des Verbandes der Ingenieur-Organisationen in dieser Frage schwankte, war es der Vertreter Poincarés, der am meisten dazu drängte, die Interventionspläne unmittelbar militärisch vorzubereiten.

Ramsin erklärte in der Verhandlung am 30. November:

„In diesem Moment waren die stärkste Initiativkraft, die diese Frage sorcierte und auf ihre eigene Art einen Druck ausübte, die französischen Regierungskreise."

Professor Fjodotow erklärte in der Verhandlung am 27. November über die Wirkung des Drucks in der französischen Regierung:

„Das Zentrum der ganzen Bewegung, der ganzen Arbeit, verschob sich auf den französischen Generalstab. Die Richtung der Tätigkeit wurde eine andere."

Seit dem Jahre 1927 bereisen die „reisenden Generale" Poincarés Ost- und Südosteuropa, die baltischen Länder und die Balkanstaaten. Unter ihnen befinden sich außer dem bereits im Prozeß mehrmals genannten General Jeanin, die Generale Le Rond und Franchet d'Esperay. Seit jener Zeit wurde das Rüstungsbudget im französischen Staatshaushalt gewaltig in die Höhe geschraubt. 19 Prozent des gesamten Staatshaushalts waren es im Jahre 1927 und 23 Prozent im Jahre 1930, die für militärische Zwecke verwendet wurden.

Die Industriepartei erhielt von diesen Geldern unmittelbar nicht viel.

Dafür wurden die Rüstungen in den Nachbarländern der Sowjetunion besonders gesteigert und die Vorstöße des polnischen, rumänischen und finnischen Faschismus gestärkt.

Frankreich organisierte und finanzierte aus dem gleichen Grunde die **Thronbesteigung König Carols von Rumänien.**

Es geht Poincare nicht schnell genug

Der Schädlingsführer Ossadschi, früherer Stellvertreter des Vorsitzenden der Planwirtschaftskommission der Sowjetunion, gleichzeitig Mitglied des Zentralkomitees der Industriepartei, berichtet vor dem Gericht in Moskau als Zeuge, daß er **die Chancen der Intervention für das Jahr 1931 „vom Gesichtspunkt der Entwicklung der Innenpolitik der Sowjetunion als annehmbar einschätzte".** Darauf habe der Agent Poincarés mit größter Entrüstung gesagt:

„Wie kommt es denn, daß das Zentralkomitee früher vom Jahre 1930 gesprochen hat?"

Der Agent Poincarés deutete dann weiter an, indem er sich gegen die Aufschiebung der Intervention erklärte:

„Sie selbst sehen, was in Deutschland vor sich geht. Es sind Umgruppierungen im Proletariat im Gange, die auf die Stärkung der Rolle und Bedeutung der Kommunistischen Partei hinauslaufen."

Die Rolle des Generals Jeanin

Zu unserer gestrigen Veröffentlichung über das sibirische Tagebuch des französischen Generals Jeanin erhalten wir aus Moskau noch einen Sonderbericht, der den besonderen Einfluß der französischen Imperialisten auf die russischen Weißgardisten dokumentiert. General Jeanin traf im Januar 1919 bei der Koltschak-Armee ein, die in Sibirien und Ostrußland operierte. Er übernahm das Oberkommando über die englischen, italienischen, polnischen und anderen ausländischen Formationen.

Weiter übergibt er Koltschak ein Telegramm Clemenceaus, in dem es heißt:

„Ich zweifle nicht, daß die sibirische Armee unter der Leitung ihrer hervorragenden Führer ihr Ziel verwirklicht, Rußland zu befreien."

Der Koltschak-Minister Budberg erklärte über General Jeanin:

„Unser teurer Intervent, welcher sehr zu fressen liebt. Wir können mit ihm nicht konkurrieren. Es treffen viele Klagen über Untaten und Vergewaltigungen polnischer Truppen ein. Jeanin beantwortet unsere Klagen nicht."

Ein Heeresbefehl über die Weigerung von Soldaten, die nicht an die Front gehen wollen, schließt Jeanin mit den Worten:

„20 Mann erschossen! Gott mit uns! Hurra!"

Hierbei muß bedacht werden, daß General Jeanin ein persönlicher Freund des letzten Zaren war und für dessen Bluttaten eine besondere Hochachtung bekundete. Er hat die Moskauer Militärakademie besucht und ist Monarchist. Heute ist er Poincarés Militärspezialist für Interventionen, der Auftraggeber der Industriepartei.

In diesem Zusammenhang ist ein Telegramm wichtig, das vom Sowjetzentralarchiv veröffentlicht wird und am 12. September 1920 aus Sebastopol von der südrussischen Wrangel-Regierung an den russischen Gesandten in Paris geschickt wurde.

Dieses Telegramm bestätigt die Belieferung der russischen weißgardistischen Armee durch Frankreich, beruft sich auf die Vorschläge des französischen Generals Mangin und offeriert schließlich Getreide für Darlehen, das die südrussische „Regierung" von Frankreich erbeten hat.

Dies sind eine Unzahl von Beweisen für die Interventionstätigkeit des französischen Imperialismus. Die Erklärungen der französischen Regierung zu diesen Enthüllungen sind so dürftig, daß sie sogar durch die bürgerliche Presse bemängelt werden.

Sechster Verhandlungstag

Auch der sechste Verhandlungstag brachte wieder eine Reihe von weiteren Beweisen für die Schädlingsarbeiten. Weiter wurde der Wunsch der Schädlinge, ihre Handlungen mit „Wissenschaft und Objektivität" zu erklären, im Prozeß widerlegt. So muß der Angeklagte Ramsin bekunden, wie das Entwicklungstempo der Brennstoffindustrie gehemmt wurde. Die von den Schädlingen ausgearbeiteten Zahlen des Fünfjahrplans für die Torfgewinnung wurde mit 15 Millionen Tonnen für Ende 1932 angesetzt, während

der von den Arbeitermassen aufgesetzte Gegenplan 33 Millionen Tonnen beträgt.

Der Gegenplan der Arbeiter ist bereits zum großen Teil durchgeführt.

Auf dem Gebiete der Petroleumgewinnung, wo die stärkste und am besten organisierte Gruppe von Schädlingen bestand, wurden planmäßig übertriebene Pläne aufgestellt, aber gleichzeitig die massenhaft importierten ausländischen Maschinen nicht ausgenutzt.

In der Nachmittagssitzung muß besonders der Angeklagte Tscharnowski über die Schädlingsarbeit im Lokomotivbau berichten. So wurde mit angeblich „objektiven" Argumenten der Bau von Riesenlokomotiven mit einer Belastung von 35 Tonnen pro Achse betrieben. Die Einstellung solcher Lokomotiven würde

eine Erneuerung des gesamten Unterbaus der Bahnstrecken und einen völligen Umbau sämtlicher Brücken erfordert haben.

Das Endziel dieser Machinationen war die Festlegung riesiger Kapitalsummen, ohne daß ein Nutzen daraus gezogen werden konnte.

Der Angeklagte Fjedotow schildert, wie in der letzten Zeit die Anlage großer Textilfabriken in Weißrußland nur zu dem Zweck geplant war, diese Fabriken im Falle der Intervention, die eine schnelle Besetzung der Westgebiete bringen sollte, den französischen und polnischen Eindringlingen in die Hände zu spielen.

Fjedotow bestätigt weiter, daß gerade die Gebiete, wo die Getreideaufbringung im Gange war, mit falschen oder unbrauchbaren Waren oder überhaupt nicht beliefert wurde, während andere Gebiete gleichzeitig übermäßig versorgt wurden.

Für den Fünfjahrplan

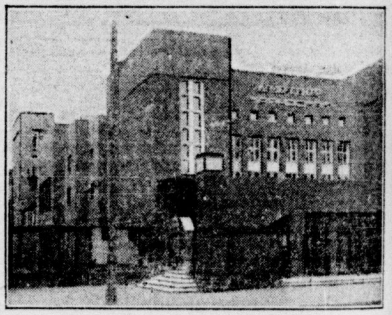
Mit Kelle, Lot und Wasserwage

Der Fünfjahrplan in vier Jahren! Diese Parole zu verwirklichen, sind vor allen Dingen die sowjetrussischen Bauhandwerker bemüht. Tatsächlich kommen aus allen Teilen des Landes die erfreulichen Meldungen, daß fast sämtliche Bauten vor dem gestellten Termin fertiggestellt werden. Zahlreiche ausländische Maurer, Zimmerer und Installateure arbeiten tatkräftig an diesem gigantischen Aufbauwerk mit. Unser Bild zeigt einen deutschen Maurer beim Anlernen von Lehrlingen auf einer der Bauanlagen in der Nähe Moskaus.

Helden des Fünfjahrplans

Die Elektromotorenfabrik „Lepse" in Moskau hat den Produktionsplan im zweiten Jahr des Fünfjahrplans 19 Tage vor der festgesetzten Frist erfüllt und über den Plan hinaus eine Mehrleistung von 1700 Elektromotoren erzielt. Unser Bild zeigt die Versammlung während der Arbeitspause aus Anlaß der erfolgreichen Erfüllung des Produktionsplanes.

Früher Tingeltangel — heute Kulturstätte



Gibt es bessere Beweise des kulturellen Aufbaus in der Sowjetunion: Aus Kirchen werden Versammlungslokale, aus Klöstern Museen oder Fabriken, aus Adelspalästen Arbeitererholungsheime, und aus den Stätten blöden Amüsierbetriebes Klubhäuser für die Feierstunden. So zeigt unser Bild das soeben fertiggestellte Klubhaus der Lebensmittelarbeiter von Charkow in der Ukraine, das an Stelle des vor der Revolution hier betriebenen Tingeltangels „Tivoli" hier errichtet wurde.

Zwei rote Soldaten sollen erschossen werden

Der revolutionäre Geist in den kapitalistischen Armeen wächst unaufhörlich

Berlin, 2. Dezember. Das Zentralkomitee der Roten Hilfe Deutschlands erhielt aus Athen, der Hauptstadt Griechenlands, folgendes Alarmtelegramm, datiert vom 29. November: „Zwei kommunistische Soldaten vom Militärgericht Janina zum Tode verurteilt. Rote Hilfe Griechenlands."

Das Zentralkomitee der Roten Hilfe, das den Vorgängen in Griechenland besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat, teilt dazu mit, daß genaue Einzelheiten, die ein zweifaches Bluturteil irgendwie rechtfertigen könnten, bis zur Stunde nicht bekannt geworden sind. Es muß sich also um neuerliche von der Zensur streng geheim gehaltene revolutionäre Ereignisse handeln, die aller Wahrscheinlichkeit nach im Zusammenhang mit den wuchtigen Demonstrationen der griechischen Arbeiter und Bauern für die Sowjetunion stehen.

Ein gewaltiger Proteststurm der Werktätigen der ganzen Welt muß den heldenmütig kämpfenden Arbeitern, Bauern und Soldaten Griechenlands zu Hilfe kommen. Die beiden roten Soldaten dürfen nicht Opfer der griechischen Militärhenker werden!

Fünf Paar gesunde Zwillinge

Aus dem amerikanischen Staate Omaha kommt die kaum glaubliche Meldung, daß dort vor kurzem die Frau des Farmers Golda von einem Paar gesunder Zwillinge entbunden ist. Vier weitere Zwillingspaare, die samt und sonders gesund und kräftig geworden sind, hat diese Frau bereits in einem Zeitraum von zwölf Jahren in dieser „schönsten aller Welten" geboren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301203-19/fragment/page=0006

Metallarbeiter, es ist genug gehungert und gelitten

Der Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller hat bekanntlich die Lohntarife für die Tarifgebiete Halle, Magdeburg und Anhalt zum 31. Dezember 1930 gekündigt. Selbstverständlich wollen auch die mitteldeutschen Metallindustriellen einen Lohnabbau durchsetzen, in ihrem Kündigungsschreiben behaupten sie, daß die Löhne heute 20 Prozent höher liegen als in der Krisenzeit 1925 bis 1928. Das heißt also, daß die mitteldeutschen Metallindustriellen einen Lohnabbau von 20 Prozent durchsetzen möchten.

Infolge dieser Tarifkündigung in Mitteldeutschland stehen die Metallarbeiter aller wichtigen deutschen Tarifgebiete vor der Notwendigkeit, sich gegen den Lohnraub zu wehren. Außer in Berlin, wo die DMVB.-Bürokratie den heldenhaften Kampf der Metallarbeiter abgebrochen hat, und im Bezirk Nordwest, wo der Lohntarif noch einige Monate weiterläuft und wo die Metallindustriellen, die auch dort Lohnraub aufwerfen wollen, den Gewaltstreik bereits vorbereiten, stehen alle übrigen wichtigen Metallbezirke im offenen Kampf.

Unter dieser Situation können die Metallarbeiter, trotzdem der Verrat von 130 000 Berliner Arbeitern abgewürgt wurde, eine mächtige, unwiderstehliche Gegenoffensive entfalten, wenn sie sich überall gegen den Lohnraub wehren.

Natürlich, die DMVB.-Bürokratie denkt nicht daran, diesen Kampf zu organisieren und so den Lohnraub abzuwehren. Die sozialdemokratischen DMVB.-Führer wollen alle Bewegungen bezirklich ersticken, um, genau so wie in Berlin, den Lohnraub mit durchführen. Es dürfte heute keinen Metallarbeiter mehr geben, der Illusionen hätte über das, was ihn erwartet, wenn keine gewaltige starke Gegenwehr der Metallarbeiter selbst erfolgt. Die Schiedsmannes Lohnraubschiedssprüche sind bekannt, und für das Reichsgebiet hat die DMVB.-Bürokratie mit den Unternehmern sogar eine Vereinbarung abgeschlossen, nach der die Tariflöhne um 5 Prozent gekürzt werden.

Wenn die Metallarbeiter den Lohnraub abwehren wollen, müssen sie unter Führung der RGO. zur Wehr setzen. **Macht alles klar. Macht die Betriebe streikreif!**

Zu den Verwaltungswahlen des Fabrikarbeiter-Verbandes Biehla-Elsterwerda

A.-K. Die Generalversammlung des Fabrikarbeiter-Verbandes, Verwaltung Biehla-Elsterwerda, findet nunmehr am Sonnabend, dem 6. Dezember, 19 Uhr, im Gasthof Lohse, Biehla, statt. Die schweren Fehler einiger Genossen der alten Verwaltung in den letzten Monaten auf dem Gebiete der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit stellen die RGO. vor wichtige Aufgaben.

Es gilt, die reformistisch-opportunistischen Abweichungen auszumerzen bei der Besetzung der neuen Ortsverwaltung, indem wir unerbittlich, auf der Linie der Partei und RGO. stehende Genossen in Vorschlag gebracht werden.

Für die Partei und RGO. ergeben sich nunmehr in den letzten wichtige Aufgaben, es gilt, die letzten Kolleginnen und Kollegen erfolglos zur Generalversammlung zu bringen, so weit sie auf Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen. Wenn alles klar wird, werden wir die Sieger sein bei den Ortsverwaltungswahlen.

Eine wichtige Angelegenheit muß hierbei noch in den Vordergrund gerückt werden.

Der ehemalige Genosse Peuckert, der auf Grund seines feigen Verhaltens bei dem Steingutarbeiterstreik aus der Partei ausgeschlossen worden ist, gibt seine Fehler zu. Auf die Aufforderung der Partei hat er sofort sein Mandat als Gemeindevertreter niedergelegt, er hat in Gegenwart von Genossen ausgesprochen, daß er seine gemachten Fehler bereut und alles versuchen wird, wieder in die Partei aufgenommen zu werden.

Es wird sich in der Zukunft zeigen, ob aus den Worten des ehemaligen Genossen Peuckert eine Ehrlichkeit spricht, ob er wirklich nur in Worten, sondern in der Tat die Linie der Partei und des revolutionären Proletariats in allen sich entwickelnden Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit durchführen wird, erst dann der Funktionärkörper und die Gesamtmitgliedschaft der Partei Arbeitsgebietsmaßstabe auf Antrag des Genossen Peuckert Wiederaufnahme in die Partei die Entscheidung nach revolutionären Grundlägen treffen.

Auch werden sich aber bei den Ortsverwaltungswahlen und darüberhinaus des Fabrikarbeiterverbandes, die am Sonnabend stattfinden, schon wichtige Lehren ergeben, ob der Genosse Peuckert die Beschlüsse der Fraktionssitzung der RGO. sanktionieren wird, oder ob er gegen die Vorschläge der RGO. wie bei der Ortsverwaltungswahl der Metallarbeiter, die Köterig und Genossen kandidieren wird und er sich somit entlarven müßte vor der gesamten revolutionären Arbeiterschaft.

Es gilt jetzt in dieser Situation nur eins: Peuckert steht jetzt auch der Partei und RGO. und kommt vorläufig für die Leitung der RGO. zur Verwaltung nicht in Frage. Die Gesamtmitgliedschaft der RGO. und der Partei ist verantwortlich im Arbeitsgebiete für die zu leistende aufrüttelnde Arbeit und für den Besuch der Fraktionssitzung der Fabrikarbeiter, die am Sonnabend, dem 5. Dezember, 19 Uhr, in Biehla, Gasthof Lohse, stattfindet, von allen Genossen der Partei und der RGO., die im Fabrikarbeiterverband organisiert sind, unbedingt besucht werden.

Betriebsratsvorsitzender gehört vor die Gesamtbelegschaft . . .

Die Betriebsleitung der Fabrik Gerstewitz hat gegen den Betriebsrat Betriebsratsobmann Reinhold Wetzel aus ein Verfahren anhängig gemacht. Die Betriebsleitung versucht die Absetzung Wetzels wegen Belügen der Betriebsleitung, versucht zu wegen uns Wetzel die Betriebsleitung beschwindeln zu wollen, wenn nicht die Sache einen Haken hätte. Wetzel hat von einem Lehrling 4 Mk. Geld angenommen für sogenannte Interessenvertretung! Er hatte durchgesetzt, daß dem Lehrling der Stundenlohnerhalter Lohn für Feierschichten ausgezahlt wurde. Er hat das Geld von dem Jungen angenommen, der ihm versprochen hat, um sich dankbar zu erweisen. Wetzel bestreitet das. Natürlich einen anderen Jungen der Unterschlagung. **Die Betriebsratsangelegenheit gehört vor die gesamte Belegschaft. Sie hat das Recht zu nehmen zur Praxis ihres Betriebsrates. Jeder klassenbewußte Arbeiter wird begreifen, daß jeder Betriebsrat, der sich in Schulden kommen läßt, ohne weiteres abgesetzt werden muß.**

Selbstverständlich ist die beste Garantie für eine wirkliche Interessenvertretung im Betriebe nur ein roter Betriebsrat. Deshalb muß alle Proleten der Fabrik Gerstewitz eine richtige rote Betriebsratswahl durchführen.

Die jeweils wichtigsten Fragen

der RGO.-Arbeit werden nur in unserem Funktionärorgan eingehend behandelt.

Betrieb und Gewerkschaft

erscheint ab 1. Januar 1931 einmal monatlich im Umfang von 32 Seiten. Einzelheft 30 Pfennig.

Sammelbestellungen sind zu richten an den Verlag „Betrieb und Gewerkschaft", G. m. b. H., Berlin C 25, Münzstraße 24.

Einzelbezieher müssen ihre Bestellungen bei der zuständigen Postanstalt aufgeben.

Jetzt überall vorbestellen!

Klassenbewußte Lehrlinge bei Magdeburg & Werther

A.-K. Die Lehrlinge von Magdeburg & Werther sind die letzten, die sich eine Schikane durch die Betriebsleitung oder deren Beauftragte gefallen lassen. Das haben sie erst kürzlich bewiesen, indem sie den Faschisten Rosenthal, der im Betriebe jetzt was melden will, so richtig abblitzen ließen. Die Jungens sangen ein revolutionäres Lied im Betriebe. Als es verklungen war, erschien Rosenthal und gebot für alle Zukunft Ruhe. Die Jungen ließen sich nicht stören und sagten: „Wir singen, wenn wir dazu gestimmt sind und singen das, was uns paßt: „Ei, wie blies sich da Rosenthal auf. „In zehn Minuten seid Ihr aus dem Betriebe, merkt Euch das!" „Wir sind in keinem Gefängnis", meinten die Jungens. Nach zehn Minuten waren sind noch im Betriebe. Rosenthal hat dann die Jungens bis nach der Stechuhr gebracht. Im Gänsemarsch verließen die Lehrlinge unter Hohngelächter die Fabrik. Vorher hatte Rosenthal noch geknurrt: Wenn das nochmal vorkommt, will er das Tor schließen und die Lehrlinge in den Keller stecken. Der gute Mann soll sich nur nicht soviel vornehmen. Die Jungens von Magdeburg & Werther wissen, wo sie hingehören. Sie stehen in der roten Klassenfront ihren Mann. Hoffen wir, daß sie bei der Vorbereitung des Metallarbeiterkampfes richtig mithalfen zur Mobilisierung der gesamten Belegschaft zum Streik.

Ein Beispiel für alle Kumpels

Bravo, Belegschaft „Credner"!

Das Nachholen der Weihnachts- und Silvester-Schichten wurde abgelehnt — Wachsende Kampfstimmung im Betrieb — Die Werksleitung muß vor geschlossener Belegschaft stets zurückweichen

A.-K. Der Belegschaft von Grube Credner mutet man zu, daß sie die Weihnachts- und die Silvesterschicht nachholen soll. Die Werksleitung zeigt damit, wie stark sie auf den Profit bedacht ist und wie wenig sie Interesse an Feierschichten hat. Sie führt nur Feierschichten ein, wenn sie glaubt, damit den Kampfwillen der Belegschaft brechen zu können.

Die Kumpels von „Credner" haben das Ansinnen der Werksleitung abgelehnt. Sie sind über die Zumutung äußerst entrüstet.

Auf der einen Seite wird Gedingeabzug bis zum Weißbluten durchgeführt, den Schichtlöhnern wurden außerdem 50 Pf. abgezogen, brutale Bestrafungen sind an der Tagesordnung, die Antreiberei hat ein Wahnsinnstempo angenommen, und auf der anderen Seite erwartet man Entgegenkommen von der Belegschaft, „Einsichtigkeit in die wirtschaftliche Lage des Betriebes" . . .

Von der Haltung der Belegschaft, also Ablehnung des Verfahrens der Weihnachts- und Silvesterschichten, ist die Werksleitung wenig erbaut. Sie spürt daß es im Betriebe immer lebendiger wird. Die Spione schnüffeln herum nach Flugblattverteilern. Auch die Herren Vorgesetzten wollen sich einen Namen machen im Feststellen der revolutionären Vertrauensleute. Der Steiger Weikardt tut sich besonders als Nat Pinkerton hervor. Der Mann hat eine gute Phantasie. Er meint, der Betriebsratsvorsitzende, unser Genosse Köppe, habe Frühschicht gehabt, und da habe er die Flugblätter verteilt. Man sitzte sogar den Rucksack unseres Genossen.

Man will unbedingt der Belegschaft die revolutionäre Führung rauben, man sucht nach einem Grund, um den roten Betriebsrat auf die Straße zu werfen.

Außer der Verfolgung unserer Genossen arbeiten die Werksleitung und ihre Lakaien noch mit anderen Methoden. Sie versuchen die RGO. zu diskreditieren. Natürlich vergeblich. Alle Flugblätter der RGO. und alle Zeitungsartikel sollen Schwindel sein. Dabei ist jeder Kumpel von der Wahrheit überzeugt, weil er schon längst selbst hinter die Zustände gekommen ist. Als in einem letzten Flugblatt behauptet wurde, daß auch die Belegschaft des Nachbarbetriebes „Walters Hoffnung" das Nachholen der Weihnachts- und Silvesterschichten abgelehnt hat, schrien verschiedene Leutchen: „Schwindel!" Warum Schwindel? Weil einige Arbeiter von „Walters Hoffnung" sich bereit fanden zum Verfahren der Schichten, obwohl die große Mehrheit das abgelehnt hat. Wir haben keine Ursache, zu schwindeln. Wahr ist, daß „Walters Hoffnung" dieselbe Stellung einnahm wie „Credner". Wenn die Belegschaft jetzt nicht so geschlossen steht, muß sofort Abhilfe geschaffen werden. **Bessere und aktivere RGO.-Arbeit auf „Walters Hoffnung", engstes Kampfbündnis zwischen beiden Gruben, Mobilisierung des letzten Mannes zum Streik, — das steht jetzt im Vordergrund, danach wird gehandelt. Die anderen mögen toben, solange wie sie wollen.**

Bei den Bergarbeiterbonzen steht der Lohnraub schon fest

Nachdem vom Reichsarbeitsminister Stegerwald der Schiedsspruch, der die Verlängerung des Mehrarbeitszeitabkommens bis September 1931 vorsieht, für verbindlich erklärt wurde, ist nun von seiten der Unternehmer die Kündigung des Lohntarifes für den Ruhrbergbau zum 31. Dezember erfolgt. Die Unternehmer forderten einen 10prozentigen Lohnraub.

Die Gewerkschaftsführer kündigten schon vor Wochen ihr grundsätzliches Einverständnis zu dem Lohnabbau an, meinten jedoch, daß beim Bergbau nicht zuerst angefangen werden sollte. Der „Vorwärts" schreibt zu der Kündigung des Lohntarifes folgendes:

„Die Arbeiterschaft muß ihre Lage erkennen. Was sie jetzt erlebt, daß ist die Folge der Wahl von 107 Nationalsozialisten und 77 Kommunisten."

Ein offenes Bekenntnis, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Lohnraub im Ruhrgebiet schon als eine feststehende Tatsache ansehen. Nichts werden sie unternehmen, um den Lohnraub sowie den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit zu führen. Am 31. Dezember laufen noch in Oberschlesien, im Zwickauer Steinkohlenrevier die Lohntarife ab. Die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter stehen in einer Arbeitszeitbewegung. Die Gewerkschaftsführer unternehmen nichts, um die Bewegung der einzelnen Bergbaureviere für ganz Deutschland zu zentralisieren.

Aufgabe der RGO. ist es, gerade jetzt mit erhöhter Aktivität die Betriebe streikreif zu machen, nicht nur in den Revieren, in welchen schon Tarifbewegungen vorhanden sind, sondern auch in den übrigen Revieren. Es steht einwandfrei fest, daß, wenn der Lohnraub im Ruhrbergbau verwirklicht ist, die anderen Reviere selbstverständlich folgen werden. Unsere Losung muß sein: Der Streik der Bergarbeiter in einem Revier ist das Signal zum Streik der Bergarbeiter für ganz Deutschland. In allen Bergbaurevieren sind die Vorbereitungen dazu zu treffen unter den Losungen: Gegen jeden Pfennig Lohnraub, für Siebenstundenschicht bei vollem Lohnausgleich, mehr Schutz für die Bergarbeiter! Alle Anhänger der RGO. sind verpflichtet, die letzten Wochen zur Mobilisierung der Bergarbeiter auszunutzen.

Dem Eisenbahn-Proleten läuft die Galle über

Es kommt schon zur Verprügelung der Rottenführer

A.-K. Der Geduldsfaden riß jüngstens einem Bahnarbeiter, der auf der Strecke Roßleben—Nebra tätig war. Von dem Rottenführer Donath aus Roßleben wurde er so schikaniert, daß ihm die Galle überlief, und er dem Donath eine mörderische Tracht Prügel verabreichte. Die Sache wird ein gerichtliches Nachspiel haben. Wie man hört, habe der Bahnmeister von Roßleben so hintenherum durchblicken lassen, daß die Kollegen, die zugunsten des Arbeiters und zuungunsten des Rottenführers aussagen, entlassen würden! Eisenbahnproleten, laßt Euch nicht beirren! Steht zu Eurem Kollegen! Revolutioniert überhaupt den ganzen Betrieb! Organisiert nicht nur die Rottenkolonnen, sondern alle Dienststellen in der RGO.! Nieder mit allen Schikanen! Kämpft für ein menschenwürdiges Dasein!

„Alwine"-Kumpels rüsten zum Kampf!

A.-K. Die Kumpels von der Grube „Alwine" (Saalkreis) billigten in ihrer Belegschaftsversammlung einmütig das Referat des Vertreters vom Bezirksausschuß der RGO. Eine ausgiebige Diskussion wurde durchgeführt. Die Mißstände im Werk, der Lohnabbau durch Prämienkürzung, die Antreiberei, die unternehmerfreundliche Praxis der Betriebsräte, alles kam zur Sprache. Die Versammlung war ein Schritt vorwärts, weil sie zum Aufbau der Betriebsgruppen der RGO. wesentlich beitrug. In allen Abteilungen wird der planmäßige Aufbau erfolgen. Der nächste Schritt der Belegschaft muß sein, die Wahl einer Kampfleitung. Die Grube „Alwine" muß streikreif gemacht werden.

Abraum Grube „Emma" bei Streckau

Eine kleine Stixe, sie sagt aber genug

A.-K. Es lohnt sich wirklich, wenn man heute einmal durch genannten Abraum einen kleinen Streifzug macht, die Beamten-„Größen" einmal näher zu betrachten. Eine besondere Blüte ist der neugebackene Angestellte Bauer. Seine ganze Intelligenz ist: Leute schikanieren! Er gebraucht Kraftausdrücke, wie Ihr Faulenzer, faule Gesellschaft, Ihr könnt gleich antreten. Sein Partner Erdmenger ist ähnlich. Er ist so pflegmatisch, daß er kaum die Zähne beim Murmeln auseinanderbringt. Aber ein paar Worte versteht man ihm immer: Bummler und Faulenzer, etwas anderes nicht.

Wie nun die Kehrseite dieser beiden aussieht, zeigt folgendes: Bauer möchte immer mit den höchsten Leistungen glänzen, das hat er kürzlich am besten bewiesen. Als ihm das Füllen der Züge zu lange dauerte, stürmt er zum Baggerführer, er soll mehr sacken lassen. Der Erfolg war, die Eimerleitung brach zusammen! Bauer wird nun nicht seine Schuld am Bruch der Direktion gemeldet haben, denn das wäre ja ein Reinfall für ihn gewesen. Ferner wurde schon vor zwei Tagen vom Maschinenpersonal gemeldet, daß die Maschinen an einem Herzstück auffahren. Da nun Bauer und Erdmenger keine Ahnung haben, solche Gefahren abzustellen, wurde es, weil sie nichts daran änderten, dem Schachtmeister K. gemeldet, der die Gefahr sofort erkannte und Abhilfe schaffte.

Bauer hat jetzt ein wichtiges Arbeitsgebiet, er will einen kriegsbeschädigten Weichensteller „fangen", lieber will er die ganze Schicht nichts fressen, aber „fangen" will er ihn bestimmt.

Allerhöchste Zeit ist es, daß die Kumpels handeln, es stinkt in allen Ecken. Die letzte Belegschaftsversammlung liegt schon sehr weit zurück, es muß Ende Februar gewesen sein. Schafft starke Betriebsgruppen der RGO.!

Wichtige Sitzungen und Konferenzen

Bergproleten im Röblinger Revier!

Eine öffentliche Bergarbeiterversammlung findet am Sonntag, dem 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr im Lokal Grajemann in Wansleben statt. Thema: „Bergarbeiterkampf und Internationale Konferenz der Bergarbeiter in Essen." Sorgt für Massenbesuch!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301203-19/fragment/page=0007

HALLE

Mittwoch, 3. Dezember 1930.

Schupo und Straßenbahner

Oder: Eine Antwort, die sich gewaschen hat

Es war vor einigen Tagen. Ich fuhr mit der Linie 3 der Straßenbahn nach dem Reileck, von wo aus ich nach dem „Volkspark" laufen wollte. In der Geiststraße steigen zwei Schupobeamte auf. Sie bleiben, wie man das schon oft beobachten konnte, auf dem Vorderperron stehen. Als der Schaffner, die Klappe an der Vordertür öffnete, um zu kassieren, machte der eine Schupo eine Wendung und führte den Zeigefinger grüßend an den Tschako, um dem Schaffner zu verstehen zu geben, daß hier ein Vertreter der Staatsgewalt die Straßenbahn betreten habe.

Und jetzt geschah etwas, worüber ich und die anderen auf dem Vorderperron verweilenden Fahrgäste aufs höchste erstaunt waren. Der Straßenbahnschaffner machte die Klappe nicht wieder zu, wie alle bestimmt erwartet hatten, sondern sagte mit deutlicher und energischer Stimme:

„Es tut mir leid, meine Herren, aber ich kann Sie ohne Fahrschein nicht mitfahren lassen."

Die Schupobeamten waren offensichtlich verdutzt, griffen aber wie auf Kommando nach ihrer Geldtasche und verlangten einen Fahrschein nach der Reilkaserne.

Niemand sagte etwas, aber man merkte sofort, daß die Schupos und die Fahrgäste sehr verwundert waren. Bis jetzt habe ich noch nicht beobachten können, daß Polizeibeamte, die die Straßenbahn benutzten, bezahlen mußten. Es war in Halle bisher Brauch, daß die Polizisten stillschweigend (?) kostenlos auf der Straßenbahn fahren konnten.

Das ist heute nicht mehr der Fall. Besteigt ein Schupo die Straßenbahn, dann muß er bezahlen. Meistens verlangt er seinen Fahrschein schon von selbst. Viele benutzen aber die Straßenbahn überhaupt nicht mehr. Seit einigen Tagen hat man in Halle nur noch sehr selten das — Vergnügen, als Fahrgast der Straßenbahn gemeinsam mit Schupos durch die Straßen zu karrolen.

Der Grund? Ich habe ihn erfahren und er ist wert, der ganzen Oeffentlichkeit unterbreitet zu werden.

Als die hallischen Straßenbahner davon erfuhren, daß ihr Kollege Büttig vom Schnellgericht unschuldig zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, brach unter ihnen ein Sturm der Entrüstung los. Die Empörung richtete sich natürlich in erster Linie gegen die Polizei, die es fertig brachte unter Eid (!!) zuzugeben, daß Büttig sich als „Aufrührer" und „Staatsverbrecher" betätigt habe, obwohl Dutzende von Zeugen und Zuschriften an den „Klassenkampf" bekunden, daß Büttig sich nichts zu schulden kommen ließ und nicht im entferntesten daran gedacht hat, gegen die Staatsgewalt tätlich vorzugehen.

Büttig ist das Opfer eines hundsgemeinen Willkürakttes einiger tobsüchtiger Ordnungsbüttel und der Klassenjustiz geworden. Und weil dies Tatsache ist, haben die hallischen Straßenbahnschaffner beschlossen, ihren Protest gegen diesen Willkürakt und ihre Verachtung gegen diesenigen Polizisten, die Büttig in dieser infamen Weise hereingelegt haben, dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie den Polizeibeamten keine freie Fahrt mehr auf der Straßenbahn gewähren.

Die Straßenbahner haben an diesem Beispiel erkannt, daß die Staatsgewalt, verkörpert durch den Polizeiknüppel Severings, auch vor ihrer Uniform nicht Halt macht

Dr. Martha Ruben-Wolf spricht

In der ersten Sonderveranstaltung der Marxistischen Arbeiterschule, Halle, spricht am Freitag, dem 5. Dezember, um 20 Uhr, im „Lindenhof" die bekannte Berliner Aerztin Dr. Martha Ruben-Wolf über das Thema: „Zerstörung der Familie?" Der Vorverkauf für die Karten zum Preise von 50 Pfennig (Erwerbslose 20 Pfennig) findet statt in den Volksbuchhandlungen Harz 1 und Lerchenfeldstraße 14, im Lokal „Lindenhof" und im „Volkspark" in den Bibliotheksstunden der Lesegemeinschaft.

„In einer Zeit, in der das Bürgertum über die Zerstörung der heiligen" Institutionen der Familie jammert, sollte niemand versäumen, sich die Ausführungen von Frau Dr. Wolf anzuhören. Freie Aussprache ist angesetzt.

Blutiger Familienstreit in der Trothaer Straße

Gestern gegen 19.45 Uhr hat der 30jährige Schmied Karl Jedermann nach vorangegangenem Streit seinen Vater, den Arbeiter Friedrich Jedermann, in seiner Wohnung, Trothaer Straße 36, in die er vorher eingedrungen war, mit einem umgearbeiteten Karabiner angeschossen. Der Karabiner war mit einer Schrotpatrone geladen. Der Vater des Jedermann erlitt schwere Verletzungen an der Brust, Kopf und Händen und mußte dem Diakonissenhaus zugeführt werden. Daneben wurde noch der sich in der Wohnung ebenfalls aufhaltende Schwager des Täters, Kraftwagenführer Heinz Winkler, durch einige Schrotkörner leicht verletzt. Der Streit zwischen Jedermann und seinem Vater soll daher gekommen sein, daß Jedermann in die Wohnung des Vaters eingedrungen war, um seine Mutter, die mit dem Vater in Streit geraten war, vor Schlägen zu schützen. Der Verletzte ist noch nicht vernehmungsfähig. Jedermann jun. wurde festgenommen und wird dem Richter vorgeführt.

14jährige mit einem Terzerol angeschossen

Gestern gegen 14.30 Uhr hat der 23jährige Arbeiter Kurt Schlegel, wohnhaft Weingärten 37, im Hausflur des Grundstücks Lerchenfeldstraße 3, die 14 Jahre alte Schülerin Dora Lindner mit einem Terzerol in den linken Oberschenkel geschossen. Schlegel gibt an, daß er das Terzerol vor einiger Zeit auf einem Aschenhaufen in der Ludwigstraße gefunden habe und zusammen mit noch zwei Arbeitern im Hausflur Lerchenfeldstraße 3 mit dem Terzerol gespielt habe, wobei der Schuß losgegangen sei. Absichtlich will er auf die Schülerin nicht geschossen haben. Die Verletzung der Schülerin ist nicht schwer.

Elternversammlung der weltlichen Schulen beschließt:

Ab Freitag Schulstreik in Halle

Gegen die Maßregelung proletarischer Lehrkräfte — Die sozialfaschistische Schulverwaltung verteidigt diesen Schandstreich der Kulturreaktion und droht mit hohen Geldstrafen

Am Montag fand im „Volkspark" eine von 300 Eltern besuchte Elternversammlung der Sammelschule Nord und Süd der Weltlichen Schule statt. Die Versammlung, in welcher der Genosse August Hertel das Referat hielt, war eine Protestkundgebung gegen die von der sozialdemokratischen Koalitionsregierung in Preußen ausgehende Maßregelung der Lehrerin, Genossin Dora Hofmeister, sowie direkt anderer der SPD nahestehender Lehrer. Alle diese Lehrer, die schon seit vielen Jahren in Halle im Schuldienst stehen, gehören nicht mehr der Kirche an. Man will sie zunächst auf das flache Land versetzen, um sie dann völlig abzuhängen. Die Elternversammlungen in beider Schulen, in denen die betreffenden Lehrer bzw. die kommunistische Lehrerin unterrichten, nahm gegen diese Maßregelungen in der schärfsten Form Stellung. Unter den zu Hunderten versammelten proletarischen Eltern herrschte eine glänzende Kampfstimmung. Völlige Einmütigkeit bestand darüber, daß es sich hier um einen

Vorstoß der Kulturreaktion gegen die proletarische Elternschaft und die proletarischen Lehrkräfte an den weltlichen Schulen Halles handelt.

Diese Annahme wird durch die Tatsache bestärkt, daß der sozialdemokratische Kultusminister in Preußen, Grimme, der sich religiöser „Sozialist" schimpft und ein erbitterter Gegner der Freidenkerbewegung ist, im Bunde mit seinem Konkordatsfreund Braun alle kulturreaktionären Anschläge gegen das Proletariat unterstützt und gefördert hat.

Zwei von den Lehrern, die gemaßregelt worden sind, haben bereits kapituliert. Einer von ihnen hat seinen sofortigen Eintritt in die Kirche erklärt. Diese Unterwerfung vor der Kulturreaktion wurde von den proletarischen Eltern aufs entschiedenste verurteilt. Sie brachten zum Ausdruck, daß sie kein Interesse daran haben, sich für Leute einzusetzen, die dem Kampf aus dem Wege gehen.

Die Versammlung faßte dann den einmütigen Beschluß, die sofortige Wiedereinstellung aller Lehrer und die Zurücknahme aller Maßregelungen als Forderung zu erheben und als Kampfmittel zur Durchsetzung dieser Forderungen ab Freitag den Schulstreik durchzuführen.

Die sozialfaschistische Schulverwaltung der weltlichen Schule Halle hat sofort nach Bekanntwerden dieses Beschlusses einen Brief an alle Eltern erlassen. Es heißt da u. a.:

„Unentschuldigtes Fernbleiben von der Schule muß bestraft werden, die das Recht zur Verhängung von Schulstrafen hat. Der Schulstreik ist nach Urteil des Reichsgerichts solch ein unentschuldigtes Fehlen, das infolgedessen gemeldet werden muß. Die Folge ist die behördliche Festsetzung einer Geldstrafe, die sich jedem Tag weiteren Fehlens vergrößert, und zwar bei jedem Kind, so daß unter Umständen 100 und mehr Mark zu zahlen sind."

Die Burschen, die dieses Schanddokument zustandegebracht haben und es wagen, die proletarische Elternschaft mit solchen ungeheueren Drohungen zu überschüchtern, haben sich selbst als erbärmliche Handlanger und Lakaien der Kulturreaktion gekennzeichnet. Die proletarischen Eltern werden sich durch solche Drohungen nicht einschüchtern lassen. Sie werden, da unter ihnen ja viele arbeitslose Erwerbslose sind, wenn es sein muß, auch mehrwöchige kostenlose Verpflegung durch den kapitalistischen Staat in Kauf nehmen

Die Versammlung faßte weiterhin den Beschluß, daß die Schulbehörde ihre Antwort an den Protest der Elternversammlung am Donnerstagabend 6 Uhr an die Vorsitzenden der Elternbeiräte beider Schulen ergehen lassen muß.

Am Donnerstag 5/8 Uhr findet im großen Saal des „Volksparkes" eine große Elternversammlung statt.

Tagesordnung: „Die Antwort der Schulbehörde auf den Protest der Elternschaft und die Stellungnahme der Elternschaft dazu." Ist der Bescheid der Schulbehörden negativ oder bleibt bis zu dieser Frist gänzlich aus, dann wird

ab Freitag der Schulstreik durchgeführt.

Wie wir hören, ist die proletarische Elternschaft entschlossen, diesen Kampf, der einen Abwehrkampf gegen einen niederträchtigsten Anschläge der Kulturreaktion darstellt, bis zur letzten Konsequenz durchzuführen.

Hitler – Brüning – Severing

Was tun sie für die Angestellten und Beamten?
Was bringt diesen das Notopfer und die Notverordnung?

Darüber spricht am Mittwoch, 3. Dezember, in einer

öffentlichen Beamten- und Angestellten-Versammlung

20 Uhr im „Deutschen Gesellschaftshaus", Leipziger Straße, der Landtagsabgeordnete

Willi Kasper, Berlin.

Erscheint in Massen! Eintritt frei!

RGO., Gruppe Angestellte und Beamte.

Sozialfaschistischer Theaterdonner mit Staatsanwalt Hoegner in der Hauptrolle

Faschisten von Hoegners und Hitlers Gnaden

geben im „Volkspark" eine Attraktion und tun sich nichts zuleide

Die hallischen Sozialfaschisten hatten zu einer Kundgebung gegen ihre Kontrahenten von der nationalistischen Fakultät, die Hakenkreuzler, aufgerufen. Gefolgt waren Massen — von Neugierigen! Zwei Parallelversammlungen wurden abgehalten, von denen zumindestens eine überflüssig war, wenn man den großen Saal voll ausgenützt hätte. Aber Herr Schaumburg wollte sich scheinbar Ellenbogenfreiheit halten, denn bei der großen Menge von Kommunisten und einer ebenfalls stattlichen Anzahl von Nazis, die da waren, mußte man mit allem rechnen. So war es denn auch nicht verwunderlich, daß Schaumburg mit starker Stimme und hoffnungsvollem Seitenblick auf die große Menge Severing-Knüppels, die Herr Oexle freundlichst zur Verfügung stellte, erklärte, daß es keiner wagen sollte, etwa die Versammlung durch Zwischenrufe zu stören. Wer es dennoch tut, der fliegt. Dann erhielt die große Kanone der SPD. das Wort.

Der „Genosse" Staatsanwalt Hoegner aus München „rechnete mit den Nazis ab". Er erzählte, was für schlechte Sozialisten und was für ebenso schlechte Nationalisten die Nazis seien und zeigte dann, was für gute Sozialisten und was für noch bessere Nationalisten die Sozialfaschisten sind. Dann ging er in phrasenhaftem Redeschwall dazu über, dem Faschismus den „Kampf" anzusagen. Man will damit aber warten, bis die Nazis es wagen sollten, die Macht zu ergreifen. Dann wird die Arbeiterschaft aufstehen und den faschistischen Spuk hinwegfegen, sagte Herr Hoegner. Zawohl das wird die Arbeiterschaft, „Genosse" Staatsanwalt, das hat sie schon einmal beim Kapp-Putsch getan. Aber da waren es die Sozialfaschisten, die „Genossen", die dann die Arbeiter in die Gefängnisse warfen, die mit dem Bielefelder Abkommen die Arbeiter dem Faschismus, der heute nun in voller Blüte steht, ausliefern. Das wird Euch aber diesmal nicht gelingen!

Diesmal wird das sozialfaschistische Gesindel mit hinweggefegt!

Herr Hoegner vergaß aber zu sagen, daß der „Kampf" der sozialfaschistischen Führer nur mit dem Munde und nur vor ihren Mitgliedern geführt wird. In der Praxis sieht er anders aus. Da setzen sozialfaschistische Diktaturprogramm Brüenings, da wird man aus „taktischen Gründen" für die Notverordnungen stimmen. Da setzen sozialfaschistische Minister, Regierungspräsidenten und Landräte kommunistische Kommunalfunktionäre ab, die für den Kampf gegen die Diktaturfeuerin aufrufen, und die „Genossen" Staatsanwälte werfen sie dann gar ins Gefängnis. So sieht ihr „Kampf" aus. Phrasen, nichts als Phrasen.

Zur Aussprache meldete sich natürlich kein Nazi zu Wort, dazu sind diese Brüder zu feige. Einzig und allein der KPD-Mann Bohne meldete sich zu Wort. Aber Schaumburg ließ Emil schwer abblitzen. Er erklärte, daß der Faschismus zur Tagesordnung steht und nicht der Kommunismus, am allerwenigsten aber der der KPD. „Im übrigen", so sagte der „Genosse" Direktor, „erhalten in sozialdemokratischen Versammlungen Kommunisten überhaupt nicht das Wort." O weh! Da hatte er eine Dummheit gesagt, da ging der Tumult los. Und da merkte man erst, welch große Anzahl Kommunisten anwesend war. Aber Schaumburg wußte sich zu helfen, er schloß kurzerhand die Versammlung, die die Eigentümlichkeit hatte, daß ihre Redner kein Wort gegen den Kommunismus fallen ließen. Aber da wäre man auf ungeheuren Widerspruch gestoßen und die Versammlungen wären evtl. aufgeflogen.

Die revolutionäre Arbeiterschaft wird den Zeitpunkt der Abrechnung mit den Faschisten selbst bestimmen!

Im Restaurationssaal sprach der hessische Sozialfaschist Mitendorff und im kleinen Saal der Oberschreiber des „Volksblattes", Loops. Auch in diesen Versammlungen fand keine Aussprache statt.

*

Noch eins zum Schluß: Der Renegat Oertel war auch da. Hoch erhobenen Hauptes, den Mantel über dem Arm, lief er wie Napoleon durch den „Volkspark". Er kam etwas zu spät, konnte nicht mehr in den großen Saal. Aber zu was hat man sozialfaschistische Freunde. Also wendet sich Karlchen an den. Und siehe da, man führt Karlchen in den großen Saal. triumphierendes Lächeln verklärte sein holdes Antlitz.

„Blut muß fließen . . ."

So wünscht es das „Volksblatt", das am Montag in seinem Sportteil eine blutrünstige Meldung über eine „Schlägerei Rot-Sport" veröffentlichte, mit der die bankrotten Spalter der Arbeitersportes gern auf den Kampf gehen möchten. Dabei konnte nicht mehr in den großen Saal. Aber zu was hat man den Polizeibericht — bekannt, daß es am Sonntagabend „Lindenhof" zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen einigen Gästen kam. Das „Volksblatt" verlegt diese Auseinandersetzung — der Zweck heiligt diesen Burschen ja die Mittel — gleich dem Sportplatz der roten Sportler, also auf den Sonntag, um durch diesen Dreh die roten Sportvereine zu „Schlägervereinen" zu stempeln.

Die sozialdemokratischen Schmierfinken brauchen sich um ihre Sporteinheit keine grauen Haare wachsen zu lassen. Diese werden erhalten bleiben und gefestigt werden, — auch im Kampf gegen bürgerlich-sozialfaschistische Methoden einzelner beim Sportbetrieb, die in der roten Sportbewegung mit Entschlossenheit gemeinst werden.

Selbstmordversuch eines Lehrlings

Gestern gegen 17 Uhr beging ein Lehrling eines Lokals in der Lindenstraße einen Selbstmordversuch, indem er in einem [illegible] Raum den Gasahn öffnete und sich sarg auf den Boden legte. Er einen Zettel hinterlassen hatte, wurde er bald aufgefunden. Gesundheitszustand hatte er nicht erlitten. Der Lehrling gab daß er die Tat aus Liebeskummer begehen wollte.

Das Ueberfallkommando wurde gestern gegen 16 Uhr nach [illegible] Grundstück in der Huttenstraße gerufen, wo ein Kaufmann [illegible] Ehefrau nach vorangegangenem Wortwechsel mit einem Beil drohte. Er wurde dem Polizeiarzt zugeführt.

Bischdorf. Auf zwei Winterhilfslisten der Roten Hilfe wurde in Bischdorf der sehr erfreuliche Betrag von 28,75 Mark gesammelt. Das ist ein sehr guter Erfolg, Genossen! Welche Ortsgruppe [illegible] es nach?

Modernes Theater

Es wird heute sehr viel von Kunst gesprochen, oft auch dann, wenn [illegible] Brettern des Kabarets manchmal nur die Geschicklichkeit eine Rolle [illegible] in diesem Programm des Modernen Theaters kommt die Kunst beiseite [illegible] Geltung. Vor allem durch die beliebte Vortragskünstlerin Käte [illegible] eine bekannte Hallenserin, die durch ihre vortrefflich ausgeführten [illegible] ragende gesanglich Leistungen vollbringt und sich reichen Beifall [illegible] Sporelli-Girls führen entzückende Tänze vor. Eine humorvolle [illegible] betitelt „Der Streit um eine Million", erreicht ihren Zweck — [illegible] Publikum zum Lachen, was ja die Hauptsache ist. Heinz Sanitzky [illegible] sich als ein angenehmer und origineller Conferencier. Elle Palen [illegible] sängerin findet ebenfalls eine beifallsfreudige Zuhörerschaft. Das gelungene [illegible] gramm wird durch die bewährte Kapelle Jonny Berg umrahmt.

Weihnachtsmärchen im Stadttheater. Am kommenden Sonnabend, [illegible] 4 Uhr, geht als Erstaufführung „Der Schneemann", ein Weihnachtsmärchen [illegible] Musik und Tanz in 4 Bildern von Alexander Schettler, in Szene. [illegible] liegt in Händen [illegible] musikalische Leitung [illegible]

Bühnenbilder: [illegible]

Jungproleten! Heraus zur Massenkundgebung

heute 20 Uhr im „Volkspark". Es spricht das ehemalige SAJ.-Mitglied Walter Gaffron, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301203-19/fragment/page=0008

„Volksgericht“ am Preußenring fällt Klassenurteile

10 Jahre Zuchthaus für einen Döllnitzer Bergmann

Nach zehn Jahren vor den Kadi — Der Alkohol bringt es an den Tag

Ein großer Tag im Schwurgericht des Landgerichts. Alle Pressesitze besetzt, der Zuschauerraum gedrängt voll Menschen. Landgerichtsdirektor Thorwest sicher und regiekundig inmitten der ...nen Geschworenen des „Volksgerichts“. Auf der Anklagebank ... Wrack eines Menschen: der 46jährige Bergmann Paul Fr. aus ...nitz,

der vor zehn Jahren bei einem Kartoffeldiebstahl den Flurhüter ...zyglowsky durch einen Schuß aus seinem Karabiner getötet haben soll.

Was die Ursache dazu war? Jeder erinnert sich noch der schweren ... unter der gerade während der Inflationszeit die werktätige Bevölkerung zu leiden hatte. Während die Großagrarier die Früchte ... dem Halm verfaulen ließen, wurde das Los der großen Hungermassen immer unerträglicher. Um nicht zu verhungern, stahl man das Notwendigste. Das profitgierige Kapital machte die Hungernden zum Dieb! So auch Fr. und einen seiner Arbeitskollegen. ... wurden beim Stehlen überrascht. Ein Karabiner, den sie seit ... Unruhen 1920 in der Nähe versteckt hielten und am fraglichen ...end mit nach Hause nehmen wollten, wurde ihnen zum Verhängnis. Bei der Flucht löste sich ein Schuß, der den Flurhüter traf ... dessen Tod herbeiführte.

Warum die Tat erst nach zehn Jahren aufgeklärt wurde? Da Fr. ... sein inzwischen verstorbener Freund Brömme unerkannt entkamen und Stillschweigen gelobten, blieb der Vorfall bis zum August ... Jahres in Dunkel gehüllt. Ein Arbeiter Köhler, der um ... Sache wußte, rühmte sich im Suff dieser Tat an dem Flurhüter. ... feine Ohr des Gesetzes ist ja überall. Köhler wurde in Verhör genommen und gestand, daß Fr. derjenige gewesen sei, der den ...lichen Schuß auf den Flurhüter abgegeben hat. Die Anklage wegen vorsätzlicher Tötung war im Gange.

Die gestrige Verhandlung ergab keineswegs den Beweis für die ...rechterhaltung der Anklagepunkte. Der Beweis und die Ueberführung zur Tat wurde konstruiert. Den Angaben des „Täters“, ... ganz allein über den Vorfall weiß, schenkte man keinen Glauben. ... hat die Tat vorsätzlich begangen — das war die Ansicht des Staatsanwalts und leider auch der Geschworenen; denn diese gaben dem Antrag des Staatsanwaltes,

wegen vorsätzlicher Tötung auf 10 Jahre Zuchthaus zu erkennen,

statt. Die Ungeheuerlichkeit dieses Klassenurteils will man dadurch abschwächen, indem man es mit einem Gnadengesuch beim Minister „versuchen“ will.

Zehn Jahre will man den Proleten ins Zuchthaus stecken, ohne eine Begründung für dieses Urteil zu finden. —e.

Provokateure in Könnern

Die Arbeiterschaft läßt sich nicht einschüchtern

Die letzte Stadtverordnetensitzung in Könnern wurde, wie wir bereits kurz berichteten, durch den stellvertretenden Vorsteher Knufike aufgelöst. Während der Verhandlungen mußte der Genosse Bethge den Wachtmeister Degenhardt auffordern, seine fortgesetzten Störungsversuche zu unterlassen. Dieser gebrauchte gegen die zahlreich erschienenen Arbeiter und Erwerbslosen die gemeinsten und gehässigsten Redensarten. Bei der Beratung des Punktes „Einrichtung einer Lehrküche für die Berufsschule“, für die sich die kommunistische Fraktion unter gewissen Bedingungen einverstanden erklärte, beschuldigte der Sozialfaschist Schlüter die Kommunisten, daß sie die Einrichtung einer solchen Lehrküche hintertreiben wollten, ähnlich wie sie im Kreistage die 27 000 Mark für die Stadt Könnern hintertrieben hätten. Beide Behauptungen sind natürlich erlogen und erstunken. Betreffs der 27 000 Mark, die im Kreistage von der KPD. abgelehnt wurden, ist zu bemerken, daß die Bewilligung dieser Summe eben von der Brückengelderhebung abhängig gemacht werden sollte, womit sich die Kommunisten keinesfalls einverstanden erklären konnten. Die demagogischen und niederträchtigen Behauptungen Schlüters schlugen dem Faß den Boden aus, zumal er noch unseren Genossen Hiller als dummen Jungen hinstellte. Unter den Zuhörern machte sich eine gewaltige Empörung bemerkbar, Zwischenrufe wurden laut. Darauf erklärte der Bürgermeister dem Ordnungshüter Degenhardt, daß er die von seinem Vorgesetzten erhaltenen Instruktionen durchzuführen habe. Dieser ließ sich das nicht zweimal sagen und ging in äußerst brutaler Weise gegen die Zuhörer vor, indem er sie zurückzudrängen versuchte. Die Zuhörer, die bis in den Eingang des Sitzungssaales standen, konnten natürlich nicht in dem Tempo zurückweichen, wie es dem Ordnungshüter und seinen Freunden wünschenswert war. Als sie darauf immer mehr bedrängt und gestoßen wurden, setzten sie sich begreiflicherweise zur Wehr. Es kam dabei zu Tätlichkeiten, von denen auch Herr Degenhardt nicht verschont wurde. Die bürgerlich-sozialdemokratische Presse erhob ein wüstes Geschrei über die „Mißhandlung eines Polizeibeamten“ und „Widerstand gegen die Staatsgewalt“. Es handelt sich hier um die übelsten Methoden der Provokation von Arbeitern, die angewandt werden, um einen Grund zu noch rücksichtsloserem Vorgehen gegen die Arbeiter und zu noch größerer Terrorisierung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion zu haben.

Die werktätige Bevölkerung von Könnern wird am Montag, dem Tage der Fortsetzung der Stadtverordnetensitzung, durch eine wuchtige Massendemonstration das Hungerparlament Könnerns unter Druck setzen und den bürgerlichen und sozialdemokratischen Arbeiterfeinden nicht den Gefallen tun, vor ihrem Terror zurückzuweichen!

Der Fall Witt vor dem Schwurgericht

Am Montag sollten die Geschworenen die Schuldfrage über den Tod des Arbeiters Karl Witt aus Halle klären. Aus der Untersuchungshaft wurde der 25jährige Tischler Hermann A. aus Halle vorgeführt, der beschuldigt wurde, anläßlich einer Schlägerei in der Julius-Kühn-Straße am 7. Juli den Arbeiter Witt schwere Verletzungen beigebracht zu haben, die dessen Tod herbeiführten.

Dieser Vorfall hatte damals großes Aufsehen erregt. Der Verstorbene war homosexuell veranlagt. Jungen Männern soll er oft unsittliche Anträge gestellt haben. Am fraglichen Tage (es war Lohntag) trafen sich W. und einige Anwohner zum Skatspielen in der Gastwirtschaft Streller, Berliner Straße. Kurz vor der Polizeistunde gebot der Wirt Feierabend. Die Skatbrüder „genehmigten noch einen“ im Stehen. In diesem Augenblick betrat der Angeklagte A. mit noch zwei Freunden das Lokal. Zwischen A. und Witt soll es nun zu Hänseleien gekommen sein. Verschiedene Zeugen (es waren 17), darunter auch der Wirt, wollen wissen, daß nach Auseinandersetzungen zwischen A. und Witt Drohungen seitens A. ausgestoßen seien. Die Gäste entfernten sich. W. hatte sich einigen der Gäste unsittlich genähert, wurde aber abgewiesen. Bei dem Angeklagten A. ist Witt dann gewalttätig und aufdringlich geworden. A. hat sich hiergegen gewehrt. Eine furchtbare Schlägerei entwickelte sich. W. war hierbei unterlegen. Morgens gegen 4 Uhr ist W. besinnungslos aufgefunden und in die Klinik geschafft worden. Drei Tage später ist er seinen Verletzungen erlegen.

Obwohl durch die umfangreiche Beweisaufnahme die Ursache des Todes in Zusammenhang mit der Schlägerei gebracht werden kann, bleibt der Vorgang der Schlägerei ungeklärt.

Der Sachverständige schildert den Verstorbenen als einen schwächlichen Menschen. Die Verletzungen am Kopfe müssen mit scharfen Gegenständen beigebracht worden sein. Die Kopfschwarte ist sehr beschädigt gewesen. Der Tod ist durch Blutungen entstanden, die hervorgerufen wurden durch Verletzungen mittels stumpfer Gewalt.

Der Staatsanwalt muß selbst zugeben, daß über den Vorgang in der Nacht zum 7. Juli ein völliges Dunkel schwebt. Es ist darum unverständlich, daß man den bisher Unbestraften zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte.

Osmünde. Heraus zur Kundgebung im Lokal Wenzel am Donnerstag, dem 4. Dezember. Die „Rote Schmiede“ spielt. Erscheint in Massen!

Genosse Ernst Rohde

Am Sonnabend verstarb der Parteigenosse Ernst Rohde im Alter von 62 Jahren. Ein langjähriges Leiden hat seinem arbeits- und kampfreichen Proletarierleben ein Ende gemacht. Wir werden unserem verstorbenen Genossen ein ehrendes Andenken bewahren.

KPD., Stadtteil Osten.

Achtung, RFMB.-Mitglieder!

Am Donnerstag, dem 4. Dezember, findet im „Volkspark“ um 20 Uhr, eine wichtige Mitgliederversammlung statt, in der zur Ueberführung des Bundes in den Kampfbund gegen den Faschismus Stellung genommen werden soll. Wir fordern alle Mitglieder auf, restlos zu erscheinen. Die Ortsleitung Halle.

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin, für Politik und Beilagen; Bruno Rothe, Halle, für Lokales und Saalkreis; Ella Seidel, Halle, für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebe und Gewerkschaften; Fritz Krob, Halle, für Anzeigenteil

Die Freitag-Veranstaltung des Arbeiter-Sport- und Kulturkartells

... der Hans von Zwehl zu den hallischen Arbeitersportlern ...chen sollte, ist wegen einer am selben Tage stattfindenden und ... alle hallischen Werktätigen wichtigen Veranstaltung der ...xistischen Arbeiterschule vom Kartellvorstand aus...setzt worden und wird auf einen späteren Termin, der noch ...zeitig genug bekanntgegeben wird,

verlegt

Arbeiter-Sport

Um die Landes-Fußballmeisterschaft

Sonntag, 7. Dezember, 14 Uhr, auf dem Sportplatz Brandberge

Die gestrige kombinierte Sitzung zwischen dem Bezirksvorstand und ... Verhandlungsausschuß faßte einstimmig den Beschluß, das Spiel ...deburg 1. — Viktoria 1. neu anzusetzen nach Regel 4, § 43. ... Viktoria auf ein nochmaliges Spiel verzichtete, wurde Reideburg 1. als Bezirksmeister erklärt.

Nunmehr findet kommenden Sonntag das erste Spiel um die Landesmeisterschaft in Halle statt.

...ferner spielt im Entscheidungsspiel um die Gruppenmeisterschaft Diemitz Jugend — Giebichenstein Jugend.

Für den Gesamtbezirk ist Spielverbot.

Bekanntmachungen

Das Jugendspiel 12.30 Uhr leitet Schönfeld, Sportbrüder. 1. Klasse 14 Uhr Leipzig. ... stellt Landessparte. Für Jugendspiele bringt jede Mannschaft einen wettspielfähigen Ball mit.

...richter: Für Jugendspiel: Cröllwitz und Teutonia je zwei Schiri. Für ...: Förster (Lettin), Mahn (Diemitz), Uebe (Trotha) und König (Sport...). Torrichter: Hillebrecht (Minerva) und Thieme (Teicha).

...ner: ASC., Sportbrüder, Diemitz und Teutonia je zwei Genossen. Ordner: ..., Giebichenstein, ASC., Trotha und FTS. 30. Diese melden sich 12 Uhr ... Genossen Hingst auf dem Sportplatz.

...kal: „Lindenhof“, Cröllwitzer Straße.

...tritt 50 Pf., Erwerbslose und Jugend 25 Pf. Ausgesteuerte und Kinder 10 Pf.

Die Landesfußballsparte. Schönfeld.

Sportplatz Brandberge

Endstation der Linie 8

Sonntag, den 7. Dezember, 14 Uhr:

Landes-Meisterschafts-Fußball-Entscheidungsspiel

Holzweißig 1. — Reideburg 1.

Meister des Bezirks Bitterfeld. Meister des Bezirks Halle.

12.30 Uhr: Diemitz (Jugend) — Giebichenstein (Jugend.

Wie kam es, daß Reideburg Meister wurde?

Reideburg 1. hatte am vergangenem Sonntag gegen Viktoria 1. in regulärer Spielzeit 3:3 gespielt. Als demgemäß eine Spielverlängerung eintreten mußte, ... der Mittelläufer ohne jeglichen Grund den Platz. Da dieses disziplinlose ... noch bedauernswerte Nachahmung fand, pfiff der Schiedsrichter schließlich das Spiel ab.

Der Vorstand der Fußballsparte beschloß dann, gemeinsam mit dem Verhandlungsausschuß, das Spiel neu anzusetzen, zumal der Schiedsrichter wirklich nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt zu haben schien, die die Gewähr boten, das Spiel ...zuführen. Viktoria verzichtete aber nachdrücklichst auf eine Neuansetzung. Da ... im vorangegangenem Spiele ASC. 2:1 geschlagen hat, so wird Reideburg ... in die Lage versetzt, am 7. Dezember in Halle und am 14. Dezember in ... gegen Holzweißig 1., den Meister des Bitterfelder Bezirks, zu spielen. Den Reideburger Sportgenossen muß allerdings ganz ernstlich nahegelegt werden, ... bei dieser Gelegenheit eines disziplinierten Verhaltens zu be... und mit Leistungen aufzuwarten, die das unrühmliche Verhalten beim ... Spiel wettmachen.

Holzweißig ist ebenfalls eine Kampfmannschaft wie Reideburg. Ihre Stütze ... in der Verteidigung und dem stets beständigen Torhüter. Das Läuferreihe und ... arbeiten können, beweist der Sieg über Sandersdorf.

Wir laden hiermit die Arbeiterschaft zum Landes-Meisterschaftsspiel ... und erwarten, daß ein dem roten Arbeitersport würdiges Spiel zur Schau ... wird.

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle

Am vergangenen Freitag fand die fällige Delegiertenversammlung des Arbeiter-Sport- und Kulturkartells Halle statt. Kurz ... 20 Uhr wurde die Sitzung eröffnet. Anwesend waren 17 Vereine mit 28 Delegierten. In Anbetracht der im großen Saale des „Volksparkes“ stattfindenden großen Kundgebung fand ein Antrag einstimmige Annahme, nur den Punkt Verschiedenes zu behandeln, um an der Kundgebung teilzunehmen.

Beschlossen wurde, daß die nächste Kartellsitzung am Freitag, dem ... Dezember, im „Volkspark“ stattfindet.

Der abermalige Herauswurf der Arbeiter-Kegler löste unter den Versammelten großen Unwillen aus und sie gelobten, im Kampfe ... die Wiedergewinnung mitzuhelfen.

Am Freitag, dem 5. Dezember, im „Volkspark“ große öffentliche Sportlerversammlung und ein Vortrag des Berliners Hans von Zwehl.

Am 2. Februar findet eine weitere Sportlerversammlung im „Volkspark“ statt.

In den Jugendausschuß wurde Genosse Maschotti einstimmig als Vertreter gewählt.

Zu den demnächst stattfindenden Funktionärkursen hat jeder Verein 6 bis 8 Genossen zu entsenden. Der Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Die Generalversammlung des Kartells findet am 23. Januar 1931 statt.

Zur Konferenz der Radfahrer am 7. Dezember 1930 haben die Vereine Quartiere an den Genossen Maschotti, Halle, Laurentiusstraße 14, oder am Donnerstag im Stadtbad zu melden.

Athletensparte. Bezirk Halle (Saale)

Sonntag, den 7. Dezember, vormittags 11 Uhr, im „Volkspark“

Große Meisterschafts-Ringkämpfe

um die Bezirksmeisterschaft

Es ringen: Sportvereinigung Achilles 1. — Könnern 1.; Sportklub 09 1. gegen Mücheln 1.; Kraft- und Artistenklub Atlas 1. — Merseburg 1.

Arbeiter-Athleten, Landesgebiet Halle

Den Vereinen zur Kenntnis, daß die Mannschaften pünktlich ½11 Uhr am Sonntag, dem 7. Dezember, im „Volkspark“ zum Verwiegen an der Waage stehen. Als 1. kämpft 09 gegen Mücheln, Kampfrichter dazu Winkler (Atlas), Seifert (Achilles Merseburg). Als 2. kämpfen Achilles 1. gegen Könnern 1. Kampfrichter Gustav Jacob (09), Wassermann (Mücheln), Hildebrand (09). Atlas 1. — Merseburg 1., Kampfrichter Schröder (09), ein Genosse von Achilles und Könnern. Die Matte und Waage stellt Atlas Halle.

Die Bezirksleitung. J. A.: Gustav Jacob, Sportwart.

Achtung, Arbeiter-Athleten von Halle!

Am Donnerstag, 4. Dezember, 20 Uhr, in Polzins Restaurant, Torstraße 29, große gemeinsame Funktionärsitzung. Es haben daran teilzunehmen: alle Funktionäre von Sportklub 09, Kraft- und Artistenklub Atlas und Sportvereinigung Achilles. Ein Vertreter der Landesleitung spricht über „Zentralisation“. Den drei angeführten Vereinen wird das Erscheinen zur Pflicht gemacht. J. A.: Paul Kretschmann.

Arbeiter-Kegler Bezirk Halle

Am Montag, dem 8. Dezember, 19 Uhr, findet für dieses Jahr die letzte Börse im „Volkspark“ statt. An diesem Tage müssen bis Anfang Januar sämtliche Spiele abgeschlossen werden, vor allen Dingen müssen sich die ländlichen Klubs zahlreicher daran beteiligen. Die Klubkassierer müssen gleichzeitig ihre Beiträge und Abzeichen bezahlen und ihre neuen Mitgliedsbücher in Empfang nehmen. Die ländlichen Klubs müssen dringend abrechnen, damit wir den Verpflichtungen der Reichsleitung gegenüber nachkommen. J. A.: Willy Schuster.

Spiele für Sonntag, den 7. Dezember: Halle-Süd — Freie Kegelbrüder 9 Uhr „Linde“; Freiheit — Freie Neune 2 Uhr Passendorf; Nauendorf — Rehlitz 2 Uhr im „Roten Haus“.

Am 14. Dezember spielt Unter Uns — Nauendorf 2 Uhr in Nauendorf. Freiheit trägt gegen Lettin in Passendorf ihr Rückspiel aus. Freiheit muß sich anstrengen, um ihre Niederlage wieder gutzumachen. Anfang 2 Uhr. Ferner werden sich im Dreikampf Freie Bahn, Frei Holz und Freie Kegelschwestern gegenüberstehen. Hier werden die Sportgenossinnen zeigen müssen, um ihren Genossen nicht nachzustehen. Dieses Spiel beginnt 8 Uhr in der „Linde“.

Ortskartell Wörmlitz-Böllberg. Donnerstag, den 4. Dezember, 20 Uhr, Sitzung bei Rauschenbach. Auf der Tagesordnung steht: Kampf gegen den Faschismus. In Anbetracht der Wichtigkeit ist es notwendig, daß alle Delegierten erscheinen. J. A.: K. Merlins.

Vereinsmitteilungen

Sportverein Halle-Cröllwitz (Fußball). Sonnabend, 6. Dezember, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht. 6166

Sportverein Halle-Cröllwitz (Handball). Mannschaftssitzung am Freitag fällt aus, dafür Sonnabend, 6. Dezember, abends 8 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen. 6167

SFC. Sportlust 07. Freitag, 5. Dezember, Versammlung bei Albrechts. Beginn 20 Uhr. Mitglieder haben restlos zu erscheinen. Am selben Tage letzter Termin der Kindermeldung an Sportgenossen Frayer. 6169

VfB. Trotha. Sonnabend, 6. Dezember, 20.30 Uhr, Monatsversammlung. Alles hat restlos zu erscheinen. 6164

NWB. Mötzlich. Sonnabend, 6. Dezember, Monatsversammlung. Erscheinen aller Sportgenossen ist Pflicht. 6165

Kraft- und Artistenklub Atlas, Halle. Am Freitag, dem 5. Dezember, 20 Uhr, findet im Vereinslokal „Zur Granate“ unsere Gesamtmitgliederversammlung statt. Alle Sportgenossen müssen erscheinen. Heute abend Versammlung der Athletensparte, anschließend Vorstandssitzung. 6158

Anfängerkursus der Arbeiter-Fotografen. Morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr Fortsetzung des Kursus. 6171

Vereinigung der Arbeiter-Fotografen. Zu unserem am Sonnabend, 6. Dezember, 8 Uhr, im kleinen „Volkspark“-Saal stattfindenden 4. Stiftungsfest laden wir alle Mitglieder und die Arbeiterschaft ein. Eintritt 60 Pf., Arbeitslose 30 Pf. 61..

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 4. Dezember

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.10 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.30 bis 10.55 Uhr: Schulfunk. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Eine Stunde in München (Schallplatten). 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Unterhaltungskonzert (Schallplatten). 14 Uhr: Neue russische Literatur (II.) Dr. Fritz Schwiefert, Berlin. 14.30 Uhr: Geschichten- und Liederstunde für die Jugend. Weltreisen zu Marko Polos Zeit und heute von Hans Kafka. 15.15 Uhr: Hörbericht aus einer Handschuhfabrik in Chemnitz. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Expeditionen einst und jetzt. 16.30 Uhr: Konzert. 17.30 bis 17.35 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18 Uhr: Warum fürchten wir heute den Winter und nicht mehr den Sommer für den Säugling? 18.20 Uhr: Steuerrundfunk. 18.35 Uhr: Sprachenfunk (Spanisch). 19 Uhr: Wie könnte man die Arbeitslosigkeit beseitigen? Redakteur Eduard Weckerle, Chemnitz. 19.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 20.30 Uhr: Geistliche Abendmusik. 21.30 Uhr: Theamaria Lenz spricht neue rumänische Dichtungen. 22 Uhr: Nachrichtendienst und Sportfunk. Funkstille.

Wie wird das Wetter?

Donnerstag: Im ganzen ziemlich heiter, aber im Flachlande Neigung zu Nebel- und Dunstbildung. Temperatur um den Gefrierpunkt schwankend. In freien Berglagen Erwärmung.

Freitag: Wenig Aenderung wahrscheinlich.

Wringmaschine ♦ billig ♦ Gummi-Bieder

Aus dem Geschäftsverkehr

Unserer heutigen Auflage von Merseburg und Umgegend liegt ein Prospekt der Firma Doblowitz bei, auf den wir unsere Leser hierdurch hinweisen.

An alle Ortsgruppenvorstände der KPD.

Eine ganze Anzahl Ortsgruppen sind der Verpflichtung gemäß unserem Rundschreiben vom 12. November nachgekommen. Die Einsendungen sind gut, zum Teil sehr gut. Wir fordern heute die säumigen Ortsgruppen auf, sofort alles zu tun, das Versäumte nachzuholen und die geworbenen Aufträge umgehend einzusenden.

Verlag Klassenkampf, Halle.

Jung-Spartakus-Bund

Halle. Süden. Mittwoch 17.30 Uhr in „Loesis Hof“ Kindernachmittag. Schulkameraden mitbringen.

Bund der Freunde der IAH.

Reideburg. Mittwoch 20 Uhr Lichtbildervortrag. Ref. Hilde Zöllner.
Wittenberg. Mittwoch Mitgliederversammlung Gewerkschaftshaus. Ref. Dornberger.
Halle-West. Mittwoch Mitgliederversammlung bei Bendlin.
Halle-Zentrum. Donnerstag 17 Uhr Kindergruppe Lichtbildervortrag bei Wötzel.
Halle-Zentrum. Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung.

MASCH

Marxistische Arbeiterschule Halle
Das Bildungsinstitut der Werktätigen
Technischer Leiter: Fritz Kitzel, Halle, Turnerweg Nr. 18 p.

Anmeldung zu den Kursen in den Vortragsabenden — Karten an den Abendkassen — Erwerbstätige 25 Pf., Erwerbslose 10 Pf. pro Kursusabend

Halle. Mittwoch, 3. Dezember: Ursprung der Familie. (4. Abend.)
Halle. Donnerstag, 4. Dezember: Literaturkursus. (2. Abend.) Klaus Neukranz.
Halle. Freitag, 4. Dezember: Arbeits- und Betriebsrecht. (3. Abend.)
Halle. Freitag, 4. Dezember: Oeffentlicher Vortrag im „Lindenhof“ Cröllwitz. Dr. med. Martha Ruben-Wolf, Berlin: „Zerstörung der Familie.“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101930120 3-19/fragment/page=0009

Halle

Richard Fricke Holzschuhe — Leder — Pantoffelfederation / Mauerstr. 1 30318

Reserviert 117

Trinkt die gute Milch aus der Molkerei Trotha Adr. siehe Inserat 30109

Auto-Kühler Neuanfertigung Reparatur **E. Pape**, Mansfelder Straße 45 30430

Lederhandlung L. Gr. Steinstr. 1

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze, Krukenbergstr. 7 Geschäftsstelle des Deutschen Begräbnis-Versicherungsvereins 30114

Rest. Friedr. Thurm, Vorbestellung für jedermann 30067

Brennholz ofenfertig, à Ztr. Mk. 1,80 laufend abzugeben. Bev. Bäckereifabrik Delitzscher Str. 7. Tel. 26461 [30157

C. Schober Auto-Oele Schmierfette 36 Tel. 28235 30321

Rosen-Apotheke Merseburger Straße 112 Ecke Lauchstädter Straße [30099

Baumgartel, Gr. Steinstr. 1 Fachgeschäft für Bandagen Lieferant sämtlicher Krankenkassen

F. Lindenhahn, Königstr. 8 — Eisenwaren, Werkzeuge, Baubeschläge, Oefen, Herde 30326

Reserviert Nr. 9 30180

Wiesenheu, ferner kömpt. Futterzusätze liefert Friedrich Brandt, Delitzscher Str. 86-87 30145

Friedrich Berger sen. Brückenwagenfabrik, Lessingstraße 15 30146

Reserviert 111 30144

Bartels & Beck, Leipziger Str. 22. Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- u. Küchengeräte 30151

Schaufensterlegen u. Dekorationsgegenstände, Metall- u. Glasaufsätze, Beläge für Fleisch und Wurstwaren **Fritz Fügemann,** Halle a. d. S. Anhalter Straße 11 [30153

Reserviert für Schuhbesohler Richard Beyer, Landsberger Straße 43 [30143

Reserviert 118 30424

Fabrik Kupferwaren, Rohrleitungen für Bau und Zentralheizungen **Ernst Nilius** Delitzsch. Str. 78 Fernr. Nr. 23666 30419

Autoreifen — Reparatur — A. Schreiber, Kronburger Str. 3 30153

Reserviert Nr. 3 30156

Groß-Lackieranstalt Halle-Diemitz Inh.: Paul Steinbach, Tel. 34398 30425

Reserviert 30310

Hallesche Beerdigungsanstalt „Pietät" Inhaber: M. Burkel Kleine Steinstraße 4 Telephon 2[illegible]

Reserviert 110

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf Große Wirkung

Rohrschlächterei R. Böhler Halle (Saale) Oberstraße 8 Hauptstraße 3 Fleisch- u. Wurstwaren

Reserviert 101a 30307

Fliesen liefert und verlegt **Gebr. Steizer** Delitzscher Straße 90 Telephon 33650 30421

Reserviert 106 30414

Halle-Zentrum

Otto Mucha Tabak- u. Cigarren-Großhandlung Lerchenfeldstraße 12 und Große Nikolaistraße 6 30195

Hallesche Essigfabriken G. m. b. H. Halle a. S. Weinessig - Tafelessig Essigsprit - Mostrich - Speiseöl 30187

Zoo Herrlich gelegen Ständ. wechselnd. Tierbestand Große Neuanlagen 30191

OPEL das wahre Volksauto **OTTO KÜHN, Halle** Tel. 27351 Merseburger Str. 40

Mostrich- und Speiseölfabrik Wilhelm Krahnert & Co. empfehlen Tafelsenf, Essigsprit, Weinessig, Speiseöle, Fischmarinaden Fernruf 21058 Kontor und Fabrik: Fischerplatz 1

Färberei Naumann & Co. reinigt, färbt, wäscht preiswert / Fabrik: Jacobstr. 3[illegible]

50 Jahre 1880-1930 **Aug. Zeiß** Erste Hallesch. Sauerkohlfabrik u. Gurkeneinlegerei m. elektr. Betr./Sauerkohl und Konserven en gros / Fernruf 26538 30309

Molkerei Niemberg empfiehlt ihre Produkte in bester Qualität 30189

Gute Romane stehen im „Klassenkampf"

Hallensia die gute Eiernudel

Möbel aller Art, preiswert a. gut **O. Bernhardt** Herrenstraße 19

Nur für Wiederverkäufer: Fleischsalat .. Heringssalat **E. Eisner,** Feinkostfabrik Moritzzwinger 12

Halle-West

Drogen - Farben - Foto Seifen - - Haushaltungsartikel **Bruno Protzsch,** Moritzzwinger 1 30168

Albert Müller Futtermittel Glauchaer Straße 31 - - Fernruf 2887 30186

Waldemar Förster Bäckerei [30317 Schweizerhofstraße 26

Otto Fricke, Fischerplatz 1 Eier Herrenstr. Kolonialw. u. hausschl. Wurstwaren [30330

Otto Hertrampf, Glauchaer Straße 58 Drogerie u. Farbenhandlung [30064

Richard Marschalleck Tischlerei u. Glaserei ◆ Jägerplatz 30 30343

Max Hunger, Adolfstr. 1 Milch, Butter, Spez. Schlagsahne Tel. 216 63 30334

Extrakreiche Liköressenzen zum Selbstbereiten von Likören, 1 Dtzd. sortiert, für 12 Liter ausreichend Mk. 4,20 **Laborat. E. Walther** Halle-Trotha 112 [30332

Gebrauchsgeschirre jeglicher Art liefert die Firma **Heinrich Baensch** ◆ Porzellanfabrik, LETTIN 30335

Reserviert Nr. 4 30319

Halle-Nord

I. Lotze Trothaer Straße 20 Herren- u. Damen-Konfektion / Arbeitskleidung 30331

Werbt für die „Rote Hilfe"

Hausfrauen kaufen nur bei unseren Inserenten!

Oskar Sperling Klempnerei u. Installation Reilstraße 24 [30177

Werbt neue Leser!

Halle-Süd

Else Klingbeil Ww., Woll- und Weißwaren Merseburger Str. 109 30170

Barbara-Drogerie Merseburger Str. 194 Tel. 32950 Farben, Tapeten, Photo, Drogen 3[illegible]71

JOHANNES-DROGERIE Emil Schultze, Südstr. 8, neben dem Spielplatz Photo Farben [30173

Paul Schneider, G.m.b.H. Werkzeuge Eisenwaren u. Schlosserei 30180

Adler-Drogerie, Königstraße 14 Ecke Landwehrstr. Farben, Lacke, Seifen, Parfümerien 30189

Max Zaubitzer Steinweg 52 Kl. Ritterschr. Prima Rohfleisch und Wurstwaren Spezialwirtschaft 30325

Gasthaus „Zum schwarzen Adler" Bekanntes Lokal aller Werktätigen 30395

Albert Refert Brot- und Feinbäckerei 30396

Werbt für den Klassenkampf

Lettin

Genossenschaftler deckt Euren Bedarf im eigenen Geschäft 30392

Gasth. Zur Erholung Beliebtes Lokal der Arbeiter Schaupiger Str. 15 30349

Lettin

Kurt Genthe Schuhwaren und Reparaturwerkstatt 30181

Kauft in unseren Volksbuchhandlungen

Gastb. „Erholung" u. Lebensmittelgesch. Friedrich Schmidt, Trotharer Straße 38 30068

Glaserei und Tischlerei ALFRED BÜTTNER Trilitzstraße 33 30192

Halle-Cröllwitz

Konditorei u. Bäckerei **Otto Schaaf** Cröllwitzer Straße 12 Spez.: Kaffee- und Teegebäck [3344

Klara Jänicke Lebensmittel Kohlen 3345

Nur dem unser Geld, der es mit unser Presse hält

Burgliebenau

Trinkt nur **Braunbier** aus der Brauerei **Marx** 30221

Alsleben

„Zur neuen Sonne" / Kino, Gartenlokal 30341

Hermann Pfaffe Fleisch- und Wurstwaren 30340

Bäckerei - Konditorei Ernst Landau Pulverhof 30

Reserviert 25 30342

Könnern

Walter Ramdor Möbel all. Art Stänv. Ausstellung, günstige Zahlungsweise

Schraplau

„Zum Bürgergarten" Verkehrslokal aller Werktätigen Telephon 282 30290

Brot-, Weiß-, Feinbäckerei, Motormühle, Futtermüh. **Wilh. Thümler** i.m. Braunschweig, Straße 1 [30317

Wettin

Otto Hennig Brot- und Feinbäckerei 30351

Oberröblingen

Arbeiter gehen zum Herren- und Damenfriseur **Paul Wölbing** Converbsole bevorzugte Preise 30276

Landbrot-Bäckerei Franz König 30277

Döllnitz

Der Kenner trinkt nur **HANISCH - GOSE** Döllnitzer Gose-Brauerei Hanisch & Neumann 30187

Schäfers Gärtnerei, Step 3 30223

Gustav Ulrich, Hauschl. Fleisch- und Wurstwaren, Verkaufsstand: Markt Ammendorf 30224

Ammendorf

Konfektionshaus **Kurt Binnewies** Ammendorf 30226

Kauft bei Probsthayn, Mittelstr. 10 30132

Ratskeller Ammendorf, der angenehme Familien-Aufenthalt / Gute Küche Spezialausschank: Sandler-Bräu 30232

Gustav Schröter Hohe Straße 1 Hauswschl. Wurst, Wild, Geflügel, Konserven

Gustav Godehardt Hüte / Mützen / Herrenartikel Beesener Straße 4

Karl Möbus, Hallesche Straße 12 — Rind- und Schweineschlächterei — 30120

Curt Rosenhahn Gärtnerei und Baumschule Chausseehaus Rojengarten 30121

Kauft nur Lipffert-Zigarren 30122

Spezialwerkstatt für Motorfahrzeuge **Paul Hauck,** Tel. 340 88 Roseng. 30123

Wilh. Bauermann. ff. Fleisch u. Wurstwaren Hallesche Straße 174 30125

Albert Henze Klempnerei, Installation, Heizungen, Be- u. Entlüftungen 3124

Schokoladenhaus Heinrich Schneider Regenburger Straße 5 30127

Paul Schmidt, Regenburger Straße 93 Rind- und Schweineschlächterei 30128

Die Arbeiterschaft trinkt **Jeßnitzer Braunbier** Vertreter: Otto Zornemann 3[illegible]

Gasthaus Radewell Empfehle meine Lokalitäten 3230

Reserviert

M. Kopp Lebensmittel Braunhausstraße 23 30134

Max Steinmetz Bäckerei u. Konditorei Rosengarten 30234

Ida Hennig Lebensmittel Alte Herrstraße 22 30135

Reserviert 50

Erich Müller Motor- u. Fahrräder-Reparatur. Elisabethstr. 2 [30358

Berta Schröder Lebensmittel 30229

Zentral-Molkerei, Ammendorf Lindenstraße 2 empfiehlt sämtliche Molkereiprodukte

Otto Schieferdecker Rich.-Wagner-Straße 12 Rind- und Schweineschlächterei

Max Gabler empfiehlt Gemüse Molkereiprodukte Rosenstraße 3, Milchhalle Ecke Langestraße und Hallesche Straße

Lina Kranz Strumpf- Woll- und Weißwaren 30126

Frau Paul Thiele Regenburger Str. 12 empfiehlt sich zur Kurzwaren

Eisleben

Trinkt Eilemi-Markenmilch aus dem **Milchhof Eisleben** 30278

SINGER-Nähmaschinen in altbewährter Güte Eisleben: Glockenstr. 8, Hettstedt: Breitmarktstr. 19

Eisleben

Arbeiter! kauft Fleisch- u. Wurstwaren bei **Richard Zachäus,** Lange Querfurter Str. 19 30186

Brot- und Feinbäckerei empfiehlt sich der Arbeiterschaft **Rudolf Boltze** 30287

Schuhwaren, Maß- und Reparaturwerkstatt **OTTO HAHN,** Querfurter Straße 48 ◆ 30288

Wolle- und Weißwaren, Herrenartikel **Franz Strube,** Querfurter Straße 44 30285

Reserviert 100 30289

Artern

Loth & Köhler, G. m. b. H. Kief. erstklassige Briketts, Grubenkoks, Holz 30078

Modenhaus Dieskau Leipziger Straße 15 Die richtige Quelle für guten Einkauf 3079

Schuhwarenhaus **Paul Keitel** 30180

Bäckerei u. Konditorei Kaffee- und Teegebäck stets frisch **Paul Löbnitz,** Johannisstraße 2 30081

Kauft Euren Bedarf an Radio-Artikel bei **Max Tehmer,** Elisabethstr. 1 [30491

Kuhns Schnell-Besohl-Anstalt und Schuhfärberei, Neue Straße 5 30499

Arbeitsstiefel, Gesundheitsschuhe, Straßenstiefel in guter Qualität. Bahnhofstraße 2 Strohmeyer & Hertel [3494

Schnell-Besohlanstalt, Lederhandlung **L. Gerlach,** Bäckerstr. 7 [30503

Reserviert 50 30083

Nordhausen

Kindling & Tolle Beerdigungs-Institut, Möbeltischler Bäckerstr. 19 / Tel. 1173 [30504

Grabdenkmäler nur bei **Riemer & Schulze** 30502

Nordhausen

Bestattungshaus Karl Höfer Spezialgeschäft für Beerdigungen Gartenstr. 10-11 Telephon 468 30501

Kaisermühle Mehl und Brot in bester Qualität 30495

Paul König, Werkstatt für feine Polstermöbel. **Körnerstraße 2** 30496

Bringe meine Qualitäts-Biere in Empfehlung **Friedr. Gerlach** 30497

Treff- **Stadt Weimar** Gut gepflegte Speisen u. Getränke 30493

Herren- und Damen-Friseur-Salon **Kurt Hörning,** Weberstr. 18 [30506

Pinthus & Ahlfeld Das gute Warenhaus

Drogerie Karl Krampe Sandstr. 11 30487

Hut-Spezial-Geschäft, Magazin zum Pfau, O. Specht, Neue Str. 1

Trinkt Biere vom Harzer Bierverlag

Zigarren, Tabakwaren, billigste Preise **G. Schneider,** Barfüßerstr. 17

Kelbra

Brot- u. Weißbäckerei Paul Wilke 30488

Schuhwarenlager u. Reparaturwerkstatt von Wilhelm Bornkessel, Altenstr. 14

Karl Basten, Kohlen, Kolonialw., Delikatessen, Weiß-, Woll-, Kurz- u. Schuhwaren

Decken Sie Ihren Bedarf in Textilwaren bei Willi Rosenmüller

Kolonialwaren, Bäckerei, Kohlenhandlung und Kolz bei Gottschalk

Reserviert Nr. 7 30549

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301203-19/fragment/page=0010

AUS MITTELDEUTSCHLAND

raus gegen die faschistische Diktatur!

Saboteure des sozialistischen Aufbaus in der Sowjet- am Pranger — Was bedeutet der Vorstoß der mittel- Metallindustriellen? — Was erfordert der Kampf Lohnraub, Polizeiterror und Faschismus — Das wird Euch gesagt in den

Versammlungen der KPD.

Am Mittwoch, dem 3. Dezember:

den: 20 Uhr.
hla: 20 Uhr bei Lohse.

Am Freitag, dem 5. Dezember:

ten: 20 Uhr bei Poblenz.
chern: 20 Uhr im „Grünen Baum".

jetzt sind es „kommunistische Zellen"

in der Sozialistischen Arbeiterjugend!

KJVD. schreibt uns:

„Vorwärts" und die SPD.-Provinzpresse bringt „Ent- gen über kommunistische Zellenarbeit" in der SAJ. Man tlich ein angebliches Rundschreiben der BL. Niederrhein KJVD. über Arbeit in der SAJ.

haben nie verschwiegen, daß wir die kampfgewillten SAJ. en auf revolutionärer Grundlage sammeln wollen.

ohl, wir sagen den sozialdemokratischen Jungarbeitern das, was sie von den verräterischen Führern nie erfahren.

seinen Enthüllungen, die keine sind, will der Hauptvorstand SAJ. seine Schandtaten in Berlin, Königsberg und Dresden den. Kürzlich waren es „kommunistische Elemente" bei dem nenstoß mit dem Reichsbanner, heute sind es „Kommunisten", „SAJ.-Oppositions-Rundbrief" herausgeben. Wir rufen die rischen SAJ.-Genossen auf, sich um den Rundbrief zu n. Sie müssen erkennen,

daß nur der KJVD. ihre Organisation ist!

onstrationen vor dem Delitzscher Kreistag

Delitzscher Kreistag wurde die vom Kreisausschuß ge- n Einführung einer Nachtragsumlage abgelehnt, worauf von nia mit der Ernennung eines Staatskommissars gedroht Konsequent traten dabei nur die Kommunisten auf, die von bine des Kreistages die Kreiseinwohner zum Steuer- auffarderten, indessen sich vor dem Kreishaus zahlreiche nlose versammelten, um die von der KPD.-Fraktion er- n Forderungen durch diesen Aufmarsch zu bekräftigen.

Geleitegeier auch über dem Kreis Naumburg

der Naumburger Kreistagssitzung wurde festgestellt, daß, ob- dieser Kreis vorwiegend agrarische Gebiete umfaßt, eine ver- mäßig hohe Erwerbslosenziffer in Erscheinung tritt, die in Zeit ständig ansteigt. Da die Einnahmen des Kreises außer- ren Ausfall gebracht haben, steht es um die Kreisfinanzen endlich schlecht. Sie sollten durch eine Steuererhöhung ert werden, die aber abgelehnt wurde.

Beseitigt die Schädlinge

Das fordern die Arbeiter

A. Brücken. In einer gut besuchten öffentlichen Einwoh- sammlung in Brücken, wo der Genosse Arlt über die politische ierte, nahmen die Versammelten mit Entrüstung Kenntnis über die Schädlinge gegen Sowjet-Rußland.

wurden in dieser Versammlung sieben Neuaufnahmen für die Partei und drei für den KJVD. gemacht.

Tellersammlung ergab den Betrag von 4,29 Mark. Fol- Entschließung wurde angenommen:

werktätige Einwohnerschaft Brückens fordert strengste Be- ung der Feinde der proletarischen Diktatur, die im Auftrage imperialistischen Räuber den Aufbau des Sozialismus in der ion hemmen und die Macht der Arbeiter und Bauern graben wollen. Sie geloben, mit aller Kraft unter Führung kommunistischen Partei Deutschlands zum Schutze der Sowjet- und für den Aufbau eines Sowjet-Deutschland zu kämpfen."

hausen. Großfeuer. In der Sachsensiedlung des Ortes erstade brach ein Großfeuer aus, das die Wohnhäuser der ter Pfeifer, Otte und Henze in Asche legte. Das Mobiliar am größten Teil gerettet werden. Bei den Löscharbeiten ein Feuerwehrmann ab und wurde erheblich verletzt.

burg. Diktatursteuern! Die anhaltische Regierung die zwangsweise Einführung der Bürgerabgabe und der Bier- angeordnet.

Der Kampfbund gegen den Faschismus ruft

zur höchsten Steigerung des Massenkampfes gegen den Faschismus auf,

für den der Ausbau der antifaschistischen Kampffront eine unbedingte Voraussetzung ist, die von den Werktätigen in Stadt und Land erfüllt werden muß. Jetzt heißt es vor allem, an die Bildung von Betriebswehren und Erwerbslosenstaffeln und an die Einbeziehung der Proletarierfrauen der antifaschistischen Kampffront heranzugehen. Die § 48-Diktatur mahnt zur höchsten Aktivität und macht es zur gebieterischen Notwendigkeit,

daß alle Kämpfer gegen den Faschismus in Alarmbereitschaft liegen.

Die gegenwärtige Situation stellt die Arbeiter im Kampfe gegen den Faschismus vor entscheidende Aufgaben, über die

in einer am kommenden Sonnabend, dem 6. Dezember, 19 Uhr, im „Volkspark" zu Halle stattfindenden Bezirkskonferenz des Kampfbundes

Klarheit geschaffen werden soll. Auf dieser Bezirkskonferenz soll außer einem Referat des Genossen Reinke-Berlin über die Aufgaben des Kampfbundes der Aufbau der Organisation fortgeführt werden und die Wahl der Bezirksverbandsleitung erfolgen. Alle Ortsgruppen müssen

sofort Delegierte melden

und deren Namen ebenfalls sofort an den Genossen Kurt Wahbel, Halle, Stadtgutweg 19, melden. Anträge sind bis zum Freitag, dem 5. Dezember, einzusenden. Das Fahrgeld der Delegierten trägt die Ortsgruppen, für die aber Quartiere sichergestellt werden. Da der Kampf gegen den Faschismus aber auf breitester Basis geführt werden muß, findet alsdann

am Sonntag, dem 7. Dezember, vormittags 9 Uhr im „Volkspark"

eine öffentliche antifaschistische Kampfberatung

statt, zu der alle Betriebs-, Sport- und sonstige Massenorganisationen und auch die Arbeiterfrauen Delegierte entsenden müssen. Anläßlich dieser Kampfberatungen sprechen die Genossen Karl Gutjahr-Halle und Reinke-Berlin über den Kampf gegen den Faschismus. Angesichts der kurzen Frist, die bis zu dieser Tagung übrig bleibt, muß jede sich in dieser Woche bietende Gelegenheit von allen obengenannten Organisationen zur Wahl von Delegierten ausgenutzt werden.

Mit „Sturmbereit!"
Bezirksverbandsleitung Mitteldeutschland.

„Wir klagen an!"

Die Anklageschrift im Prozeß gegen die konterrevolutionäre „Industriepartei"

80 Seiten, nur 20 Pfennig, ist soeben erschienen!

Die beste Unterstützung der Sowjetunion im Kampfe gegen die Saboteure des sozialistischen Aufbaues ist der

Massenvertrieb der Broschüre.

Litobleute, Zellen-, Ortsgruppen-, Stadtorganisationen des Bezirks Halle-Merseburg, bestellt diese Schrift sofort bei der Volksbuchhandlung Halle, Lerchenfeldstr. 14. Ein ungeheurer Massenvertrieb, wie er noch nicht zu verzeichnen war, ist

der kräftigste Schlag gegen alle Feinde Sowjet-Rußlands!

Die Werktätigen von Löbejün sturmbereit

gegen den Faschismus

Die am Freitag, dem 28. November, stattgefundene öffentliche Versammlung in Löbejün gestaltete sich zu einer gewaltigen Kampfkundgebung gegen den Faschismus. Der Genosse G. Mertins verstand es ausgezeichnet, den 300 Anwesenden die Angriffe der National- und Sozialfaschisten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft aufzuzeigen. Der starke Beifall aller Anwesenden dokumentierte, daß sie mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. Jetzt gilt es, die Bataillone zu formieren gegen die Mörderbanden des Faschismus.

60 Arbeiter und Arbeiterinnen traten sofort dem Kampfbund bei.

Eine Tellersammlung für den Kampffonds ergab 4,58 Mark.

Zum Abschluß der gut verlaufenen Versammlung spielte der Spielmannszug die „Internationale".

In dieser Versammlung gelangte noch nachfolgende Entschließung zur Annahme:

„Die am 28. November 1930 tagende öffentliche Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Sabotage des Aufbaues des Sozialismus in der Sowjetunion durch die gekauften Agenten des Imperialismus. Sie verlangt vom Volksgericht in Moskau strenge Bestrafung der Schuldigen. Gleichzeitig protestieren die Versammelten gegen das Schandurteil der Klassenjustiz in Torgau und verlangen sofortige Freilassung der inhaftierten Genossen."

KPD. übernimmt Nazi-Versammlung

und schlägt den National- und Sozialfaschismus zurück

Am Sonntag, dem 30. November, fand in Schkauditz bei Zeitz eine Versammlung der NSDAP. statt. Lange vor Beginn der Versammlung war der Saal besetzt von Arbeitern, Anhängern der KPD. und der SPD. Als die Versammlungsleitung dann eröffnen wollte, mußte sie feststellen, daß sie in der Minderheit waren und verließ mit 25 Männern den Saal. Die Genossen der Kommunistischen Partei übernahmen die Versammlungsleitung und ein kommunistischer Redner sprach. Bergholz, der davon geträumt hatte, daß er diese Versammlung übernehmen könne, mußte erfahren, daß die Arbeiter sich für die Kommunisten entschieden. Er sprach dann in der Diskussion. Seine ganze Diskussionsrede hatte er eingestellt auf die Erzählung von Greuelgeschichten des faschistischen Regimes in Italien und anderen Ländern — aber mit keinem Wort ging er auf die Ausführungen des kommunistischen Referenten ein. Er appellierte dann an die kommunistischen Arbeiter, mit den Sozialdemokraten gegen den Faschismus zu kämpfen. Die Arbeiter haben ihm natürlich geantwortet, daß das Proletariat den Kampf gegen den Faschismus in revolutionärer Einheitsfront unter Ausschaltung der sozialdemokratischen Bonzen führen wird, und zwar in den Reihen des Kampfbundes gegen den Faschismus.

Naumburger Klassenrichter schonen die Faschisten

Auch das kennzeichnet die faschistische Diktatur

Gelegentlich des Erfurter Reichstreffens der roten Sportler kam es bekanntlich zu hinterhältigen und handsgemeinen Ueberfällen, die der in einer Stärke von etwa 2000 Mann auf der Straße Köthen-Naumburg dahermarschierende Wehrwolf auf einzelne Transporte von roten Sportlern durchführte. Obwohl dabei sogar Sportlerinnen viehisch mißhandelt wurden, hat bis heute kein Hahn nach den faschistischen Tätern geträht. Nunmehr wird aus Naumburg gemeldet, daß das ursprünglich aufgegriffene Verfahren gegen diese Täter sogar eingestellt worden ist, weil diese angeblich „nicht festgestellt" werden konnten.

Es hätte nur umgekehrt sein sollen...

nsere Antwort an Brüning und seine Knechte

sozial- und nationalfaschistischen Schildhalter der Artikel-48-Diktatur

in der ständigen Verbreiterung unseres Einflusses bestehen. eulwaliches Beispiel dafür, daß unser Masseneinfluß wirk- ächst, wurde am selben Tage geliefert, an welchem Brüning erneut zum Artikel 48 griff, um den Aushungerungskurs fortzuführen. Gemeldet wurden an diesem Tage bei der Bezirksleitung folgende

Teilergebnisse der Werbung für Partei und Presse

Mutleben	3	Falkenberg	2	Halle Westen	7	Mückenberg	2
Bernburg	7	Querfurt	2	Teicha 3 Wettin	13	Ramsin	2
Naumburg	3	Wansleben	5	Beesenlaublingen	3	Prieschka	3
Merseburg	4	Mücheln	9	Zeitz	8	Halle Osten	7

wendet sich, wie schon bemerkt, bei diesen Ergebnissen um Teil- ge, und manche der oben aufgeführten Ortsgruppen hat schon sich über Erfolge der Werbearbeit berichtet. Jetzt müssen aber alle Parteiortsgruppen vor die Front und müssen auf das unserem Einfluß durchaus entsprechende Ziel hinsteuern, nämlich auf die elsbaldige und planmäßige

winnung von hunderten und tausenden neuer Parteimitglieder

Runstedt b. Merseburg. Dem Profitinteresse der Bergbaugewaltigen zum Opfer gefallen ist das ganze Dorf, von dem nur noch wenige Häuser stehen und das völlig abgebrochen wird. Angesichts dessen, daß es um den schwarzen Diamanten, also um den Mammon geht, wird sogar die „gottgeweihte" Kirche nicht vom Abbruch verschont, die bereits umgelegt worden ist. Das ist natürlich im Verhältnis zu der Tatsache, daß die bis jetzt in Runstedt ansässigen Bergarbeiter nunmehr ohne Bleibe sind, eine kaum erwähnenswerte Tatsache.

Bottendorf (Kr. Querfurt). Die gefesselte Leiche. Einen grausigen Fund machten Schulkinder am linken Unstrutufer in den Dunkelweiden. Sie fanden hier die Leiche eines 60 Jahre alten Mannes, der an den Händen gefesselt war und schwere Schädelverletzungen aufwies. Allem Anschein handelt es sich um ein Verbrechen. Die Leiche hat etwa drei Wochen im Wasser gelegen.

Wiendorf (Kr. Köthen). Tödlicher Unglücksfall im Salzschacht. Auf dem Leißener Schacht der Deutschen Solvaywerke wurde der 33 Jahre alte Hauer Halle von einem herabstürzenden Salzstück getroffen. Er mußte mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden, wo er kurze Zeit darauf verstarb. H. war verheiratet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301203-19/fragment/page=0011

Mansfeld-Sangerhausen

Der Sozialfaschist Bergholz auch in Kelbra erledigt

Er muß vor den Arbeitern flüchten

A.-K. Am 29. November hatte die Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Kelbra, zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen, zu welcher der „linke" Sozialfaschist Bergholz aus Zeitz höchstpersönlich erschienen war.

Der linke Phrasendrescher bemühte sich vergeblich, die Gefahr des Nationalfaschismus den Zuhörern klarzulegen.

„Raus mit dem Demagogen, Sozialverräter und Postenjäger!"

Das riefen ihm die Arbeiter zu.

Als nun ein Genosse sich erlaubte, zu sagen, daß der Sozialfaschismus in Deutschland sich in seinen Handlungen von dem Nationalfaschismus in nichts unterscheide und daß Zörgiebel in Berlin am 1. Mai nicht anders gehandelt habe, da war es aus mit dem guten Mann. **Polizei wurde herbeigeordert, um den unliebsamen Gast zu entfernen. Unter ohrenbetäubendem Lärm wurde der Genosse aus dem Saale geschleift.** Und nun folgte einer auf den anderen. Keiner hat auch nur ein Wort verstanden. Selbst der Polizei kam dieses Theater lächerlich vor und sah sich veranlaßt, dem Versammlungsleiter darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn es so weiter ackre, sie die Schließung der Versammlung veranlassen müßten. Diesem Wunsche der Polizei kam aber Albert zuvor und er erklärte die Versammlung für geschlossen. Dieses löste natürlich eine unaeheure Empörung bei den Arbeitern aus. Der Genosse B. veranstalte die Versammelten, zu einer Versammlung in der „Sängerhalle" zusammen zu kommen.

In dieser Versammlung, die zahlreich besucht war, zeigte der Genosse B. noch einmal die Taten der „linken" Sozialfaschisten auf und brachte die Beweise, daß der Kampf der Sozialfaschisten gegen die Nationalsozialisten nur ein elendes Manöver sei und nur dazu dienen solle, ihre eigenen Schandtaten zu vertuschen. Dieses müsse jeder erkennen und seine Lehre daraus ziehen.

Es gibt nur einen Ausweg, den Weg des Kampfes gegen National- und Sozialfaschismus, unter dem Banner des klassenbewußten Proletariats, unter der Kommunistischen Partei Lenins.

Seine Ausführungen wurden mit Beifall entgegengenommen. Ein großer Teil der Anwesenden traten der Revolutionären Gewerkschaftsopposition bei.

Naziabfuhr in Bennstedt

A.-K. Bennstedt. Vergangene Woche hat im Lokal des Gastwirts Lenk eine Nazi-Versammlung stattgefunden. Der Nazi-Jüngling v. Alvensleben sprach über die politische Lage vor und nach der Wahl. Ein ganzer Teil Kommunisten waren in dieser Versammlung erschienen, weil sie Abrechnung mit den Nazis halten wollten. Ueber das Referat „Bubis" ist nicht viel zu sagen. Es war die übliche Schimpferei. Sozialdemokraten waren in der Versammlung auch anwesend. Sie wagten natürlich nicht zu sprechen. Das ist ja auch verständlich, denn etwas Gemeinsames hat ja die Politik der Nazis und der Socis Beide Parteien kämpfen gegen die Vertreterin **der Arbeiterinteressen, die KPD.**

In der Diskussion sprach Genosse Gorisch, Eisleben. Er rechnete gründlich mit den Nazis ab. Die Arbeiter gaben ihm in seinen Ausführungen recht.

Nazis und Socis, gebt Euch in Bennstedt keine Mühe. Hier habt Ihr nichts zu hoffen.

Die Arbeiter wissen hier, wo sie hingehören, nämlich in die Kommunistische Partei. Zu der Versammlung nächste Woche laden wir Euch aber alle ein. Dann können wir weiter diskutieren. Der Tag der Versammlung wird noch bekanntgegeben.

Wie der Renegat Franzke nach Anhängern sucht

A.-K. Sangerhausen. Kommt vorige Woche der Renegat Franzke auf einige ausgesteuerte Erwerbslose zu mit den Worten: „Ihr seid doch Pflichtarbeiter? Daß Ihr's wißt, wir haben jetzt beschlossen im Kreisausschuß, daß Ihr nach Tarif bezahlt werden sollt." Dann erging er sich in eine Schimpferei über unseren Stadtverordneten Genossen Paul Peck, der wohl wüßte, daß die Stadt kein Geld hätte, und doch stelle er den Antrag, für die Erwerbslosen 20 000 Mk. bereitzustellen.

Dann behauptet er, der „Klassenkampf" hätte geschwindelt, wenn es geschrieben hätte, bei dem Balalaika-Konzert der russischen Studenten wären fast vierhundert Personen anwesend gewesen. — Nun, wir stellen fest, daß 580 Eintrittskarten verkauft worden sind und daß außerdem noch Freikarten ausgegeben wurden! Wohl an 150 Personen mußten wieder weggeschickt werden, weil der Saal die Menschen nicht fassen konnte.

Wir glauben dem Franzke gern, daß er darüber wütend ist, denn das ist der Beweis, daß die KPD. das Vertrauen der Arbeiterschaft besitzt.

Daß dieser Renegat keinen Eindruck bei den Arbeitern mehr schinden kann, zeigt sich darin, daß die Erwerbslosen uns sofort von seinen Schimpfereien Mitteilung machten und erklärten, daß sie sich nicht mehr von Franzke einseifen ließen, sein Auftreten in der letzten Stadtverordnetensitzung wäre für sie genügend.

Also, Herr Franzke, alles Schimpfen ist vergebens. Die Erwerbslosen sind Anhänge der KPD. und lassen sich von Renegaten nicht beeinflussen!

„Preisabbau" im Sangerhäuser Konsumverein

A.-K. Bei dem jetzigen „Preisabbau"-Schwindel, der bereits zur Seuche geworden ist, darf der sozialfaschistische Konsumverein in Sangerhausen natürlich nicht fehlen. Lesen wir doch vor kurzem in der „Sangerhäuser Zeitung", daß der Sangerhäuser Konsum sogar an erster Stelle im „Preisabbau" marschiert!

Stolz gab die Sangerhäuser Konsumbonzen ihren Mitgliedern bekannt, daß der **Preis für Schnaps (!!) heruntergesetzt sei.**

Was soll denn das heißen? — Wollen diese Bonzen damit die hungrigen Massen verhöhnen? Jawohl, es ist eine Verhöhnung! Baut doch lieber den Preis für Brot ab, Ihr Bonzen! Brot brauchen die Arbeiter, aber keinen Schnaps, und wenn Ihr ihn noch billiger verkauft!

Faschismus droht — wehre Dich!

Heraus zur öffentlichen Sportleroversammlung in Sangerhausen!

Auch der Arbeiter-Turnverein „Friesen", Sangerhausen, ist ein Opfer der Spaltungsseuche der SPD. geworden. Weil er kein Jude der Arbeitersportbewegung kand, wurde er aus dem Reichsbanner ausgeschlossen, zuvor hatte man aber einen reinen SPD.-Arbeiterverein gegründet. Ein Beweis, daß die Spaltung des Arbeiterturnvereins von langer Hand vorbereitet gewesen ist. Jetzt versucht man „Friesen" auf Grund einer Verfügung der Regierung, die unter der Leitung des Sozialdemokraten Harnack steht, die Bürgerliche Turnhalle entzogen und hat sie dem neugegründeten SPD.-Verein zur Verfügung gestellt.

Bisher hatte „Friesen" zwei Abende in der Woche die Turnhalle zur Verfügung, der SPD.-Verein aber darf nur einmal in der Woche die Turnhalle benutzen, während der andere Abend dem bürgerlichen Frauenturnverein zugesprochen ist.

Also dieser SPD.-Verein treibt einem Arbeiter-Turnverein die Uebungsstätte ab mit dem Erfolg, daß die bürgerlichen Vereine jetzt fünf Abende in der Woche die Turnhalle benutzen, hatt wie bisher vier Abende

Das ist der Erfolg sozialdemokratischer Wühl- und Spaltungsarbeit! Wahrhaftig

eine Glanzleistung der Sozialfaschisten!

Arbeiter, wenn Ihr genauestens unterrichtet werden wollt über die Vorgänge in der Arbeitersportbewegung, dann kommt alle zu unserer

öffentlichen Protestversammlung am Donnerstag, 4. Dezember 1930, abends 8 Uhr, im Lokal „Tivoli".

Unterstützt unseren Protest gegen die arbeiterspitzfindliche Regierungsverfügung, unterstützt unseren Kampf gegen die Spalter und Verräter der Arbeiterbewegung. Unser Kampf ist Euer Kampf!

Für alle am Sport interessierten Arbeiter aber ist die Mitteilung bestimmt, daß unsere Turnstunden weiterhin stattfinden, und zwar ab Dienstag, den 9. Dezember, im Saale des „Tivoli".

Arbeiter-Turnverein „Friesen" e. V., Sangerhausen.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Die Negersteuer wurde in Torgau angenommen

Arbeiter, führt den Kampf gegen die Steuerdiktatur weiter

A.-K. Die Sitzung des Torgauer Stadtparlaments vom 27. November gerät, daß die Arbeiterschaft ein reges Interesse an den Tag legt. Der Versammlungsraum war überfüllt. Zwei wichtige Vorlagen sollten beraten werden. Nämlich die Negersteuer und die Biersteuer, die auf Grund der Notverordnung der Brüning-Regierung eingetrieben werden sollen. Bei der Beratung dieser Steuern konnten die Arbeiter sehen, wie die Lakaien der Kapitalisten alles daransetzten, um eine Zustimmung zu erreichen. Man führte die Erwerbslosigkeit und die gefährdete Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung ins Feld, um Stimmung für Annahme dieser Diktatursteuern zu machen. 40 000 bis 45 000 Mk. Fehlbetrag im Etat, das ist das Bild, was den Stadtverordneten gezeigt wurde.

Haferkorn, der Vertreter der Gewerbetreibenden, stimmte in der Diskussion zu, daß gar nichts anderes übrig bleibe, als die Negersteuer einzuführen. Biersteuer lehnte er ab. Er stellte den Antrag, eine Sparkommission einzusetzen, die Maßnahmen ergreifen soll, um die Einführung der Biersteuer nicht notwendig zu machen. (!!) Die SPD. lehnte beide Steuern ab und gab dazu eine eigenartige Begründung. Sie sagte, man hätte nicht mit ihnen darüber gesprochen. Also, zum Kuhhandeln sind die Herrschaften bereit, sie wollen nur gefragt werden. Auch ein Vertreter der Nazis lehnte die Steuern ab. (Jüngelchen, paß auf, daß Dir Frick nicht auf den Kopf kommt!)

Genosse Karl Schneider zeigte in längeren Ausführungen die Stellung der Kommunisten zu den Diktatursteuern. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Kommunisten gegen alle Diktatursteuern kämpfen.

Die Negersteuer wurde angenommen.

Die Biersteuer wurde abgelehnt. Wir machen dem Bürgermeister der Stadt Torgau einen Vorschlag. Er hat so viel von der Notlage der Stadt gesprochen. Soll er doch mal die Hälfte seines Gehalts abführen und ebenso die höheren Beamten der Stadt. Da kommt schon ein ganz nettes Sümmchen zusammen.

Wir rufen den Arbeitern, den Angestellten und Beamten von Torgau zu: Solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, wird man Euch ständig noch mehr Steuern und Zölle aufwälzen. Ihr müßt gegen dieses System kämpfen.

Macht Schluß mit aller Passivität, tretet ein in die Reihen der revolutionären Arbeiterschaft, bis die Arbeiterschaft die Macht im Staate hat.

Kommunisten vor die Front!

Kampf den Saboteuren des sozialistischen Aufbaues, verbreitet in Massen die Anklageschrift gegen die „Industrieparti" „Wir klagen an". (80 Seiten nur 20 Pf.)

Ein Kämpfer ging, wir führen seine Arbeit weiter

A.-K. Genosse Oswald Werner, einer der wackersten Kämpfer der Ortsgruppe Zschortau, wurde zur letzten Ruhe geleitet. Zahlreich hatten sich die Genossen der Ortsgruppen Delitzsch und Zschortau des Verbandes proletarischer Freidenker zur Beteiligung eingefunden. Genosse Sch. schilderte in seinem Nachruf das entbehrungsreiche Kämpferdasein des Verstorbenen und stellte sein Leben als ein Beispiel für die jetzige Generation hin. Er schloß mit dem Aufrufe an alle Anwesenden, sich freizumachen von den Banden der Kirche, um Bahn zu schaffen für ein Vorwärtsschreiten der kämpfenden Menschheit.

Der Trauerzug mußte vor dem Friedhofstore halt machen. Diese Tatsache, daß man die dreimal verfluchten Kommunisten und Freidenker nicht auf den Friedhof läßt, kennzeichnet am besten, daß die klassenbewußten Arbeiter nichts mehr mit der Muckergesellschaft der Kirche zu tun haben dürfen. Die Zschortauer Genossen waren sogar dienstlich zur Ueberwachung nach dem Friedhofe abkommandiert. Baumgarten, ein Mitglied des Kirchenrats erlaubte sich sogar, während der Beisetzungsfeier laute störende Zwischenrufe zu machen.

An der werktätigen Bevölkerung von Zschortau liegt es, daß ausschließlich der Geschäftswelt angehörigen Kirchenrat bei Einkäufen etwas genauer anzusehen. Die Einwohnerschaft hat ihm den besten Anschauungsunterricht genossen. Auf der einen Seite sucht man das werktätige Volk durch Steuern bis aufs letzte auszuplündern, und wenn dann ein ausgebeuteter Prolet stirbt, dann setzen von Staats wegen noch Schikanen gegen seine Gesinnung ein. Für alle Werktätigen Zschortaus heißt es jetzt:

Heraus aus der Kirche, Kampf dem verrotteten kapitalistischen System! Nicht müde werden, bis wir ein Sowjet-Deutschland errungen haben. Wenn wir so wirken, dann handeln wir im Sinne unseres verstorbenen Genossen.

Torgau. Von der Ortsgruppe Torgau wurden anläßlich des Prozesses gegen Holzweißig und Genossen 11,20 Mark auf Listen gesammelt und der Roten Hilfe überwiesen.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Revolutionäre Jugend im Wettbewerb

Am Sonntag fand in Wallhausen ein Treffen der Unterbezirke Artern und Nordhausen des KJVD. statt. An diesem Treffen beteiligte sich eine stattliche Anzahl Jungkommunisten beider Unterbezirke.

Der Zweck des Aufmarsches war — der Abschluß eines revolutionären Wettbewerbs zwischen den Unterbezirken Artern und Nordhausen im Zeichen des antifaschistischen Jugendaufgebotes. Schon frühmorgens kamen die ersten Kolonnen der Jungkommunisten aus den andern Orten per Rad, zu Fuß oder mit Lastautos in Wallhausen an und nachmittags um 2 Uhr begann der Demonstrationszug. Aber — es sollte auch hier nicht ohne Zwischenfall abgehen. — Kaum war der Zug einige Minuten in Bewegung, als ein Autofahrer, der mit einer viel zu hohen Geschwindigkeit an der Demonstration vorbeifuhr, einen unserer Genossen anfuhr und ihn noch viele Meter mitschleifte. Der übrigen Genossen bemächtigte sich ob dieses Schurkenstreiches eine große Empörung. Der Genosse wurde sofort zum Arzt gebracht und mußte arbeitsunfähig gesprochen werden, da er am rechten Arm schwere Verrenkungen davongetragen hatte.

Inzwischen war die Demonstration durch Wallhausen weitergegangen und auf einem freien Platze sprach die Vertreterin der Bezirksleitung des KJVD. zu den dort versammelten Jugendgenossen und Wallhausener Arbeitern. Sie kennzeichnete mit treffenden Worten die gegenwärtige politische Situation, die Elendslage des Proletariats in Deutschland, wie in der ganzen Welt. Besonders kennzeichnete sie die von den Nationalsozialisten zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit" vorgeschlagene „Arbeitsdienstpflicht", die die Jungproleten zu Lohndrückern und Streikbrechern machen soll. Die proletarische Jugend wird sich gegen solche Schandgesetze, die in den nächsten Tagen schon beschlossen werden sollen, zu wehren wissen.

Wir werden den Kampf aufnehmen. Die Jungkommunisten geloben, im Zeichen des antifaschistischen Jugendaufgebotes die im revolutionären Wettbewerb gestellten Aufgaben restlos zu erfüllen.

Nachdem die Demonstration noch durch Brücken gegangen war und die Jugendgenossen auch dort noch einige anfeuernde Worte gesprochen hatte, verabschiedeten sich die Genossen der einzelnen Ortsgruppen mit dem Gelöbnis, alle Kräfte anzuspannen, um die Ziele, die sie sich gesteckt haben, zu verwirklichen.

Dieser Aufmarsch war wiederum ein Auftakt zu neuer, angespannter Arbeit zur Durchführung der Aufgaben des KJVD. im antifaschistischen Jugendaufgebot.

SPD.-Grunert schützt den berüchtigten Wallbaum

A.-K. Naumburg. Sehr bezeichnend für die moralische Verlumpung der SPD. ist der Umstand, daß nach Bekanntwerden der Entlassung Wallbaums vom Arbeitsamt die SPD. diesen nicht aus der Partei herauswirft, sondern sich trotz amtlicher Bestätigungen der Verfehlungen Wallbaums sich dieser immer noch ungestört Kulturkartellvorsitzender (!) nennen kann. Der Vorsitzende Grunert kann diesen nämlich nicht abschütteln, da während der intimen Freundschaft dieser beiden zwei Polizeibeamten von Wallbaum gegen Grunert gesammelt wurde und dieser deshalb um der „Einheit der Partei" zum Schweigen verpflichtet werden soll.

Eine Krähe hackt der anderen eben die Augen nicht aus, denn in bezug auf „Nächstenliebe" stehen sich diese beiden nichts nach. Es sei an die Sache mit den Gesangvereins„damen", welche der „Klassenkampf" schon früher einmal brachte, erinnert, wobei sich die Frau Grunert (im Nebenamte Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Naumburg) mit der Jülge, Engelgasse, vorm Schiedsrichter ihre paar Haare noch einzeln rausrupfen wollte.

Dieses erzählte in hierseliger Stimmung sein Gesinnungsgenosse Wallbaum jeden, um damit zu dokumentieren, wie hoch die Kultur in der SPD. steht. Was aber werden die Proleten zu dieser „Kultur" sagen?

Bitterfeld-Wittenberg

Mit Tschingdara bumm bumm — — — „kämpft" die SPD. gegen den Faschismus

Die Arbeiter machen das Theater nicht mit, sie kämpfen im „Kampfbund gegen Faschismus"

A.-K. Sechs Wochen hat die SPD. in dem Bezirk von Wittenberg bis Halle zu tun, um zu einem Treffen in Bitterfeld ihre noch heute treuen Schäfchen zusammenzutrommeln. 5000 Mann, wurde von einigen Reichsbannerleuten gelagt, werden aufmarschieren,

es wurden jedoch nur 750, von denen 400 Bonzen der verschiedenen Amtsstellen waren.

Dieses Treffen sollte angeblich gegen den Faschismus gerichtet sein; die nicht unterrichtet waren, konnten dies nicht sehen und glaubten es mit einem Stiftungsfest zu tun zu haben. Kein Transparent wurde mitgeführt, auf welchem der Kampf gegen den Faschismus proklamiert wurde, was ja auch schwer ist, wenn man selbst Faschist ist.

Auf dem Markt wurde eine Rede gehalten, die dem Ganzen entsprechend zehn Minuten dauerte. In dieser wurde gesagt, wenn Severing in Italien gewesen wäre, wäre der Faschismus nicht gekommen! Der Redner hat vergessen zu sagen, daß der Bluthund der italienischen Arbeiterklasse, Mussolini, ein Sozialdemokrat war. Dasselbe ist von dem polnischen Bluthund Pilsudski zu sagen, und die Vergangenheit und die Arbeitermorde, die Severing auf dem Gewissen hat, charakterisieren, und das muß jedem Arbeiter einleuchten, den Werdegang in Deutschland.

Unsere Jugendgenossen, die Flugblätter gegen die Faschisten beider Sorten verteilten, wurden angepöbelt, und der bekannte Faschist Zieche, Brehna fühlte sich bemüßigt, einen Angriff auf einen der Verteiler zu machen, mit dem Zweck, die Flugblätter wegzunehmen, was ihm aber nicht gelang. Festzustellen war, daß die Kapelle Militärmärsche spielte, so daß man glauben konnte, der Stahlhelm marschiere auf. Die Polizei, die von Halle durch einige Wagen verstärkt war, gab sich redliche Mühe, den Zug der Bonzen zu schützen.

Wir rufen jedem noch in dieser Organisation befindlichen Arbeiter zu, heraus aus dem Reichsbanner, hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus.

Wittenberg. Da wir gewohnt sind, unsere Druckschwärze und unser Papier ausschließlich nur in den Dienst des Proletariats zu stellen und keinen Platz haben für derartige Schmutzartikel, wie bei in der „Freien Presse" Nr 25 über unseren Genossen Obermaier vom Stapel gelassene, jedoch gezwungen sind, darauf zu antworten, möchten wir folgendes dazu bemerken: Es wird in diesem Artikel in der dreckigsten Art und Weise versucht, den Genossen Obermaier in den Schmutz zu ziehen. Nach Anslagen und namensunterschriftlich gezeichneten Erklärungen der betr. Personen, die daran beteiligt sein sollen, ist dieser Artikel eine ganz gemeine Lüge. Es ist billig, mit derartigen Methoden zu kämpfen, wenn es an politischen Argumenten fehlt. Diese Angriffe persönlicher Art sind der Ausdruck der grenzenlosen politischen Dummheit. Es ist das beste Zeichen, daß die SPD. zu solchen Methoden greifen muß, weil sie politisch von der Arbeiterklasse gerichtet ist. Wir geben zu, daß es schmerzlich ist, wenn man als sogenannte Arbeitervertreter (verräter) von den Betrieben aus den Belegschaftsversammlungen geworfen und von diesen verlangt wird, daß unsere Genossen sprechen sollen. Das sind die Zeichen des Bankrotts der Sozialfaschisten. Wenn es jedoch ausdrücklich verlangt wird, so werden wir uns einmal mit Dingen beschäftigen müssen, die für die Bonzen nicht gerade angenehm sein dürften. Diese Artikel der Verleumdung haben ihren Zweck verfehlt, sie werden den das Gegenteil bringen, was sich die Bonzen gedacht haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301203-19/fragment/page=0012